BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 8 **Köln, 20. August 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Krise als Dauerzustand“* S. 549
- *Dr. Achim von Borries, „Der demokratische Vorhang“ (II)* S. 560
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Für ein Linsengericht“* S. 567
- *Prof. Dr. Hans Rheinfelder, „Sorgenvolle Überlegungen eines Katholiken“* S. 572
- *Prof. Dr. Michael Seidlmayer, „Der Atomkrieg als politisches und ethisches Problem“* S. 579
- *Ernst Dittrich, „Gewerkschaften was nun?“* S. 588
- *Hans Lipinski-Gottersdorf, „Die Stunde der Opposition“* S. 591
- *Rudolf Pikola, „Der nie begangene Weg“* S. 594
- *Dr. Günther Anders, „Der Sprung“, Betrachtungen zur atomaren Situation* S. 597
- *Anton Zischka, „Sprache und Politik“* S. 605
- *Prof. D. Hans-Joachim, Iwand, „Ostern bei der russischen Christenheit“ (II)* S. 610
- *Prof. Dr. Josef Dobretsberger, „Österreich und das Handelsdiktat“* S. 619
- *Hans Seefeld, „Die Nahost-Gefahr ist nicht vorbei“* S. 622
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 631

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die Krise als Dauerzustand

Gefährliche Gewöhnung

Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an die Krise als Dauerzustand der politischen Lage. Wir sind in den letzten Jahren von einer Konfliktsituation in die andere getrieben worden. Aber wir durften am Ende jedesmal aufatmend feststellen, daß wir wieder einmal davongekommen waren, und büßten dabei mehr und mehr das Gefühl für die Gefahren ein, von denen wir bedroht werden. Die Ereignisse im Nahen Osten veranlaßten Nehru zu der Bemerkung, „daß wir eine der gefährlichsten Krisen der Geschichte der Menschheit durchleben“. Sind wir uns dessen bewußt?

In der Geschichte wiederholt sich zwar nichts. Aber es gibt historische Erinnerun-

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 8 **Köln, 20. August 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Krise als Dauerzustand"* S. 549
- *Dr. Achim von Borries, „Der demokratische Vorhang" (II)* S. 560
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Für ein Linsengericht"* S. 567
- *Prof. Dr. Hans Rheinfelder, „Sorgenvolle Überlegungen eines Katholiken"* S. 572
- *Prof. Dr. Michael Seidlmayer, „Der Atomkrieg als politisches und ethisches Problem"* S. 579
- *Ernst Dittrich, „Gewerkschaften was nun?"* S. 588
- *Hans Lipinski-Gottersdorf, „Die Stunde der Opposition"* S. 591
- *Rudolf Pikola, „Der nie begangene Weg"* S. 594
- *Dr. Günther Anders, „Der Sprung", Betrachtungen zur atomaren Situation* S. 597
- *Anton Zischka, „Sprache und Politik"* S. 605
- *Prof. D. Hans-Joachim, Iwand, „Ostern bei der russischen Christenheit" (II)* S. 610
- *Prof. Dr. Josef Dobretsberger, „Österreich und das Handelsdiktat"* S. 619
- *Hans Seefeld, „Die Nahost-Gefahr ist nicht vorbei"* S. 622
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 631

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die Krise als Dauerzustand

Gefährliche Gewöhnung

Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an die Krise als Dauerzustand der politischen Lage. Wir sind in den letzten Jahren von einer Konfliktsituation in die andere getrieben worden. Aber wir durften am Ende jedesmal aufatmend feststellen, daß wir wieder einmal davongekommen waren, und büßten dabei mehr und mehr das Gefühl für die Gefahren ein, von denen wir bedroht werden. Die Ereignisse im Nahen Osten veranlaßten Nehru zu der Bemerkung, „daß wir eine der gefährlichsten Krisen der Geschichte der Menschheit durchleben". Sind wir uns dessen bewußt?

In der Geschichte wiederholt sich zwar nichts. Aber es gibt historische Erinnerun-

gen, die zu beängstigenden Vergleichen zwingen. Da war — zum Beispiel — das Jahrzehnt vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges. Es stand im Zeichen der militärpolitischen Unrast und des diplomatischen Versagens. Durch das unaufhörliche Streben nach der Herstellung des militärischen Gleichgewichts war jener verhängnisvolle Rüstungswettlauf ausgelöst worden, in dem jede Aufrüstungsmaßnahme der einen Seite eine Gegenmaßnahme der andern provozierte. Bis an die Zähne bewaffnet, standen sich 1914 die beiden Machtblöcke, Entente und Dreibund, gegenüber. Der imperialistische Expansionsdrang der Großmächte, das Ringen um Kolonialbesitz und der Kampf der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen auf dem Balkan hatten Europa mehrfach an den Rand des Krieges getrieben. Die Marokko-Krise 1905/06, der bosnische Konflikt 1908/09, die Agadir-Krise 1911, der Tripolis-Krieg 1911/12 und die Balkan-Krise 1912/13 waren Fanale der drohenden Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden Entladung der europäischen Spannungen gewesen. Aber noch war es jedesmal geglückt, das Schlimmste zu verhindern. Die Erregung der öffentlichen Meinung ebbte stets verhältnismäßig schnell ab. Und von Krise zu Krise verwischte sich im Bewußtsein breiter Schichten die Scheidung zwischen Verteidigungsnotwendigkeiten und aggressiven Aktionen. Ein fatalistisches Gefühl für die Unvermeidbarkeit des Krieges griff um sich. Trotzdem wollte niemand so recht an eine Katastrophe glauben; denn schließlich war es ja mehrfach gelungen, einen aufflammenden Brand rechtzeitig zu ersticken. Von dieser allgemeinen politisch-unpolitischen Haltung hoben sich in allen europäischen Ländern die Arbeiterverbände ab. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien waren entschiedene Kriegsgegner. Auf dem Baseler Internationalen Sozialistenkongreß 1912 legten sie fest, daß ein Krieg die „Entrüstung und Empörung" der Arbeiterschaft hervorrufen würde, und daß die Arbeiter eine Teilnahme am Krieg als Verbrechen empfinden würden.

Dann fielen am 28. Juni 1914 die Schüsse von Serajewo. Vier Wochen lang geschah nichts. Vier Wochen schwebte Europa zwischen Krieg und Frieden. Die Empörung über den Fürstenmord war fast schon abgeklungen. Man war ohnehin an die serbisch-österreichische Spannung gewöhnt und das politische Klima begann sich wieder zu normalisieren. Die offizielle deutsche Politik ging von der These aus, daß eine „Lokalisierung des Konfliktes" möglich sein würde, und gab daher dem österreichischen Verbündeten „freie Hand". Rußlands Warnung, daß es einem österreichischen Schritt in Belgrad, „der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen könne"[1]), war ein deutlicher Hinweis auf die Dringlichkeit einer diplomatischen Lösung. Trotz der internationalen Versuche, einen Ausgleich herbeizuführen, hielt Österreich den Zeitpunkt für gekommen, um der „serbischen Gefahr" und dem russischen Einfluß auf die Südslawen ein für allemal Einhalt zu gebieten. Nach dem Motto „Jetzt oder nie!" entschloß man sich in Wien, das sinkende Ansehen der Donaumonarchie auf dem Balkan durch einen Krieg zu retten[2]). Vier Wochen nach dem Mord von Serajewo, am 23. Juli 1914, stellte man die Serben plötzlich vor ein Ultimatum. Die österreichischen Forderungen waren ungewöhnlich schroff gehalten, damit „deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei"[3]). Zur größten Überraschung der k. u. k. Regierung nahm Serbien aber die gestellten Forderungen an. Es machte lediglich den Vorbehalt, die beabsichtigten Eingriffe in seine Souveränität dem Haager Schiedsgericht oder dem Spruch der Großmächte zur Entscheidung zu überlassen. Die antiserbische Stimmung in Europa schlug jetzt zugunsten Belgrads um. „Damit fällt jeder Kriegsgrund fort", urteilte Wilhelm II. Aber Österreich erklärte am 28. Juli an Serbien den Krieg. Am gleichen Tage befahl der Zar die russische Teilmobilmachung. Die europäische Politik geriet nun in das Getriebe der Mi-

litärmaschinerie. Alle weiteren Bemühungen, das Unheil aufzuhalten, scheiterten. Die Juli-Krise war zu Ende. Der Krieg brach aus. Die zwingende Technik der Bündnissysteme funktionierte und „die Lampen in Europa löschten aus". In wenigen Tagen gelang es der Kriegspropaganda, alle Vaterländer bedroht erscheinen zu lassen und überall begeisterten sich die Massen für ihren so gerechten Krieg. Der deutsche Kaiser konnte sagen: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", und die Sozialdemokraten — in Deutschland wie in den andern Ländern — vergaßen die II. Internationale und Baseler Manifest und bewilligten Kriegskredite.

Wäre die Geschichte wirklich, was einst die Alten in ihr sahen, eine magistra vitae, eine Lehrmeisterin des Lebens, sie könnte den heute Lebenden von großem Nutzen sein.

Von Korea zur Nah-Ost-Krise

Ein berühmter Mann hat einmal gesagt, daß Kriege die Schnellzüge der Weltgeschichte sind. Durch den 1. und 2. Weltkrieg wurde das Ende des Kolonialismus besiegelt. Europa hat seine weltbeherrschende Stellung verloren. An die Stelle des Pluralismus der europäischen Großmächte ist der Weltdualismus der beiden Giganten des Jahres 1945 getreten, der mit einem neuen, verhängnisvollen Rüstungswettlauf einhergeht. Er steht im Zeichen der gegenseitigen Angst vor den technischen Möglichkeiten des andern. Wirtschaft und Technik, vor allem aber die rasante Bevölkerungszunahme in bestimmten Teilen der Erde verlangen gebieterisch nach der Herstellung der Welteinheit. Die Frage ist nur, wer von den beiden Weltgiganten sie herbeizuführen in der Lage sein wird. Der Rüstungswettlauf muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Er begann übrigens nicht erst, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, mit Korea. Er begann schon, ehe noch die Waffen des letzten Krieges schwiegen. Der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki leitete ihn ein. Die nuklearen Vernichtungsmittel in der Hand der einen der beiden Weltmächte machte es der andern unmöglich, ihre konventionellen Streitkräfte wirkungsvoll zu verringern, ehe sie im Besitz der gleichen Waffen war, von denen sie sich bedroht fühlen mußte. Der propagandistische Vorwurf, daß die Sowjets sich geweigert hätten abzurüsten, und deshalb das Rüstungsfieber verursacht haben, ist völlig haltlos, weil er das absolute militärische Übergewicht der USA infolge ihres Atombombenmonopols verschweigt. Als die Sowjetunion 1949 dieses Monopol gebrochen hatte, war der Augenblick gekommen, um auf dem Hintergrund des möglichen atomaren Gleichgewichts in die Phase einer friedlichen Koexistenz von West und Ost einzutreten und das Ringen um die Herstellung der Welteinheit auf ein wirtschaftliches und ideologisches Gebiet zu verlagern. Statt dessen wurde das Wettrüsten fortgesetzt und die Epoche der gefährlichen Krisen begann. Korea (1950), Indochina (Höhepunkt 1953/54), Ägypten und Ungarn (1956), Syrien (1957) und jetzt die Nah-Ost-Krise (1958). Jede der Krisen drohte in einen offenen Konflikt der Weltmächte umzuschlagen.

Aber bisher konnte jedesmal die Katastrophe vermieden werden, und so hat sich allmählich die gefährliche Illusion breit gemacht, daß jeder neue Konflikt sich ebenso „lokalisieren" lassen würde wie der vorangegangene. Diese Illusion kommt dem Sicherheits- und Friedensbedürfnis der Bevölkerung, vor allem in der Bundesrepublik, entgegen. Sie stützt sich dabei auf die von den Organen der öffentlichen Meinung mit Fleiß kolportierte Auffassung, es sei nie zu einem großen Krieg gekommen, weil der Einsatz von Atomwaffen für die Kriegführenden den Selbstmord bedeuten würde. Diese Vorstellung von der gegenseitigen Furcht der Weltmächte vor einem Atomkrieg verführt die Öffentlichkeit zu der

trügerischen Hoffnung, daß er sich auch in Zukunft nicht ereignen würde. Die These von der zwangsläufigen Vermeidbarkeit des großen Atomkrieges übt daher auf breite Kreise die gleiche Wirkung aus, die seinerzeit der fatalistische Glaube an die Unvermeidbarkeit von Kriegen hatte: man gewöhnt sich daran, daß die Menschheit von Krise zu Krise taumelt, man stumpft gegen die akuten Kriegsgefahren ab und läßt sich obendrein noch einreden, daß man es eben lernen müsse, „mit der Bombe zu leben".

Bedenkt man, daß auch das Verhängnis des 1. Weltkrieges sein Vorspiel in einer Kette von Krisen hatte, die sämtlichst gemeistert worden waren, und daß dann schließlich doch in einer neuen Krisensituation die Katastrophe durch die (innen- und außenpolitisch) verzweifelte Lage eines der beteiligten Staaten ausgelöst wurde, dann wird man das Verharren in derartigen Illusionen nur mit der größten Besorgnis betrachten können. In der Donaumonarchie fehlte es damals nicht an Einsichtigen, die erkannten, daß mit dem Vorgehen gegen Serbien die Gefahr eines allgemeinen Krieges und der Untergang Österreich-Ungarns verbunden war. Dennoch faßte man in Wien „den Entschluß zum Selbstmord aus Furcht vor dem Tode" (H. Herzberg). Wer möchte es wagen zu behaupten, daß ein solcher Entschluß in einer ähnlichen Lage nicht auch heute gefaßt würde, wenn ein Staat oder ein System in der Furcht vor seinem eigenen Tode lebt?

Wir wissen inzwischen, daß Dulles auf dem Höhepunkt der Indochina-Krise den Franzosen mit Atombomben zu Hilfe kommen wollte, um auf diese Weise dem Vordringen des Kommunismus in Asien ein Ende zu setzen: „Wir gingen bis an den Rand des Krieges und boten ihm die Stirn. Wir waren zum Handeln entschlossen"(!), rühmte er sich später[1]).

In jeder Krise wird mit dem Feuer gespielt, und jedesmal droht der kalte Krieg in einen heißen umzuschlagen. Auch der apokalyptische Charakter der modernen Schreckenswaffen kann die Menschheit nicht vor der politischen Kurzsichtigkeit und ideologischen Verblendung von Politikern bewahren, die plötzlich die Gelegenheit des „Jetzt oder Nie!" wahrnehmen wollen und anderen, die ihren Verbündeten „freie Hand" oder „volle moralische Unterstützung" geben und sich dem Zwang sogenannter „militärischer Notwendigkeiten" beugen.

Die Krise im Nahen Osten

„Jetzt oder Nie!" war auch die Parole, mit der die Amerikaner am 15. Juli den militärischen Aufmarsch im Nahen Osten begannen. Es geschah angeblich, um „die Unabhängigkeit und Integrität einer kleinen Nation" zu schützen, wie Eisenhower (in seiner Note an Chruschtschow vom 23. Juli) erklärte. Aber die Fadenscheinigkeit dieser Erklärung ist zu offenkundig. Kein ernstzunehmender Mensch glaubt daran, geschweige denn an die Berechtigung eines Eingreifens auf Grund des Art. 51 der UNO-Charta. Da das Vorgehen der Amerikaner anfangs von der gesamten Weltöffentlichkeit einhellig verurteilt wurde, war das moralische Mäntelchen nichts nütze. Aber Dulles müßte nicht der spitzfindige Advokat sein, der er ist, um sich nicht auf das Podest eines juristischen Welttribunals schwingen zu können. Er erhob — zwecks Rechtfertigung seiner „Politik am Rande des Krieges" — Anklage gegen die „indirekte Aggression". Der Aufwand an militärischen Machtmitteln, mit denen die Amerikaner dem angeblich bedrohten Libanon zu Hilfe kamen und die Briten Husseins Stellung in Jordanien festigen wollten, steht in keinem Verhältnis zu den Notwendigkeiten solcher „Hilfeleistungen", ganz zu schweigen von der Fragwürdigkeit der Unterstützung von Machthabern, die ihre Völker mit Terror und Gewalt unterdrücken.

Für die Beurteilung der amerikanischen Absichten im Nahen Osten ist der Verlauf der Krise höchst aufschlußreich:

Die Unruhen im Libanon begannen bereits im April. Damals eröffnete der höchst unpopuläre, prowestliche Staatspräsident Chamoun, daß er die Absicht habe, weitere sechs Jahre im Amt zu bleiben, obwohl eine zweite Amtsperiode verfassungsmäßig nicht möglich ist. Die lang angestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Regierungspraktiken Chamouns entlud sich in einer Rebellion. Es kam zu schweren Zusammenstößen, zum Generalstreik und zur Ausrufung des Belagerungszustandes in Beirut. Chamoun bat um amerikanische Unterstützung. Daraufhin wurde ein Teil der 6. Flotte in das östliche Mittelmeer beordert und die amerikanischen Waffenlieferungen an den Libanon verstärkt fortgesetzt (14. Mai). Unmittelbar danach wurde bekannt, daß US-Transportflugzeuge auf dem Frankfurter Flughafen stationiert werden, offensichtlich mit der Absicht, Vorkehrungen für den Aufbau einer Luftbrücke zu treffen. Am 19. Mai warnte die Sowjetunion die Amerikaner vor einer militärischen Intervention im Nahen Osten und gab zu verstehen, daß sie derselben nicht gleichgültig zusehen könne. Am 26. Mai richtete die Regierung Chamoun eine Beschwerde an den UN-Sicherheitsrat, in der behauptet wird, die Unruhen im Libanon seien „von außen" angezettelt. Die Beschwerde richtete sich gegen die Vereinigte Arabische Republik (VAR = Ägypten und Syrien). Der Weltsicherheitsrat beschloß am 10. Juni eine Beobachterdelegation in den Libanon zu entsenden, um die Beschuldigungen an Ort und Stelle zu prüfen. Hammerskjöld reiste persönlich nach Beirut. Etwa zur gleichen Zeit erfuhr man, daß Großbritannien seine Garnisonen auf Zypern durch Luftlandetruppen verstärkt. Unangenehme Erinnerungen an die militärischen Vorbereitungen in der Suez-Krise wurden wach. Hammerskjöld kehrte von seiner Nah-Ost-Reise zurück und lehnte jedes Eingreifen von UNO-Streitkräften im Libanon ab. Die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen war zu dem Schluß gekommen, daß die Beschwerde der libanesischen Regierung ungerechtfertigt sei. Damit war vor aller Welt deutlich geworden, daß eine Wiederholung des Falles Korea nicht gut möglich war. (Wir wissen heute — nach der Rücktrittserklärung Sir John Pratts, des Ostasien-Sachverständigen im britischen Außenministerium und den Enthüllungen J. F. Stones in „The Hidden History of the Korean War" —, daß der Korea-Konflikt nicht durch einen Überfall der Nordkoreaner hervorgerufen, sondern von langer Hand vorbereitet und durch Syngman Rhee provoziert worden war[5]). Wenn die Amerikaner zum Eingreifen bereit waren, konnten sie diesmal schwerlich auf eine Legitimation durch die UNO rechnen. Am 2. Juli erklärte der US-Generalstabschef Twining, die Vereinigten Staaten seien für jede Eventualität eines großen oder eines beschränkten Krieges vorbereitet. War das eine Antwort auf Chruschtschows Warnung vom 19. Mai? Und wo sollte ein beschränkter Krieg stattfinden? Im Nahen Osten?

Für den 14. Juli war eine Konferenz der Bagdadpakt-Staaten in Istanbul geplant. Man erwartete allgemein, daß Beschlüsse gegen die VAR und die panarabische Bewegung gefaßt werden sollten. Aber die Konferenz kam nicht zustande. In dem wichtigsten Mitgliedstaat des Paktes fand gerade eine Revolution statt. Irakische Offiziere riefen die Republik aus und beseitigten das korrupte System König Feisals und des verhaßten, vom Westen ausgehaltenen Ministerpräsidenten Nuri es Said. Dreißig Stunden nach Beginn der Revolution im Irak landeten 5000 amerikanische Marine-Infanteristen, sog. „Ledernacken", im Libanon. Die gesamten amerikanischen Streitkräfte, insbesondere die Flotteneinheiten, wurden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Der Chef des Admiralstabs Burke, der auch die Ordres zum Landen im Libanon gegeben hatte, erließ

einen Tagesbefehl an die „Ledernacken": „Wenn Ihr an Land geht, werdet Ihr ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben!" Ein neues Kapitel? Welche Überschrift sollte es bekommen?

Die offizielle Regierungspropaganda des Weißen Hauses pochte auf das Hilfeersuchen des libanesischen Präsidenten, und die Briten arrangierten rasch einen ähnlichen Hilfeschrei des Königs Hussein, um 2500 „Rote Teufel" (Fallschirmjäger) von Zypern aus nach Jordanien bringen zu können. Admiral Burke sprach eine klarere Sprache: Mit militärischen Gefälligkeiten für orientalische Despoten schreibt man kaum ein neues Kapitel der amerikanischen Geschichte. Es mußte sich wohl um andere Dinge handeln.

Gemessen an der von Washington gegebenen Begründung für die Intervention, nahm der militärische Aufmarsch überdimensionale Ausmaße an[6]):

Die gesamte 6. Flotte wurde vor der libanesischen Küste zusammengezogen. Sie besteht aus rund 50 Kriegsschiffen mit insgesamt 265 Flugzeugen und 25 000 Mann Besatzung. Die Flotte verfügt über lenkbare Raketen mit Atomsprengkörpern. Die Marinelandetruppen sind an Atomwaffen ausgebildet und verfügen über Atomartillerie. Bis zum 19. Juli standen bereits 10 000 amerikanische Soldaten auf libanesischem Boden, weitere 5000 wurden noch in dem Augenblick gelandet, als die Welt — nach der Neuwahl des Präsidenten — eine Entspannung der Lage und den allmählichen Abzug der fremden Truppen erwartete! Gleichzeitig mit dem Beginn der Intervention wurde die Zahl der im Luftraum der Nato-Mächte und im Nahen Osten kreisenden Flugzeuge des „strategischen Bomberkommandos" erhöht. Seitdem befanden sich dauernd mehr als 300 B 66- und B 57-Maschinen (H-Bomben-Träger!) in der Luft. In pausenloser Folge trafen auf dem türkischen Nato-Stützpunkt Adana Düsenbomber ein, die die Strecke von Kalifornien bis zur Türkei im Nonstop-Flug zurückgelegt hatten. Adana gehört zu den wichtigsten Stützpunkten der USA, von denen aus taktische Luftoperationen gegen Ziele im Nahen und Mittleren Osten, vor allem aber gegen solche in der Sowjetunion unternommen werden können. Von Incirlik (dem Militärflughafen bei Adana) bis zum russischen Ölzentrum um Baku beträgt die Luftlinie nur 1000 km, die ein Düsenjäger vom Typ Super Sabre F 101 oder Superjet F 86 D in nur 30 Minuten erreichen könnte. Der Flughafen Incirlik verfügt auch über die größte und modernste Radar-Anlage, die bis Innersibirien orten kann. Zwischen dem 15. und 19. Juli wurde ferner die 24. amerikanische Luftlandedivision aus dem Raum Augsburg nach Adana verlegt. Ihre 20-cm-Haubitzen, die Atommunition verschießen können, wurden durch Globemastermaschinen (schwere Transportflugzeuge) von den Flugplätzen Frankfurt/M., Fürstenfeldbruck und Memmingen in die Türkei geschafft. Panzer aus Süddeutschland wurden auf dem Luftweg in den Libanon transportiert. Gleichzeitig trafen (am 19. Juli) Einheiten der 2. amerikanischen Flotte zu einem „Freundschaftsbesuch" in Hamburg und Bremerhaven ein.

Dieser geräuschvolle militärische Aufmarsch vollzog sich also, um „die Unabhängigkeit und Integrität einer kleinen Nation" (von 1,3 Mill. Einwohnern mit einer Armee von 9600 Mann) zu schützen! Noch erstaunlicher aber ist, daß Eisenhower am 23. Juli in seiner Antwortnote an Chruschtschow erklären konnte: „Mir ist keine tatsächliche Grundlage für Ihre besonders stark zum Ausdruck gebrachte Furcht vor der Gefahr eines allgemeinen Krieges bekannt."

Keine Kriegsgefahr?

Eine Weltmacht, die sich zur Anwendung militärischer Gewalt entschließt, kann das nicht ohne klare strategische und politische Ziele tun. Um sie richtig einschätzen zu können, muß man das Kräfteverhältnis und die Truppenstärke der

nahöstlichen Staaten zusätzlich in Betracht ziehen[7]): Die unter amerikanischem und britischem Einfluß stehenden Staaten des Bagdad-Paktes und das prowestliche Israel verfügen insgesamt über Streitkräfte von weit mehr als einer Million Mann (Türkei: 600 000 und 2 Mill. Reserve, Iran: 150 000, Jordanien: 40 000, Pakistan: Truppenstärke nicht bekannt, Israel: 300 000). Die Türkei und Israel besitzen die modernsten und schlagkräftigsten Armeen des Nahen Ostens. Demgegenüber hat die Vereinigte Arabische Republik nur 200 000 Mann aufzuweisen (Ägypten: 160 000, Syrien: 42 500). Ginge es lediglich um eine Demonstration der militärischen Überlegenheit gegenüber den „aggressiven" Anhängern Nassers in Ägypten und Syrien, dann hätte es wohl kaum des amerikanischen Eingreifens bedurft. Aber eben darum ging es nicht.

Offensichtlich schwebte dem Manne, der die amerikanische Politik macht, und der „die Fähigkeit, bis an den Abgrund des Krieges zu gehen" als „die wahre Kunst" preist[8]), eine großräumige, strategische Operation vor, die das sinkende Ansehen der USA retten und ihre verlorengegangene Machtstellung im afroasiatischen Raum wiederherstellen sollte. Dabei war Dulles zu allem entschlossen, wie die Alarmbereitschaft der H-Bomberflotte, der Einsatz der atomar ausgerüsteten Landungstruppen, vor allem aber die Einbeziehung Adanas in die militärische Planung beweist.

Die weltweite Verurteilung des amerikanischen Schrittes, die bewunderungswürdige Disziplin der libanesischen „Rebellen" (die gegen einen Verfassungsbruch opponiert hatten!), die besonnene Haltung Chruschtschows und der rasche Verlauf der irakischen Revolution hinderten Dulles und seine britischen Verbündeten an der Durchführung eines weiterreichenden Unternehmens. Nachdem die neue Regierung Kassem im Irak die Verhältnisse überraschend schnell stabilisieren konnte und sich durch nichts provozieren ließ (weder durch die Brandstiftung an den Öltanks von Bagdad noch durch die Überheblichkeiten des jordanischen Königs), war jedem Vorwand für eine Ausdehnung der militärischen Besetzung im Nahen Osten der Boden entzogen. Die „Rebellenregierung" des Generals Abdel Karim Kassem mußte sogar schleunigst anerkannt werden, obwohl sie sich von der nach London verlegten Bagdadpakt-Konferenz ferngehalten hatte. Übrigens war den Revolutionären die Bürozentrale der Paktorganisation in Bagdad mit sämtlichen Geheimakten in die Hände gefallen. Sie sind zweifellos für den Kreml von besonderem Interesse. Dieser Umstand war um so peinlicher, als Moskau unverzüglich die diplomatischen Beziehungen zu der neuen Regierung aufgenommen und bereits am 18. Juli offiziell erklärt hatte: „Die um ihre Unabhängigkeit und Freiheit gegen die verbrecherischen Aktionen der amerikanischen und britischen Kolonisten kämpfenden Nationen des arabischen Ostens stehen nicht allein."

Der mit dem weiträumigen Militäraufmarsch verbundene Plan war gescheitert.

Zehn Tage nach der Landung, mit der ein neues Kapitel amerikanischer Geschichte beginnen sollte, hatte man sich in Amerika eine neue Version für die Aktion Libanon zurechtgelegt, die der Washingtoner Korrespondent einer großen deutschen Tageszeitung folgendermaßen wiedergibt: „Die gemäßigten Regimes im Libanon (?), in Jordanien (!) und Saudi-Arabien (!!) wären von den Gewaltmethoden der Fanatiker hinweggeschwemmt worden, wenn nicht sofort die Stützaktion unternommen worden wäre. Die blutigen Ereignisse in Bagdad würden sonst eine Kettenreaktion ausgelöst haben." Für diese „Stützungsaktion" hatte der Westen mehr militärische Mittel im Nahen Osten bereitgestellt, als während des ganzen 2. Weltkrieges! Die deutsche Presse aber, die zu Beginn der Krise die amerikanisch-britische Intervention heftig verurteilt (und sich dadurch

das Mißfallen des US-Botschafters zugezogen hatte), schaltete auf die neue Version um: Es ist ja alles gar nicht so gefährlich. Chruschtschows Aufregung war propagandistische Panikmache. „Es brennt wirklich nicht!" versicherte der Karikaturist der „Welt" am 2. August dem leicht zu beruhigenden Leser und machte sich über den sowjetischen Regierungschef lustig.

Aber die akute Kriegsgefahr ist nicht beseitigt. Sie bleibt bestehen — man denke an den Juli 1914 — solange die Krise anhält, und die Krise ist nicht eher vorüber, bis der letzte amerikanische Soldat aus dem Nahen Osten verschwunden ist. Es mag diesmal noch gelingen, die Katastrophe zu vermeiden. Aber in jedem Augenblick kann eine neue Krise ausbrechen und die Menschheit wieder an den Rand des Krieges führen. Der Krisenzustand wird solange andauern, wie der Wille zur Verständigung, d. h. zur friedlichen Koexistenz fehlt. Bereitschaft zur Koexistenz heißt Bereitschaft zur Gipfelkonferenz und damit zur konstruktiven Lösung der anstehenden Probleme. Die Gipfelkonferenz aber sucht der amerikanische Außenminister mit allen Mitteln zu verhindern.

Gipfelkonferenz in 50 Jahren?

Dulles ist der Politiker des status quo. Er geht von dem dogmatischen Glaubenssatz aus, daß sich im Laufe der Zeit ein Wandel — „Change" — in der Sowjetunion vollziehen muß, der den Intentionen des Westens entspricht. Solange das nicht geschehen ist, muß der Westen an der starren Politik der Stärke festhalten. Erst kürzlich hat Dulles wieder diese Haltung erläutert. Er erklärte dem politischen Redakteur der Zeitschrift „Look", daß der „Sowjetkommunismus den Anforderungen der modernen Gesellschaft nicht gewachsen ist". Das sei ein „unvermeidlicher und unumkehrbarer" Prozeß. Der Westen könne sich nur in der richtigen Weise in ihn einschalten, wenn er „unnachgiebig" und „festgefügt" bleibt. Die großen Probleme der Politik seien mit den Russen erst zu lösen, wenn sich der Wandel in der Sowjetunion vollzogen habe. Darüber mögen aber „50 oder 100 Jahre" vergehen.

Dulles ist also nicht daran gelegen, daß eine Gipfelkonferenz zustande kommt. Er fürchtet sie wie die Pest und bietet alle List juristischer Knifflichkeiten auf, um sie zu hintertreiben. Wenn alles nichts hilft, muß das Problem der deutschen Wiedervereinigung herhalten, das aber von vornherein in einer Form serviert wird, die seine Lösung unmöglich macht. (Am 6. Juni hat Dulles erst wieder in einem Gespräch mit den Senatoren auf der Integrierung Gesamtdeutschlands in die Nato bestanden!) Wenn die weltpolitische Lage die Behandlung anderer Probleme als vordringlich und unaufschiebbar erscheinen läßt, wie beispielsweise in der Nah-Ost-Krise, verfällt er auf immer neue Tricks, um das von den Russen gewünschte „Gespräch auf höchster Ebene" zu sabotieren. Was ist eigentlich an einer Gipfelkonferenz so schrecklich für Herrn Dulles?

Sie würde ihn zweifellos zu einer Revision seiner Politik zwingen. Wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, dann müßten die brennenden Fragen der Weltpolitik zur Sprache kommen, und es würde sich dabei herausstellen, daß die Schwergewichte anders verteilt sind, als Dulles (und seine Bonner Protagonisten) es wahr haben wollen. Denn die geschichtliche Entwicklung arbeitet gegen ihn und seine Konzeption. Er versucht, wie aus der „Look"-Erklärung hervorgeht, diese Entwicklung aufzuhalten und durch Unnachgiebigkeit den bestehenden Zustand hinhaltend zu verteidigen. Die Themen, die auf der Tagesordnung einer Gipfelkonferenz erscheinen müssen, zeigen schon an, in welcher Weise dieser Zustand geändert und von welcher Richtung her die gegenwärtige amerikanische Politik bedroht werden würde: Zur Debatte müßten stehen: 1. das Problem Naher

Osten und das Recht der Araber auf Selbstbestimmung; 2. die Anerkennung Pekings und ein Bekenntnis der Großmächte zu den antikolonialen und antiimperialistischen Grundsätzen der afro-asiatischen Völker, wie sie auf der Bandung-Konferenz festgelegt wurden; 3. die Abrüstung, Einstellung der Kernwaffenversuche und Schaffung militärisch verdünnter, d. h. atomwaffenfreier Zonen. Für die Lösung aller dieser Probleme würde Rußland mit Entschiedenheit eintreten und es kann dabei der Unterstützung der farbigen Welt gewiß sein. Washington dagegen müßte sich, um zu einer Verständigung über diese Fragen zu kommen, aus dem Militärblock-Denken lösen, seine Haltung zu den neutralen Ländern des Nahen und Fernen Ostens grundlegend korrigieren und bereit sein, den status quo des Kalten Krieges preiszugeben. Dadurch käme freilich die gesamte Konzeption des amerikanischen Außenministers ins Wanken. Insofern hat er durchaus recht, wenn er befürchtet, daß eine Gipfelkonferenz mit einem „Propagandaerfolg" Chruschtschows enden würde. Er nimmt deshalb lieber das Risiko eines großen Krieges auf sich und ist, wie wir soeben erleben mußten, selbst in einer Stunde der höchsten Gefahr für den Weltfrieden nicht dazu bereit, den „Weg zum Gipfel" zu ebnen. Wird das auch in Zukunft so sein?

Westdeutsche Atomaufrüstung und Nah-Ost-Krise — zwei Glieder in einer Kette

Da Dulles nicht damit rechnen kann, daß er noch länger als zwei Jahre Außenminister bleibt (seine Amtszeit läuft mit der Präsidentschaft Eisenhowers ab, dessen nochmalige Wiederwahl verfassungsmäßig unmöglich ist), möchte er die Weichen der amerikanischen Politik stellen und sie durch vollendete Tatsachen festlegen. Die genannten Themen einer Gipfelkonferenz bieten die Ansatzpunkte für eine Analyse der politischen Planung des US-Außenministers: Eine Lösung der nahöstlichen Probleme durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Araber liegt ebensowenig im Sinne von Dulles wie eine Änderung seiner Asienpolitik oder die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Alles dies würde den Weg zur Koexistenz öffnen. Die Idee der Koexistenz aber trifft den Lebensnerv der Dullesschen Weltanschauung. Sie zerstört sein politisches Credo, seinen Glauben an den Erfolg der eisernen „Unnachgiebigkeit", durch die der „festgefügte" Westblock den „Sowjetkommunismus" in die Knie zwingen wird. Die Koexistenz würde diesen „unvermeidlichen" und „unumkehrbaren" Prozeß verlangsamen, wenn nicht sogar zunichte machen. Wenn Dulles daher auch alles tun wird, um die Gipfelkonferenz hinauszuzögern, so kann er doch — angesichts der wachsenden Kritik der amerikanischen Öffentlichkeit an seiner Haltung — nicht sicher sein, was geschieht, wenn er das Steuer abgeben muß. Er sieht den von ihm erhofften Ablauf der Geschichte vornehmlich durch zwei — auf die Koexistenz zielenden — Kräfte bedroht: durch die Vertreter einer Politik des „disengagements" in Europa und durch die arabische Unabhängigkeitsbewegung, deren Streben nach nationaler Einheit die westlichen Machtpositionen im Nahen Osten erschüttert.

Die Politik des disengagements, die auf ein Auseinanderschieben der Machtblöcke gerichtet ist, erfuhr durch den Plan des polnischen Außenministers Rapacki eine gefährliche Aktualität. Zwar bezog sich der Vorschlag Rapackis zunächst nur auf die Schaffung eines kernwaffenfreien Gebietes in Mitteleuropa. Aber damit wäre ein erster Schritt zur Entspannung gemacht worden, dem weitere hätten folgen können, ja müssen. Ein engeres Zusammenrücken der betroffenen Staaten, eine neue Möglichkeit zur Verständigung wurden geboten. Das Problem der deutschen Wiedervereinigung wäre der Lösung erheblich näher gebracht worden. Aber der status quo war gefährdet, der „eiserne Vorhang" in

Frage gestellt. Da die Konzeption des deutschen Bundeskanzlers sich im wesentlichen mit der seines „großen Freundes Dulles" deckt, bedurfte es nur eines Gespräches zwischen Adenauer und dem amerikanischen Botschafter in Bonn, um die Atomaufrüstungsdebatte auf die Tagesordnung des Bundestages zu setzen. Die Debatte erfüllte ihren Zweck. Sie riß den Rapackiplan in Fetzen und zwang 50 Millionen Deutsche in die tödliche Gefahrenzone der atomaren Strategie. Dulles hatte damit sein Ziel erreicht: die Atomausrüstung der Bundeswehr — von den Vertretern eines freien Volkes in freier Abstimmung freiwillig beschlossen! — verhindert die Entspannung in Europa und wird in Zukunft, wenn sie erst einmal vollendete Tatsache ist, ein Gespräch „auf höchster Ebene" erschweren.

Mit der Politik der vollendeten Tatsachen hoffte Dulles auch die Nah-Ost-Probleme in seinem Sinne lösen zu können. Es trifft nicht zu, daß die militärische Intervention der Anglo-Amerikaner eine politische Kurzschlußhandlung gewesen ist, wie verschiedene bekannte Leitartikler deutscher Zeitungen halb entschuldigend, halb anklagend bemerkten. Der Aktion vom 15. Juli lag offensichtlich eine weitgespannte militärische und politische Planung zugrunde, die nicht nur der Aufrechterhaltung, sondern der Ausdehnung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft Amerikas im Mittelmeerraum und im Nahen Osten dienen sollte. Denn hier vollziehen sich Ereignisse, die das amerikanische Interesse unmittelbar bedrohen. Die ehemals kolonialen Völker des Nahen Ostens haben aus ihren Erfahrungen nach dem 1. Weltkrieg gelernt, daß sie politisch nur wirklich unabhängig werden, wenn sie auch wirtschaftlich unabhängig sind. Sie haben erkannt, daß es eine moderne Art der Kolonialherrschaft gibt, die ihnen zwar die staatliche Selbständigkeit läßt, sie aber in wirtschaftliche Fesseln schlägt. Von Ägypten zündete der Funke des neuen Unabhängigkeitswillens durch die ganze arabische Welt, die die noch vorhandenen feudalistischen Systeme stürzen und zu einer zeitgemäßen Ordnung ihres staatlichen Zusammenlebens finden will. Im Nahen Osten kündet sich die Entstehung einer breiten Zone blockfreier Politik an, deren Vertreter im Zusammenwirken mit den großen „Neutralen" Asiens die Koexistenz verwirklichen wollen. Diese „neutralen" Staaten gehen wirtschaftlich einen Weg, der nicht in das kapitalistische Gefüge des Westens einmünden kann. Sie suchen den Anschluß an die moderne Industrialisierung und möchten dabei die erste Phase, die diese in Europa und Amerika gehabt hat (Konsumgüterindustrie), überspringen. Aus dem Zustand einer vortechnischen Gesellschaft, der ihnen durch die Kolonialherrschaft viel zu lange aufgezwungen worden war, wollen sie jetzt sofort zur letzten technischen Perfektion der Gegenwart gelangen und eine moderne Investitionsgüterindustrie aufbauen. Dieser Sprung ist nur mit der größten Kraftanstrengung zu bewältigen. Die selbständig gewordenen afro-asiatischen Staaten sind deshalb überall zu einer gelenkten Wirtschaft übergegangen und arbeiten mit Fünfjahresplänen nach sowjetischem Vorbild. Die Übernahme westlich-kapitalistischer Wirtschaftsformen erscheint ihnen unzweckmäßig. So vollzieht sich in rasantem Tempo die Verwandlung zu einer sozialistischen Gesellschaft neuen Stils, die den Westen mit Mißtrauen und Unbehagen erfüllt. Dulles hat sich diesen evolutionären Prozeß innerhalb der Staaten des „neutralen Gürtels" durch die Kürzung oder Verweigerung von Wirtschaftshilfen zu widersetzen versucht und hat die USA stattdessen an entwicklungshemmende Regimes gebunden, die von ihren Völkern verneint und gehaßt werden. Aber während er sich um die Festigung von militärischen Paktsystemen (Seato, Bagdadpakt) müht und die Wirtschaft der betreffenden Staaten an den westlichen Kapitalismus binden will, geht die dynamische Entwicklung im Innern der Systeme weiter. Die Sowjetunion ergreift überall für die Sache der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen Partei und gewährt ihnen, wenn sie sich siegreich

durchgesetzt haben, großzügige materielle Unterstützung, ohne politische Bedingungen daran zu knüpfen. Die Russen wissen sehr genau, welche Rolle die vom Kolonialismus befreiten Staaten in der Welt von morgen spielen werden. Je erfolgreicher die Sowjetregierung sich dem unaufhaltsamen geschichtlichen Prozeß in der farbigen Welt anzupassen verstand, um so stärker setzte sich in Washington die Vorstellung fest, daß der Kreml den Anstoß zu allen jenen unliebsamen Veränderungen in Asien und Nordafrika gegeben hat. Der Umsturz im Irak hat bewiesen, zu welchen Fehlschlüssen dieser Irrglaube führt. Aber Dulles hält dennoch daran fest und operiert jetzt mit der Formel von der „indirekten Aggression". — Die Vorgänge in Bagdad waren ein Alarmzeichen dafür, daß die explosiven Kräfte der Völker die antisowjetische Konzeption der amerikanischen Außenpolitik zu sprengen drohen. Die ägyptische Revolution und die Erfolge der blockfreien Politik Nassers weisen die arabischen Volksbewegungen in die Richtung einer Verständigung mit der Sowjetunion. Nasser praktiziert bereits die Koexistenz. Er beweist, daß sich ein kleines Land, trotz seiner strategisch und verkehrspolitisch höchst wichtigen Lage, sehr wohl ohne Bindung an einen Militärblock — und ohne Atomrüstung! — zwischen West und Ost behaupten kann. Einer Erweiterung seines Einflusses wollte Dulles mit allen Mitteln Einhalt gebieten; denn auch im Nahen Osten soll der Status quo erhalten bleiben. Der Militäraufmarsch in diesem Gebiet ist ein verzweifelter Versuch, das Rad der Geschichte aufzuhalten und sich den progressiven Kräften der Entwicklung entgegenzustemmen. Um seine Vorstellung von dem Fortgang der Weltgeschichte zu retten, beschwor Dulles die größte und gefährlichste Krise der Nachkriegszeit herauf. Sie hat uns bewußt gemacht, daß die Bundesrepublik als Operationsbasis für die amerikanische Luftwaffe dient, und daß wir im Falle eines Krieges — der wegen einer Rebellion im Zwischenstromland entbrennen kann! — sofort das Opfer der Bonner Nibelungentreue zur Nato würden. Die Nato schützt uns nicht. Sie gibt uns keine Sicherheit. Sie gefährdet uns.

Die Herauslösung der Bundesrepublik aus dem amerikanischen Militärsystem, die Verhinderung der lebensbedrohenden Atomaufrüstung und die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa muß deshalb unser unverrückbares Ziel bleiben.

Anmerkungen:

[1]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Bd. 1, 138 f.

[2]) Vgl. H. Herzfeld, Die moderne Welt Band II, S. 100 ff.

[3]) Deutsche Dokumente ... Bd. I, S. 74.

[4]) Vgl. Artikel in „Life" 16. 1. 1956.

[5]) Sir John Pratt trat im Dezember 1951 von seinem Posten im britischen Außenministerium zurück und veröffentlichte eine Broschüre: „Die Lüge, die zum Kriege führte". — J. F. Stones Buch „The Hidden History of the Korean War" erschien bereits 1952 im Verlag Monthley Review Press, New York.

[6]) Bei den nachfolgenden Angaben handelt es sich um amtliche Verlautbarungen, die der westdeutschen, schweizerischen und britischen Presse entnommen wurden.

[7]) Zahlen lt. Mitteilung der „Freien Presse" 30. Juli 1958.

[8]) Vgl. hierzu Blätter f. dt. und int. Politik, Heft 7, Jg. 1957.

Dr. Achim von Borries

Der demokratische Vorhang

(II)

Die Alibis

Die Bundesrepublik befindet sich staatspolitisch in einer Übergangsperiode, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Etablierung eines neuen autoritären Regimes zunächst noch im Schutz gewisser „demokratischer" Alibis vor sich geht. Die autoritären Kreise hinter der Bundesregierung mobilisieren dieselben anti-liberalen und anti-sozialistischen Ideologien und Ressentiments, die vor 1933 die erste deutsche Demokratie überfluteten. Die „Machtergreifung" Adolf Hitlers besiegelte nur noch diesen Prozeß. Heute geht es nicht um die Macht-Ergreifung einer radikalen antidemokratischen Opposition, sondern um die unbedingte Macht-Behauptung einer latent autoritären Regierung. Nicht nur von unten, sondern auch von oben wird heute das demokratische System untergraben. Die „Alibis" sollen das methodische Vorgehen dieser Kräfte verschleiern. So wird selbstverständlich noch immer „offiziell" der Nationalsozialismus „verurteilt", während gleichzeitig entscheidende seiner ideologischen Voraussetzungen reaktiviert und seine Handlanger und Mitläufer als antisozialistische Hilfstruppe verwendet werden. Das außenpolitische Alibi Nr. 1 ist der Israel-Vertrag. Aber er sollte nicht nur eine materielle Wiedergutmachung sein — er wurde seinerzeit auch mit einem Seitenblick auf die öffentliche Meinung der USA geschlossen, zu deren antisowjetischem Festlanddegen Dr. Adenauer die Bundesrepublik damals gerade avancieren ließ. Immerhin fiel seine Unterzeichnung auch in eine Zeit, in der die Distanzierung der Bundesregierung von der Nazi-Epoche noch um einiges glaubwürdiger war als heute. Zu den innenpolitischen Alibis gehört das Verbot der politisch bedeutungslosen, sektiererhaften SRP, die allzu offen unmittelbar an die NSDAP anknüpfte. Dieses Verbot kostete die herrschenden Mächte nicht nur nichts, es lohnte sich auch noch doppelt. Denn es konnte die immer stärker werdende rechtsbürgerliche Monopolstellung der CDU nur fördern, und es diente gleichzeitig als Alibi für das von Bonn angestrebte Verbot der KPD. Mit ihm wurde die politisch und ideologisch entschiedenste Oppositionspartei in der Bundesrepublik kurzerhand mundtot gemacht. Darüber hinaus wurde es nun möglich, die SPD und den DGB mit dem Bürgerschreckargument von der „kommunistischen Unterwanderung" planmäßig zu diffamieren. Ein anderes Alibi sind die gelegentlich stattfindenden Prozesse gegen gewisse kriminelle Funktionäre des Nazisystems, deren Untaten nicht gut unterschlagen oder abgeschwächt werden können. Aber nicht nur werden diese Prozesse — siehe kürzlich die Fälle Eisele und Oberhäuser — merkwürdig vereinzelt und zögernd eingeleitet, sie betreffen auch stets nur die Exekutoren. Hingegen die Ideologen und Bürokraten des Hitlerschen Ausrottungskrieges bleiben ebenso ungeschoren wie die Wegbereiter der nationalsozialistischen Herrschaft. Und wie diese sind auch jene zum großen Teil längst in die Staatsverwaltung zurückgekehrt, zur bundesrepublikanischen Prominenz aufgestiegen. Entsetzen und Empörung der Öffentlichkeit werden auf einzelne besonders auffällige Exzesse abgelenkt, die Vorgeschichte und der wirkliche Charakter des Systems aber vertuscht.

Wie verlogen und rein taktisch bedingt diese Alibipolitik heute ist, geht etwa daraus hervor, daß zwar die politisch ephemere SRP verboten wurde, die von revisionistischen, militaristischen und oft ausgesprochen faschistischen Kräften

durchsetzten Flüchtlingsorganisationen und Soldatenbünde aber nicht nur nicht verboten, sondern von Bonn gefördert werden. Denn ihrer bedient sich die Bundesregierung bei der antisowjetischen und antisozialistischen Aufhetzung der Bevölkerung. Ganz zu schweigen von jenen offen autoritären Organisationen des politischen Katholizismus, denen, wie etwa der berüchtigten „Abendländischen Akademie", namhafte CDU-Politiker angehören.

In welchem Maße dieser scheinbare Antinationalsozialismus nur noch eine opportunistische Spiegelfechterei ist, erweist sich in jedem Jahr aufs neue am 20. Juli. Er ist der Tag der großen Lüge, der Tag, da die Lüge offiziell und redselig wird. So verschämt und unverbindlich wie möglich wird von den bürgerlichen Mitläufern des Nationalsozialismus ein Teil des Widerstandes gegen Hitler „geehrt". Wohlgemerkt, nicht der Widerstand, sondern ein Teil, der Widerstand in allerletzter Stunde, dessen Träger vorher zum großen Teil selbst das System lange Zeit unterstützt hatten. Erst als sie die Aussichtslosigkeit des von Hitler begonnenen Krieges erkannten, zogen sie daraus eine politisch sehr verspätete, menschlich ehrenhafte und mit dem Tode besiegelte Konsequenz. Nur ihrer erinnert sich die Bundesregierung. Die konsequenten und vorausschauenden Gegner Hitlers aber, die lange vor der Machtergreifung gegen diesen gekämpft hatten und nach 1933 eine jahrelange furchtbare Verfolgung erlitten, werden nicht nur keines Wortes gewürdigt, sie werden heute teilweise schon wieder als potentielle Staatsfeinde verdächtigt und diffamiert. Aber nicht das allein ist aufschlußreich, sondern auch die halbherzige Art der Ehrung der Männer des 20. Juli spricht Bände. In diesem Jahr gedachte ihrer, in Vertretung Dr. Adenauers, ausgerechnet der ehemalige SA-Mann Herr Schröder mit phrasenhafter Unverbindlichkeit, wie es in Bonn üblich geworden, wenn immer die Rede auf die Jahre 1933—45 kommt. Bezeichnend war schließlich auch, daß die Bundeswehr sich auf dieser offiziellen Feier einzig durch — zwei Offiziere in Zivil vertreten ließ! So wahrt man gerade noch sein demokratisches Gesicht und macht doch aus seinem autoritär-militaristischen Herzen längst keine Mördergrube mehr.

Wie sollte sich Bonn auch unzweideutig zum antinationalsozialistischen Widerstand bekennen in einem Augenblick, da „Ordnung", „Autorität" und „Wehrgedanke" wieder bedenkenlos propagiert werden, mit Herrn Heusinger, Herrn Speidel und zahllosen anderen führenden Militärs Hitlers die Bundeswehr aufgebaut wird. So zeigt gerade der 20. Juli das Doppelspiel der heute herrschenden Kräfte, ihren politischen und ideologischen Opportunismus. Wie in der einst sozialpolitisch aufgeschlossenen und von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit demokratischer Protestanten und Katholiken bestimmten CDU längst die Großindustrie und der katholische Klerus den Ton angeben, zur Täuschung gewisser Wählerschichten aber die „soziale" und „christliche" Garnierung sorgfältig konserviert wird — so wird heute staatspolitisch das autoritäre Gebaren und der absolutistische Machtdrang dieser Partei noch getarnt mit einem verschwommenen Lippenbekenntnis gegen den Nationalsozialismus.

Rehabilitierung und Retuschierung

Die Unglaubwürdigkeit dieser Alibis ist offenbar. Denn nicht nur sind Funktionäre, Militärs, Beamte und Mitläufer des Hitlersystems als Hilfstruppen der CDU reaktiviert worden. Heute knüpft man auch bereits an bestimmte Vorgänge der Nazi-Epoche selbst an. Die offizielle wie auch die von Bonn indirekt gesteuerte betriebsame „Wehrpropaganda" erinnert unaufhörlich an den „tapferen antisowjetischen Heldenkampf" der Armeen des nationalsozialistischen Deutschland. Anfang August jubelten in Hamburg Angehörige der neuen Bun-

desmarine dem Hitler bis zu allerletzt ergebenen Großadmiral D ö n i t z zu, als dieser bei einem Treffen der ehemaligen U-Boot-Fahrer den „alten U-Boot-Geist" feierte. Solche Rehabilitierungen werden von Bonn nicht nur toleriert, sondern auch gefördert. So verlangte der CSU-Vizepräsident des Bundestages, Herr J a e g e r, am 3. Juli in der Münchener Abendzeitung mehr „Verständnis" für das autoritäre Franco-System, das zur „Rettung Spaniens vor dem Kommunismus" unvermeidlich gewesen und heute eine Bastion des „christlichen Abendlandes" sei. Aber nicht genug damit: Herr Jaeger wünscht auch eine „vorurteilslosere" Würdigung der „Legion Condor", also des deutschen Beitrags zu jenem „Freiheitskampf". Bekanntlich hatte diese modern ausgerüstete deutsche Hilfstruppe nicht nur die Aufgabe, dem Faschismus in Spanien den Weg zur Macht zu ebnen, sondern sie war auch das waffentechnische Erprobungsteam der Wehrmacht, also ein wichtiger Teil der Kriegsvorbereitungen Hitlers. Dieser Komplicendienst des deutschen Diktators bei der Liquidierung der spanischen Republik erfährt heute vom Vizepräsidenten des Bundestages eine demonstrative Aufwertung — im Namen des „Antikommunismus" und des „Abendlandes"! Und längst sind Herr Jaeger und Gesinnungsgenossen dabei, in Westdeutschland eine ähnliche „Notlage" zu konstruieren, die ihre eigenen unverhohlenen autoritären Absichten rechtfertigen soll. Die schrankenlose Diffamierung und Verdächtigung aller Kritiker des Regimes Adenauer ist ein Teil dieser Vorbereitungen.

So wird, wo immer es der Machtstellung und den Fernzielen der CDU nützen kann, auch die Hitler-Epoche selbst unter irgendwelchen Vorwänden rehabilitiert. Zu dieser Rehabilitierung kommt die Retuschierung der Vergangenheit. So wird vor allem die Vorgeschichte der „Machtergreifung" verschleiert. Die Aufmerksamkeit wird auf einzelne rein politische Oberflächenphänomene abgelenkt, während die entscheidenden ideologischen und ökonomischen Zusammenhänge im dunkeln bleiben sollen. Die schwere Mitschuld der heute wieder mächtigen Großindustrie am Untergang der Weimarer Demokratie wird verschwiegen, abgestritten oder verharmlost. Die Exponenten des seit 1948 in der Bundesrepublik noch einmal restaurierten großkapitalistischen Wirtschaftssystems haben aber nicht nur ein Interesse an einer unmerklichen Verschleierung ihrer eigenen politischen Vergangenheit. Sie müssen fast noch mehr eine nüchtern-kritische Analyse der verhängnisvollen inneren Logik und Dynamik jenes Wirtschaftssystems selbst fürchten. Denn der „Wirtschaftswunder"-Mythos würde dadurch vorzeitig und radikal zerstört werden. Es würde deutlich werden, daß (unabhängig von der größeren oder kleineren Mitschuld der Individuen) der fatale Zyklus von Expansion und Krise — das Gesetz jener Wirtschafts-„Ordnung" — das Schicksal der ersten deutschen Republik entschieden hat. Den Jahren einer relativen Stabilisierung 1924—28 folgte bekanntlich 1929 die von der großen amerikanischen Krise ausgelöste Katastrophe, die zur Machtergreifung Hitlers führte. Es zeigte sich damals, daß dem Großkapital im Augenblick der offenen Krise jedes extreme politische Mittel, jedes autoritäre Regime willkommen ist, das ihm die Aufrechterhaltung und eine neue Expansion seiner eigenen Macht auf Kosten der Massen verheißt. So sind die Erfahrungen der Jahre 1918—33 gerade hinsichtlich des Zusammenhangs von wirtschaftlichem und politischem System eine eindringliche Lehre.

Es überrascht nicht, daß gerade die Anwälte der Großindustrie heute, die zugleich die Protagonisten einer neuen autoritären Ordnung mit demokratischer Kulisse sind, immer wieder nach einem „Schlußstrich" unter die Vergangenheit rufen. So erklärte etwa Herr Schröder am 4. Juli im Bundestag mit geheuchelter Arglosigkeit, man solle doch nicht „immer wieder auf den 30. Januar 1933

starren". Eine große Zahl von Hofbiographen unternimmt es, die Großindustriellen als „unpolitische Wirtschaftler", als reine Toren, wenn nicht gar als von Hitler Geprellte darzustellen. Die bloße Erörterung ihrer politischen Mitverantwortung wird neuerdings nach bewährtem Rezept einfach als „kommunistisch" denunziert, die Wahrheitsfindung also von vornherein unterbunden. Am 25. Juni protestierte im Straßburger Europarat der CDU-Bundestagsabgeordnete Friedensburg empört gegen die Forderung des niederländischen Sozialisten Nederhorst, der Krupp-Konzern (inzwischen bekanntlich mächtiger denn je) solle endlich die ihm vor Jahren schon von den Alliierten auferlegte Teilentflechtung seines privatwirtschaftlichen Imperiums vornehmen. Diesem Protest ließ Herr Friedensburg am 29. Juni noch eine aufschlußreiche persönliche Erklärung folgen, in der er mit höchst zweideutigen Worten Krupp selbst reinzuwaschen versuchte und Nederhorst vorwarf, er habe seine Forderung mit „Argumenten der Sowjetregierung und der deutschen Kommunisten" begründet, als er von Krupps und der deutschen Großindustrie Mitschuld an zwei Weltkriegen und am Aufstieg der Hitler-Partei sprach . . .

So soll die Verantwortung für jene furchtbare Epoche anonym bleiben. Und nicht nur die Vorgeschichte, auch die Praxis des nationalsozialistischen Herrschaftssystems wird retuschiert. In der württembergischen Stadt Ludwigsburg lehnte es Mitte Juni die CDU/FDP-Mehrheit des Gemeinderats (gegen die Stimmen der SPD) ab, auf einer Erinnerungstafel am Platz der zerstörten Synagoge auch die Urheber der Zerstörung zu erwähnen. Darüber hinaus weigerte sie sich, in die Inschrift das Wort „gewaltsam" aufzunehmen, wie es die Israelitische Kultusvereinigung angeregt hatte. Dieser besonders beschämende Vorgang der Vertuschung einer nationalen Schuld verhöhnt nicht nur die Millionen jüdischer Opfer des Nationalsozialismus, er ist auch ein Exempel der politischen Schizophrenie und des absoluten Gesinnungsopportunismus der von der CDU repräsentierten Schichten.

Was in Ludwigsburg, an der Peripherie dieses Staatswesens, geschehen ist, wird in Bonn auf Bundesebene praktiziert. Wir erinnern an den Skandal der neuen Ordensgesetzgebung, für den die Bundesregierung allein die Verantwortung trägt. Sie gestattet das Tragen der Kriegsauszeichnungen aus den Jahren 1939—45 wieder, doch sollen vorher diese Orden befreit werden von jenem Naziemblem, das ihre Herkunft dokumentiert. Man tut einfach so, als lasse diese fatale Herkunft sich durch eine äußerliche Veränderung am Orden „neutralisieren". Man tut so, als sei der sittliche Wert „persönlicher Tapferkeit" unabhängig von den politischen Tendenzen, denen sie — bewußt oder unbewußt — dient. Das Hitler-System wird offiziell „verabscheut", die Auszeichnungen dieses Systems aber werden rehabilitiert — mittels einer grotesken Manipulation. Die Bundesregierung hat sich auch vor ihr nicht gescheut, um sich bei den ehemaligen Offizieren anzubiedern. So ist sie selbst verantwortlich für das System der politischen Unwahrhaftigkeit und des gefährlichen Selbstbetrugs, für die politische Schizophrenie in der Bundesrepublik. Diese politische Gewissenlosigkeit der reinen Taktik der Machtbehauptung und Machterweiterung kann nur ein Ergebnis haben: den Ruin der demokratischen Gesittung in diesem Staate.

Der andere Faschismus

Was wir erleben, ist der Embryonalzustand eines zweiten deutschen Faschismus. Psychologisch, ideologisch und politisch wird er vorbereitet. Das neue autoritäre Regime kommt evolutionär, nicht revolutionär. Es wird zunächst auf dem Gesetzgebungs- und Verwaltungswege eingeschmuggelt, Stück um Stück.

Solange wie möglich wird man diesmal an der parlamentarischen Fassade festhalten. Dieser zweite Faschismus kann „demokratisch" bleiben, wenn es nur gelingt, dank eines gewaltigen, von Industrie und Kirche finanzierten Apparats der direkten und indirekten Massenbeeinflussung die Opposition auf kaltem Wege auszuschalten. Die unaufhörliche, systematisch betriebene Diffamierung der SPD soll den politischen Leumund dieser Partei diskreditieren. Und sie soll darüber hinaus auch ihr Selbstbewußtsein endgültig brechen. Die Regierungspartei hofft, daß die deutsche Sozialdemokratie, durch Wahlmißerfolge enttäuscht, ideologisch zerrüttet, durch massive Verleumdungen eingeschüchtert, sich endlich resigniert in den CDU-Staat „einordnen", an eine staatspolitische Aschenbrödelrolle gewöhnen werde. Es bedarf dann nur noch der heute schon eifrig geforderten „Entpolitisierung" der Gewerkschaften, um die letzte demokratische Massenorganisation staatspolitisch zu „neutralisieren". Es genügt durchaus, wenn die SPD auf sekundäre politische Teilprobleme, der DGB auf bloße Lohnfragen abgelenkt werden. Eine solche de facto entmachtete, unbewußt längst konformistische „Opposition" ist dann ein ideales demokratisches Aushängeschild für die Alleinherrschaft der Großindustrie und des katholischen Klerus.

Als ideologischen Gegner fürchtet dieses System nur noch den freiheitlichen Marxismus. Denn er enthüllt wissenschaftlich-analytisch das Bewegungsgesetz des Großkapitalismus, er weist auf seine inneren Widersprüche und Konflikte hin. Und er zeigt das Gegenbild einer von der menschlich, sittlich, politisch und wirtschaftlich zerstörerischen Allmacht des kapitalistischen Lebenssystems befreiten aufgeklärten Gesellschaft. Ihn abzuwürgen, heißt den letzten Warner, Mahner und Widersacher erdrosseln. Von oben nicht gebaut, von unten nicht gewachsen, ist die westdeutsche Demokratie heute ein Kartenhaus. Keine Schönrederei, keine Lippenbekenntnisse, keine Alibis können darüber hinwegtäuschen. Sie lebt einzig noch von der vorübergehenden wirtschaftlichen Konjunktur. Aber sie geht einer weltpolitisch und wirtschaftlich höchst ungewissen Zukunft entgegen. Die Grundlagen eines demokratischen Staatswesens, liberale Gesittung und staatsbürgerliches Bewußtsein, sind seit Jahr und Tag gerade von den Gralshütern der „Freiheit" korrumpiert worden. Den wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen geht es längst nicht mehr um eine gerechte und freie gesellschaftliche Ordnung, sondern nur noch, in einer politisch hybriden Weise, um die Verewigung ihres Machtmonopols. Sie marschieren heute unter dem Kreuz Christi, wie sie gestern unter dem Hakenkreuz marschiert sind. Sie bedienen sich heute der CDU, wie sie sich seinerzeit der NSDAP bedient haben. Die Vorzeichen, die politischen Gesinnungen sind auswechselbar. Die Methoden ändern sich. Das Ziel bleibt stets dasselbe. Es wird nur eines ernsteren wirtschaftlichen Rückschlages bedürfen, des Zusammenbruchs des „Wirtschaftswunder"-Mythos, um das Kartenhaus zum Einsturz zu bringen. Eine neue politische Radikalisierung der Massen wird die Folge sein. Die Machthaber von heute aber bereiten sich längst darauf vor, diesen neuen Krisenradikalismus abermals in autoritär-faschistische Kanäle abzuleiten, um die eigene Macht zu behaupten und die dann akute sozialistische Alternativlösung unmöglich zu machen.

Die Krise kommt. Rhetorische Tiraden, optimistische Beteuerungen des Ministers E r h a r d können ihre Symptome nicht mehr wegzaubern. Entgegen voreiligen Hoffnungen hält die schwerwiegende Rezession in den USA noch immer an. Die westdeutsche Industrie ist ganz besonders exportabhängig und darum krisenempfindlich. Schon hat wieder das Ausweichen in das Rüstungsgeschäft

begonnen. Der Bundesverband der Industrie forderte vor einigen Monaten vom Bundesverteidigungsministerium eine stärkere Beteiligung der deutschen Industrie an den Rüstungsaufträgen. Schwache Betriebe, wie die Henschel-Werke in Kassel, werden durch solche Aufträge „gestützt". Der Ruhrbergbau ist in bedrohlichem Ausmaß von Absatzschwierigkeiten betroffen. Wieder soll nun der Staat helfen. Feierschichten und Lohnausfall nehmen zu. Die Kieler Howaldt-Werke haben kürzlich abermals zahlreiche Entlassungen vorgenommen. Und in das Bild dieser strukturell bedingten zunehmenden inneren Widersprüche des vom privatkapitalistischen Interesse allein bestimmten Wirtschaftssystems gehört auch die von der SPD aufgedeckte Hintertreibung des Aufbaus einer westdeutschen Atomwirtschaft durch gewisse großindustrielle Kreise, die in ihr einen neuen Konkurrenten sehen. Dank ihres Einflusses in Bonn haben sie denn auch bisher die Verabschiedung des Atomgesetzes verzögern können.

Dies alles sind Symptome. Die antikommunistische und antisozialistische Hysterie, die von der Regierungspropaganda künstlich geschaffen wird, soll von ihnen ablenken, wie die Etablierung eines neuen autoritären Regimes mit dem „Antikommunismus" gerechtfertigt wird.

Die Machtergreifung Hitlers war kein vereinzeltes Ereignis. Der italienische Faschismus und das mit seiner und Hitlers Hilfe zur Macht gekommene Franco-System, die katholisch-ständestaatlichen Diktaturen Salazars und Dollfuß', die rechtsextremistische Bewegung in Frankreich (deren Sieg 1934 nur noch die Volksfront verhindern konnte) und der Aufstieg der Hitler-Partei gehören zusammen. Was sie auch auf Grund jeweils besonderer nationaler Voraussetzungen voneinander unterschied: gemeinsam war all diesen autoritären „Bewegungen" die gewaltsame Aufhebung des parlamentarisch-demokratischen Systems, die brutale Liquidierung der Organisationen der Arbeiterschaft, die Vernichtung der geistigen Freiheit und die Etablierung nationalistischer Staats- und Führerideologien. Im Namen dekretierter „Ordnungen" wurden vor allem die um ihre gesellschaftliche Emanzipation kämpfende Arbeiterschaft und die liberale Intelligenz brutal unterdrückt.

Wieder geht eine autoritäre Welle durch Europa. Noch immer herrschen Franco und Salazar, die Vorbilder gewisser westdeutscher „Abendländer". In Frankreich ist der dank der Putschdrohungen der faschistischen Gruppen zur Macht gekommene General de Gaulle dabei, durch eine Verfassungsreform ein Präsidialsystem für sich einzurichten, in dem die Legislativ- und Kontrollfunktionen des Parlaments radikal reduziert sein werden. In Italien regiert nunmehr mit Fanfani der zielstrebigste Exponent der notorisch autoritären katholischen Staats- und Soziallehre. Der Innenminister Tambroni verbot kürzlich einfach, mit fadenscheiniger Begründung, alle Protestkundgebungen gegen die Libanon-Intervention der USA. Durch solche drastische Polizeimaßnahmen, durch Nadelstiche und Diffamierung, soll auch hier die Opposition eingeschüchtert und gefügig gemacht werden, die einfach zu liquidieren man noch nicht riskieren kann. Ebenso wie in der Bundesrepublik wird vorerst auch in Italien und Frankreich die parlamentarische Fassade noch konserviert, hinter der die Alleinherrschaft der heutigen Regierungsparteien unaufhebbar gemacht wird. Man bleibt formell „demokratisch"; die autoritären Regimes von morgen kommen im Gewande der „Legalität" und mit „Freiheits"fanfaren . . .

Das Bild eines autoritären Europas zeichnet sich ab. Der vielberedete Europäismus gerade der deutschen Bundesregierung liebäugelt mit dieser Perspektive. Der Kampf gegen diese autoritäre Welle kann ebenfalls nur auf euro-

päischer Ebene, in europäischer Solidarität aller demokratischen Oppositionsparteien erfolgreich geführt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie steht in der letzten Probe. Zweimal, 1914 und nach 1918, hat diese Partei de facto den militaristischen und kapitalistischen Kräften das Terrain überlassen, indem sie im Rahmen der „bestehenden Ordnung" gutgläubig mit ihnen „zusammenarbeitete". Zweimal hat ihre allzu zaghafte Opposition, ihre ideologische Verworrenheit und die Erschlaffung ihres politischen Willens eine nationale und internationale Katastrophe mitheraufbeschworen. Noch stets ermutigte ihre unverkennbare innere Schwäche die kapitalistisch-autoritären Mächte. 1933 warfen sie die demokratische Maske ab, und die SPD mußte das Feld räumen, das sie lange vorher preisgegeben hatte. Heute zeigt es sich zum dritten Male, daß eine stabile, gesinnungs- und gesittungsmäßig verwurzelte, krisenfeste Demokratie in Deutschland nur möglich ist, wenn das wirtschaftliche und politische Machtmonopol der Großindustrie gebrochen, ihr Expansionsstreben kontrolliert und vernünftig begrenzt wird. Ihre Herrschaft ist das staatspolitische Schlüsselproblem auch der zweiten deutschen Republik. Die bloße Verteidigung der politischen Demokratie vermag die Gefahren nicht zu bannen, die diese heute von innen her bedrohen. Erst die zielbewußte Erkämpfung auch der wirtschaftlichen Demokratie kann der politischen Freiheit dauerhafte Grundlagen schaffen. Heute bezahlt der Bundesbürger für seinen sehr konjunkturbedingten relativen „Wohlstand" einen lebensgefährlichen Preis. Er lebt hart am Abgrund und merkt es vor lauter trügerischer Wohlstandszufriedenheit kaum noch. Sein gesamtes Dasein ist eingespannt in das kapitalistische Lebenssystem und dessen Dynamik auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die selbstmörderische aggressive Militärpolitik des US- und Nato-Satelliten Westdeutschland, die verhängnisvolle „Flucht in die Rüstung", die Atombewaffnung der Bundesrepublik, die Mobilisierung autoritärer und reaktionärer Elemente durch die Bundesregierung: all das gehört zu jenem Preis. Erst eine vernünftige Kontrolle jener expansiven Wirtschaftskräfte wird auch eine langfristige Wohlstandspolitik im Rahmen einer konstruktiven Friedenspolitik möglich machen, einen Wohlstand ohne Scheinblüte und ohne Verkümmerung von Freiheit und Menschlichkeit.

Angesichts der unverhohlen totalitären Ambitionen der heutigen Machthaber wäre jeder neue Kompromiß mit ihnen nichts anderes als eine Kapitulation. Der Verrat der Vernunft, der Freiheit und des Friedens an den hemmungslosen Interessentenopportunismus einer wirtschaftlich mächtigen Minderheit würde damit besiegelt. Das Schicksal nicht nur der Bundesrepublik wäre endgültig dieser Minderheit ausgeliefert. Individuelle Wachsamkeit mag das Kommen des zweiten deutschen Faschismus hinauszögern können; aber nur ein zielbewußter, geschlossener politischer Wille wird seinen Sieg ein für allemal verhindern.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Für ein Linsengericht

Das Gewitter im Nahen Osten ist vorübergegangen, ohne daß der Blitz einschlug. Aber es besteht für die Beteiligten kein Grund, die Hände selbstgefällig in den Schoß zu legen und zu behaupten, daß der Katastrophendienst wieder einmal funktioniert hat. Wieder einmal hat Herr Dulles „hart am Rande des Abgrundes" taktiert und eiskalt das Risiko des Krieges einkalkuliert. Und wieder einmal ist Moskau dem offenen Konflikt aus dem Wege gegangen. Aus Angst vor dem Atomkrieg? Unwahrscheinlich, denn für Moskau wäre das Risiko eher kleiner gewesen. Um Zeit zu gewinnen? Vielleicht, denn die Zeit arbeitet deutlich zugunsten der Sowjetunion. Aber nehmen wir ruhig einmal an, daß es aus dem Gefühl der Verantwortung geschah, die Herr Chruschtschow für sein eigenes Land empfindet. Mr. Dulles wäre freilich im Irrtum, wenn er die guten Nerven Chruschtschows als sichere Größe in seine Berechnungen einbauen würde. Es könnte sehr wohl einmal eine Situation entstehen, in der Chruschtschow mit Rücksicht auf eine innere oder äußere Zwangslage — China! — nicht mehr der Entscheidung ausweicht. Ist das auch einkalkuliert? In diesem Falle könnten wir die Washingtoner Politik nicht mehr als leichtfertig, sondern nur noch als verbrecherisch bezeichnen. Das wäre genau jene Einstellung, die man seit 10 Jahren den Sowjets unterschiebt, ohne dafür den geringsten Beweis zu besitzen.

Die Nahostkrise ist ein Lehrbeispiel für die Folgen der künstlichen Verzahnung der militärischen Bündnisse und machtpolitischen Engagements. Im fernen Bagdad stürzten eine Handvoll Offiziere ein längst verhaßtes Regime. Sie liquidierten dabei alle etwaigen Thronprätendenten, damit keiner mit einem Hilferuf die Intervention raumfremder Mächte provozieren konnte. Aber es gab da, zum Glück für die amerikanischen Interventionisten, den Hilferuf einer anderen orientalischen Marionettenfigur, des Herrn Chamoun, und obgleich weder Regierung noch Parlament des Libanon diesen Staatschef von westlichen Gnaden bei seinem Hilferuf unterstützten, obgleich der Sicherheitsrat und der Generalsekretär der UN ein militärisches Eingreifen nicht für erforderlich hielten, genügte dieser Ruf, um die Interventionsmaschine in Bewegung zu setzen. Im Windschatten des größeren Bruders warfen dann die Engländer ihre Fallschirmjäger nach Jordanien, angeblich, um „König" Hussein im Zaume zu halten, in Wahrheit, um die arabische Zonengrenze bis zum Golf von Akaba zu verlängern. Aufmarsch der Türken an der syrischen Grenze, Großalarm aller amerikanischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte in der ganzen Welt, englische Konzentrationen in Zypern, Aden und am Persischen Golf, und als Gegenzug sowjetische Herbstmanöver im türkisch-iranischen Grenzgebiet. Die Welt hielt den Atem an, sie blickte angstvoll nach Moskau, und Chruschtschow — rief zur Gipfelkonferenz binnen 4 Tagen, um die Nahostgefahr zu bannen. Washington mit seinem einkalkulierten Risiko hatte keine Eile, es schaltete auf Zeitgewinn, es gab beruhigende Versicherungen, es sabotierte eine Einigung über die Gipfelkonferenz, gleichzeitig aber beeilte es sich, ein Regime anzuerkennen, das man 10 Tage zuvor als verbrecherisch verurteilt hatte. Kriegsgefahr? Aber nein, man hatte ja nur dem Frieden dienen wollen, so tönt es heute aus den Lautsprechern der amerikanischen Propaganda in der ganzen Welt einschließlich der Bundesrepublik. Kriegsgefahr? Aber nein, Chruschtschow hat sie nur an die Wand gemalt, um sein kommunistisches Süppchen zu kochen. Das Gedächtnis der Menschen im Westen ist sehr kurz: schon glauben sie wieder!

Erinnern wir uns: Es gab eine Eisenhower-Doktrin, eine jener zahlreichen amerikanischen Doktrinen, mit denen sich die Washingtoner Doktrinäre Vorrechte in Gebieten anmaßen, in denen sie keinerlei legitime nationale Interessen zu verteidigen haben, sondern nur den Schutz von Kreaturen des Weißen Hauses, hinter denen eine „hauchdünne Schicht" der Bevölkerung steht. Mit solchen Doktrinen verschaffte man sich jeden gewünschten Vorwand für Interventionen irgendwo in der Welt, in Südamerika, in Ostasien, im Nahen Osten und — in Mitteleuropa. Aus der Perspektive des amerikanischen Weltmachtdenkens sind alle Länder der Welt Schutzgebiete Washingtons, selbst im kommunistischen Bereich, „in partibus infidelium", nimmt man dieses Vorrecht für sich in Anspruch. Wo immer in der Welt ein Regime gestürzt wird oder ein Konflikt ausbricht, hält Washington eine seiner Doktrinen parat, um seine Vorstellungen von Frieden und Freiheit durchzusetzen.

Damit nicht genug. Um die Wirksamkeit dieser Doktrinen sicherzustellen, organisierte man diese Schutzgebiete militärisch, politisch und wirtschaftlich im Sinne der Washingtoner Interventionspolitik. Vom Nordkap bis nach dem fernen Osten entstand ein Kranz von „Verteidigungspakten", die wiederum ineinander verzahnt sind: die Nato, der Bagdad-Pakt, die Seato. Einheitliche Bewaffnung und Führung, einheitliche wirtschaftliche Orientierung und Subventionierung, einheitliche propagandistische und politische Ausrichtung von Regierungen, Parlamenten (soweit vorhanden), Rundfunk und Presse. Als Stütze der Marionetten-Regierungen nach innen und als zweifelhafter Schutz nach außen entstand eine Kette von amerikanischen Land-, Luft- und Seestützpunkten, erweitert zu einem antisowjetischen militärischen Einkreisungsring mit mehr als 200 Stützpunkten und über 700 000 Mann Besatzungen, dahinter als „Schwert" die strategische Luftwaffe mit einsatzbereiten A- und H-Bomben an Bord neben beweglichen und schwimmenden Atomraketen-Einheiten. Fürwahr, ein gigantisches System zum Schutz der „freien Welt", würdig einer Weltmacht, welche allen Völkern „ihre Art zu leben" bringen will.

Ist es ein Wunder, daß für diese Weltmacht auch die UN nur ein Instrument ist, mehr noch als einst der Völkerbund für Frankreichs europäische Machtpolitik? So oft der Sicherheitsrat den Willen der USA erfüllt hat, wie bei der Intervention in Korea und der UN-Aktion bei Suez, war diese Zwitterrolle nur den Eingeweihten erkennbar. Als aber die UN-Instanzen im Falle Libanon Herrn Dulles nicht seinen Willen taten, ging dieser eiskalt über sie hinweg und verletzte eindeutig die UN-Entscheidung. Diesem ersten Vertragsbruch folgte der nächste: Ohne irgendwelche Ermächtigung, außer der des Herrn Dulles, verletzten die US-Geschwader die international anerkannte Neutralität Österreichs, kümmerten sich Amerikaner und Engländer nicht um den Sonderstatus Israels beim Einflug nach Jordanien. Wen wundert es unter diesen Umständen noch, wenn man, ohne die Zustimmung des Nato-Hauptquartiers und der beteiligten Regierungen einzuholen, ja ohne diese auch nur zu unterrichten, Nato-Divisionen für nato-fremde Unternehmungen aus der „Front" abzog und Flugplätze von Nato-Mitgliedsstaaten als Absprungbasen militärischer Interventionen mißbrauchte. Man würde auch nicht erstaunt sein, wenn das Nato-Hauptquartier Divisionen der Mitgliedsstaaten auf fremde Kriegsschauplätze entsenden würde, weil ja schließlich auch dort die Interessen der „freien Welt", sprich: der USA, verteidigt werden. Was sind diese Länder für das Pentagon anders als militärisches Glacis, Rekrutierungsgebiete für Kolonialtruppen wie einst, als Napoleon seine grande armée gegen Rußland ausrüstete!

Wenn etwas überrascht hat, so war es die Bonner Überraschung. Es ist ja schon lange her, daß Frankreich seine Nato-Truppen aus den bundesdeutschen Stand-

orten abberief und auf den algerischen Kriegsschauplatz warf; und es war erst gestern, als man der Bundesrepublik zumutete, für diesen „Freiheitskrieg" gegen 8 Millionen Algerier noch Subventionen in guter Deutscher Mark zu zahlen. Wie war es in der Suez-Krise? Da warf England gleichfalls Nato-Truppen direkt aus Deutschland nach Port Said, um Interessen der Suez-Aktionäre zu verteidigen. Auch damals hat Bonn nicht gefragt. Es ging ja um nationale Interessen der Kolonialmächte, und die standen höher als die Pflichten zur Nato; anders als bei uns, wo man aus Nato-Treue gegen vitale nationale Interessen sogar die atomare Aufrüstung beschloß, weil Herr Norstad es so wollte.

Es gab einmal eine Zeit, wo man sogar in Deutschland noch an die nationalen Interessen dachte. Wo sich Herr Adenauer für die deutsche Neutralität, Herr Brentano gegen einseitige militärische Bindungen, Herr Strauß sogar gegen jeden militärischen Beitrag der Bundesrepublik nachdrücklich aussprachen, eine Zeit, in der man noch davon träumte, daß Deutschland als Teil einer „dritten Macht" auch nach dem Osten die Türe offenhalten dürfe. Noch kein Jahrzehnt ist vergangen seit damals, als wir in aller materiellen Not und politischen Ausweglosigkeit wenigstens den Glauben an unsere nationale Zukunft aufrechterhielten. Inzwischen haben wir in der Bundesrepublik Deutschland die Fassade unserer materiellen Existenz wiedergewonnen, freilich um den höchsten Preis, den ein Volk überhaupt zahlen kann, nämlich um den Preis unserer nationalen Einheit und Würde. Um ein Linsengericht haben wir unsere Seele verkauft. Inzwischen hat sich nämlich das ereignet, wovor sich schon damals alle denkenden Menschen fürchteten: daß die beiden Teile Deutschlands endgültig zu Satellitenstaaten der verfeindeten Weltmächte würden. Ein Volk verkauft nicht seine Zukunft und Würde, wenn es sich übermächtigem Druck beugt wie einst die Polen oder die Iren. Aber wehe dem Volk, das den geistigen Widerstand aufgibt, das seine Zukunft für das Linsengericht materiellen Wohlstandes verkauft, ja, das die Hände seiner Schutzherren sklavisch küßt. Vor 10 Jahren entstand ein heißes Aufbegehren, als man die Deutschen für fremde Interessen in Uniformen stecken wollte, am heißesten bei denen, die am meisten für ihr Land zu tun bereit waren. Als man in diesen Juli-Tagen deutschen Boden für fremde koloniale Aktionen mißbrauchte, da gab es nur schwache Proteste in Presse und Rundfunk, ganz zu schweigen von den Parlamentariern in Bonn. Warum auch? Man hat uns behandelt, wie wir es verdienten. Wer sich selbst als Volk aufgibt, kann nicht erwarten, von anderen als Volk geachtet zu werden.

Mit Neid blicken wir auf die arabische Welt, in der die Bewunderung für das Deutschland von einst noch nicht erloschen ist. Den arabischen Staatengebilden des Nahen Ostens fehlt fast alles, was seit jeher unsere eigene Stärke bedeutet hat, ein geordnetes Gesellschaftsleben, eine blühende Wirtschaft, bedeutende Bildungseinrichtungen. Aber eines besitzen die Menschen der islamischen Welt: Sinn für politische Realitäten und ein glühendes Gefühl für Einheit und Freiheit trotz aller Verführungs- und Unterdrückungskünste. Diese Menschen haben ein Recht, sich gegen den Verdacht zu wehren, als ob sie freiwillig die westliche mit der östlichen Knechtschaft vertauschen wollten, nachdem sie gegen ihren Willen vor 40 Jahren die türkische mit der englisch-französischen Vormachtstellung vertauschen mußten. Auch diese Leute sind gern wohlhabend und nehmen gern Waffen und Uniformen in Empfang, aber nicht, um sie in fremdem Solde zu führen. Als diese Leute merkten, daß die großzügigen Spender sie in ein westliches Gefängnis sperren wollten, da begann die schleichende Rebellion unter den Intellektuellen und Jungoffizieren, und als einer von ihnen den Marionetten-König in Kairo vom Throne stürzte, da wurde das zum Signal für die anderen

arabischen Länder, trotz der fremden See- und Luftbasen, trotz des Bagdader Militärbündnisses, an dem die Völker keinen Anteil haben.

Anders in Deutschland. Als die Regierung in Bonn den Weg der Aufrüstung und der Militärblocks einschlug, da fand sie eine klare Mehrheit im Parlament und wachsende Zustimmung im Volk. Warum? Weil man in diesem hoffnungslos unpolitischen Volk den Glauben wachzuhalten verstand, daß die bösen Sowjets die Todfeinde der deutschen Einheit und Freiheit und daß die herrlichen Amerikaner deren wahre Beschützer seien. Weil die deutschen Traumwandler sich einbildeten, daß die USA um unserer schönen Augen willen bereit wären, das Gesetz der Macht zu verleugnen, nach dem sie angetreten sind. Man hatte in Deutschland vergessen, daß wir die amerikanische Intervention von 1917 mit dem Diktat von Versailles bezahlen mußten, daß im 2. Weltkrieg die Amerikaner unsere härtesten Gegner waren, und daß an seinem Ende die Auslöschung Deutschlands im Sinne der Morgenthau-Pläne stehen sollte. Gewiß, man hat uns erlaubt, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen, aber nur einem Teile Deutschlands und nur unter Kontrolle der Nato, d. h. der USA. Es blieb uns weiterhin verboten, gesamtdeutsche Politik zu treiben, wir waren und blieben militärischer Außenposten der USA gegen die „kommunistische Welt", zu der der andere Teil Deutschlands gehört. Alle Unbegreiflichkeiten und Vernunftwidrigkeiten der Bundespolitik der letzten Jahre, alle Widersprüche in den Entscheidungen der Regierung erklären sich daraus, daß Bonn nur eine Expositur Washingtons ist, daß Entscheidungen in Washington und nicht in Bonn gefällt wurden.

Wir haben die Fiktion einer Großmacht mit dem Verrat an der Einheit bezahlt. Wie man in Washington über die deutsche Zukunft denkt, das hat Dulles am 6. Juni den Senatoren erstaunlich offen erklärt. „Ich würde es nicht für weise oder vorsichtig halten", erklärte Dulles wörtlich, „zu versuchen, die Wiedervereinigung Deutschlands zu dem Preise zu kaufen, daß Deutschland ein unabhängiges Land wird, unverbunden mit dem Westen." Warum? „Ich glaube, daß ein Deutschland, das in der Stellung der Neutralität im Zentrum Europas belassen wird, unter einer fast unwiderstehlichen Versuchung stehen würde, eine Seite gegen die andere auszuspielen, und daß dies eine sehr gefährliche Lage ergeben würde, gefährlich für den Westen, gefährlich für die Sowjetunion und gefährlich für die Deutschen selbst. Ich glaube, daß dies von Kanzler Adenauer gesehen wird, und daß er darum diese feste Politik befürwortet hat, Deutschland mit anderen Ländern des Westens zusammenzubinden." Und die Wiedervereinigung? Die sei erst möglich, wenn sich Rußland zu demokratischen Formen entwickelt habe. Das könne freilich 50 bis 100 Jahre dauern. Jedenfalls sei es „wichtig, daß ein wiedervereinigtes Deutschland in den Westen integriert sein sollte, durch die Nato, durch den Brüsseler Pakt, durch die westeuropäische Union, durch die Kohle- und Stahlgemeinschaft, durch Euratom, Gemeinsamen Markt und dergleichen". 50 bis 100 Jahre! Herr Adenauer hat vorsichtigerweise nur von 20, 30 oder 40 Jahren gesprochen, die es bis zur Wiedervereinigung dauern würde. Jetzt kennen wir genau die menschenfreundlichen Pläne der USA-Führung. Fürwahr, eine sehr fortschrittliche, sehr zeitgemäße Methode, um unerwünschte Nationen zu vernichten, ohne den alarmierenden Weg über die Konzentrationslager Adolf Hitlers oder die Aushungerungsmethoden Morgenthaus zu gehen! Wer die verfeinerten Methoden moderner Massenpsychologie beherrscht, kann nicht nur „Wahlen in Freiheit" manipulieren, er kann auch nationale Ideen und Empfindungen umwerten und sublimieren.

Das Wirtschaftswunder reicht für diesen psychischen Umwandlungsprozeß nicht hin; es kann für die Dauer nur die gröbsten Naturen sättigen. Um so erfolgreicher war bei unseren deutschen Traumwandlern der Versuch, nationale Ideale

durch übernationale Vorzeichen zu verfälschen wie „Europa", „christliches Abendland", „freie Welt", „Menschheit". So gewichtig und geheimnisreich diese Glanzworte klingen, so wenig greifbare Werte stehen hinter ihnen, wenn sie an den flüchtigen Himmel der Illusionen projiziert werden. Viele unserer Besten sind von diesen schönen Klängen eingeschläfert worden. Sie haben die alte Erkenntnis vergessen, daß man übernationale Ordnungen nur auf den Fundamenten gesunder Nationen errichten kann. Noch wirksamer erwiesen sich die Gefühle der Angst und des Hasses, die man systematisch gegen die „östliche Welt" schürt, in der ja auch das andere Deutschland liegt. Es ist bestürzend, zu sehen, wie sehr Haß und Angst die besten Geister verwirren, wie sie ihnen das Bild der östlichen Menschen zur Teufelsfratze verzerren, sogar das Bild unserer östlichen Landsleute, die vergebens aus ihrer Not nach uns rufen. Jene wurden in ihrer Verzweiflung zum Aufschrei des 17. Juni getrieben, bei uns hat man von einem solchen Aufschrei gegen Fremdherrschaft noch nichts gespürt. Wir Deutschen sind uns immer fremder geworden, wir sprechen heute verschiedene Sprachen, wir denken in verschiedenen Wertkategorien.

Nur weil dies so ist, konnte es geschehen, daß man im Bundestag allen Ernstes die Möglichkeit atomarer Vernichtung ostdeutscher Städte diskutierte, daß ein Wenger noch unbehelligt umherläuft, der öffentlich und ernsthaft die unwiderrufliche Trennung der beiden Deutschland vorgeschlagen hat. Ein Erzberger und ein Rathenau mußten geringere Vorwürfe mit ihrem Leben bezahlen, die Marionetten-Könige Arabiens sind dem gleichen Schicksal geweiht, weil man ihnen Volksverrat vorwirft. Aber in Deutschland wurde ja das nationale Tabu durch das bolschewistische abgelöst. Nicht wer gegen Deutschlands Einheit frevelt, gerät in Gefahr, sondern wer sich um einen Brückenschlag nach dem Osten bemüht, um Ost und West wieder zueinander zu bringen. So weit sind wir gekommen mit unserer nationalen Selbst-Kastration!

Was hat das alles mit dem Libanon zu tun? Der Verlauf der Krise sollte auch dem blindesten Auge deutlich gemacht haben, daß bei uns nicht nur Einheit und Freiheit verspielt wurden, sondern daß auch der Judas-Lohn selbst fraglich geworden ist. Schutz gegen Moskau durch Nato? Hohnlachend sind die Westmächte über die hysterischen Ängste der Bundesbürger hinweggeschritten und haben ihre Divisionen dort eingesetzt, wo es ihr nationales Interesse zu fordern schien. Hohnlachend sind sie über die Rechte der Nato-Mitglieder und der Neutralen hinweggeschritten, um ihre Intervention durchzuführen. Mit einer Handbewegung hat Herr Dulles die UN-Instanzen beiseite geschoben, auf die Gefahr des großen Krieges hin. Wäre er ausgebrochen, so hätte nach allen Regeln der Strategie der erste Atomschlag die Abflug- und Versorgungsbasen inmitten der Bundesrepublik getroffen. Mit angehaltenem Atem hat man in den kritischen Tagen in Bonn nach dem Libanon geblickt und — bedrückt geschwiegen, die einzige Form, in der man seiner Bestürzung Ausdruck zu verleihen wagte. Aber es genügte ein Besuch des Generalgouverneurs der amerikanischen Schutzmacht, des Botschafters Bruce, um Bonn zum Reden zu bringen. Zur Verteidigung der Intervention des Herrn Dulles am Rande des Krieges, auch am Rande des deutschen Abgrundes. Und wenn das Kriegsrisiko nicht zum Krieg geführt hat, so nicht etwa wegen des amerikanischen Friedenswillens, sondern dank der guten Nerven des Herrn Chruschtschow. Er ist wieder einmal zurückgewichen, wie schon bei mancher früheren Gelegenheit, nicht um der schönen Augen und der vielen Waffen der Amerikaner willen, sondern im Interesse seines Landes, das bei seinem inneren wirtschaftlichen Aufbau und seiner ideologischen Expansion nach außen den heißen Krieg nicht gebrauchen kann. Herr Chruschtschow macht russische Politik, so wie Herr Dulles glaubt, amerikanische Politik zu betreiben.

Nur eine deutsche Politik gibt es nicht mehr, weil es kein einiges deutsches Volk mehr gibt, sondern nur noch die in der westlichen und östlichen Welt „integrierten" Deutschen, die für fremde Interessen zu arbeiten, zu kämpfen und vielleicht eines Tages zu sterben haben. Denn Nato heißt: Pakt mit dem Tode.

Gibt es eine Umkehr auf diesem unheilvollen Weg, den uns Bonn und Pankow in den letzten Jahren geführt haben? Das arabische Beispiel sollte uns zeigen, daß auch ein militärisch schwaches Volk sich auf der weltpolitischen Bühne zur Geltung bringen kann, wenn es nicht mit der Stärke der Waffen, sondern mit der Stärke der Idee, eines geeinten politischen Willens auftritt. Die Völker Arabiens haben einen solchen Willen, sie wollen einig sein und frei von Bindungen an die militärischen Weltblocks. Auch bei uns ist der Wille zur Einheit noch nicht erloschen, aber er muß politisch ausgemünzt werden; und wir müssen jenen Heuchlern und Volksfeinden die Maske vom Gesicht reißen, die sich den Anschein geben, für Einheit und Freiheit zu kämpfen, und die in Wirklichkeit nur ihr materielles, separatistisches oder ideologisches Interesse vertreten. Aber die Umkehr muß bald geschehen, denn sonst wird es zu spät sein.

Prof. Dr. Hans Rheinfelder

Sorgenvolle Überlegungen eines Katholiken

Wir leben in einer Zeit maßloser Übertreibungen. Auf allen Gebieten scheint die Menschheit das Maß verloren zu haben. Kritische Urteile über politische Zustände, Taten, Reden, Menschen werden von allen Seiten und nach allen Seiten hin mit so schroffer Überspitzung formuliert, daß sie ihre Stoßkraft einbüßen und daß auch der richtige und berechtigte Angriff in seiner Wirkung beeinträchtigt wird. In jeder Übertreibung ist aber ein echter Trieb enthalten, den man sehr ernst nehmen sollte.

Eine solche Übertreibung ist der Ausspruch, der mir neulich aus dem Munde eines überzeugten, eng mit der Kirche lebenden Katholiken begegnet ist: Das kirchliche Lehramt habe seit fünfhundert Jahren nicht mehr so sehr versagt wie heute. Eine solche Übertreibung liegt in dem so oft gehörten Satz, die Katholische Kirche achte das 5. Gebot Gottes nur noch gegenüber den Ungeborenen in aller Strenge, gestatte aber die Tötung von unschuldigen Erwachsenen und Kindern durch Atombomben. Eine solche Übertreibung ist es zweifellos auch, wenn weite Kreise der katholischen Jugend heute mit einem starken eucharistischen Leben einen ebenso starken und bisweilen erschreckenden Antiklerikalismus verbinden zu können glauben. Die übertreibenden Urteile, die von katholischen Laien, Männern und Frauen, über Bischöfe und Priester gefällt werden, sind nicht selten von einer Unerbittlichkeit und Härte, die uns Älteren die Haare zu Berg stehen lassen. Dabei kommt solche Kritik besonders häufig von denjenigen, die in einer aktiven Katholizität stehen, über reiche theologische Bildung verfügen und diese ständig zu vertiefen streben, jedem lauen Mitläufertum abhold sind, ebenso leidenschaftlich den Kommunismus wie

den Nationalsozialismus ablehnen und für diese Haltung Opfer gebracht haben und immer noch bringen. Wie kann es nur zu solchen Übertreibungen überhaupt kommen?

Die Wurzeln dieser Opposition, die unserer eigenen Jugendzeit völlig fremd gewesen ist, reichen bis tief in die Hitlerzeit zurück. Die Jugend, die damals für einen Tyrannen Soldatendienste tun, ja schließlich in einen Krieg ziehen mußte, dessen verbrecherischer Charakter nach Ursprung und Führung jedem Denkenden so offenkundig war wie bei keinem anderen Krieg der deutschen Geschichte, diese Jugend erhebt heute Klage darüber, daß kein Kirchenfürst das inopportune „Nein" zu Hitlers Krieg, das klare „Non licet!" zu dem erzwungenen Wehrdienst gesprochen habe. Ja man gräbt amtliche Äußerungen von Wehrmachtsgeistlichen aus, die sich den Soldaten gegenüber die Lügen Hitlers zu eigen gemacht haben. Übertreibend und überfordernd glaubt man behaupten zu können, durch ein deutliches Nein der Kirche hätte dem Krieg Einhalt geboten und der ganzen Menschheit viel Unheil erspart werden können, wobei man sich mit Wehmut an den tapferen Trotz früherer Päpste und Bischöfe erinnert.

Was ist solchen Übertreibungen gegenüber zu tun? Vielleicht könnte hier eine Beschwichtigung der Geister schon dadurch erzielt werden, daß die Kirche öffentlich und eindeutig von jenen amtlichen Äußerungen einiger ihrer Wehrmachtsgeistlichen sich zu distanzieren bereit wäre. Es sollte dies auch um der späteren Geschichtsschreibung willen geschehen. Denn die Geschichte wird rücksichtslos ihr Urteil sprechen, wird Schuld, Mitschuld und Versagen feststellen, wird aber auch Einsicht, Widerruf und Buße anerkennen. Der Historiker wird später auch jene in katholischen Verlagen mit kirchlichem Imprimatur erschienenen Kriegspredigten des ersten Weltkrieges heranziehen und auswerten, die für den heutigen Leser so entsetzlich klingen, daß er es sich kaum vorstellen kann, wie solche Worte aus Priestermund zu Soldaten an oder hinter der Front gesprochen werden konnten. Mit dem Einstampfen der restlichen Exemplare ist wenig getan, denn die Kriegspredigten liegen auf den großen Bibliotheken und werden dort ausgeliehen. Spräche eine amtliche kirchliche Stelle noch heute ihr Bedauern über solche Abirrungen vom Geiste des Evangeliums aus, so würden ihr die katholischen Laien in dankbarer Erleichterung die Hände entgegenstrecken!

Ernster sind jene jugendlichen Übertreibungen zu nehmen, die sich in den schroffen Urteilen über jüngste kirchliche Haltungen aussprechen. Warum empfindet man eigentlich ein Versagen des kirchlichen Lehramtes, wo es doch heute so viel mehr Hirtenbriefe, Bischofsworte und päpstliche Ansprachen gibt als jemals in früheren Jahrhunderten? Die historischen und psychologischen Ursachen dieser Laienurteile müssen unausweichlich untersucht werden, wenn nicht jede Seelsorge ins Leere arbeiten will. Was liegt solcher Not zugrunde? Wir haben es in Deutschland seit 1954 erlebt, daß eine Parlamentsmehrheit auf Wunsch der Regierung mehr als einmal ganz deutlich und eindeutig gegen die Mehrheit des Volkes und ohne Rücksicht auf die Meinung der Wähler schwerwiegende Entschlüsse gefaßt hat — s o e i n d e u t i g g e g e n die Mehrheit des Volkes, daß die Regierung kein Mittel scheute und scheut, um eine Willensäußerung des Volkes zu verhüten. So wurden mit Parlamentsmehrheit gegen Volksmehrheit die Wiederaufrüstung, die allgemeine Wehrpflicht, die Atombewaffnung u. a. beschlossen. Die Ablehnung dieser Beschlüsse durch die überwältigende Mehrheit des Volkes war und ist der Regierung und dem Parlament so klar und so bewußt, daß ihnen nichts übrigbleibt, als das Volk mit allem Kraftaufgebot an einer gemeinsamen Willensäußerung zu hindern. In solcher Not richtet sich — wie im Mittelalter und später — der Blick des Christen hilfe-

suchend auf die Kirche. Wer sollte es ihm verargen? Vielleicht war es Überforderung, wenn man bei dieser Knechtung des Volkswillens durch den Parlamentswillen ein rettendes Wort gerade von der Kirche erwartete. Aber die Jugend wäre wahrscheinlich schon zufrieden gewesen, wenn die Kirche geschwiegen hätte, wenn schon so mancher auch dann nach dem alten Satze „Qui tacet, consentire videtur" aus dem Schweigen der Kirche auf ihr Einverständnis mit den Methoden des Parlaments und der Regierung geschlossen hätte. Besser wäre es gewesen, die Kirche wäre, wenn sie schon nicht deutlich sprechen wollte, wenigstens in passiver Resistenz verblieben — wie so oft in den dreißiger Jahren. Nachdem die Kirche es versäumt hatte, als erste ihre warnende Stimme zu erheben, sollte sie es nachher nur deswegen unterlassen haben, weil ihr Nein sich nunmehr dem inzwischen gesprochenen Nein der Sozialisten und der Kommunisten angeschlossen hätte? Aber, so frage ich, soll ich das Rasieren bleibenlassen, weil auch die Kommunisten sich rasieren? Eine schwere Erschütterung gab es freilich, als die Kirche sich die Meinung der Regierung und der Parlamentsmehrheit explicite zu eigen machte. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß dieses Verhalten früher oder später der Kirche in Deutschland eine bittere Ernte bringen wird.

Die heftigste Krise ist wohl durch das Ja der Kirche zu Adenauers Atomrüstung entstanden — und wo es kein klares Ja war, ist es jedenfalls auch kein Nein gewesen, die eine Haltung so verhängnisvoll wie die andere. Die Kanzelverkündigung vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, die ich zufällig in Krefeld selbst mitangehört habe, hat furchtbar geklungen, und da sie gedruckt verbreitet wurde, wird sie nicht mehr aus der Welt zu schaffen sein, wird psychologisch und stilistisch analysiert werden und wird sich ganz gewiß als Waffe gegen die Kirche kehren. Der Laie fragt sich bestürzt, ob denn die Verfasser solcher Verkündigungen noch Fühlung mit dem Ausland haben, ausländische Zeitungen lesen, die geistigen Bewegungen des heutigen Weltkatholizismus kennen, oder ob sie in völliger Isolierung vom Leben der Gegenwart und von den Anliegen des katholischen Volkes solche Zeilen geschrieben haben. Die Frage taucht unwillkürlich auf, gerade bei denjenigen, die viel unter den Katholiken im Ausland weilen. Aus der Frage eine Behauptung zu machen, dies freilich wäre wiederum eine jener unseligen Übertreibungen, von denen eingangs die Rede war.

Schlimmer noch war das schon berüchtigte „Wort", das sieben deutsche Moraltheologen (darunter vier aus bayerischen Universitäten!) zur Unterstützung der Bonner Rüstungspolitik — ob sie dies wollten oder nicht — verfaßt haben. Dank, heißer Dank sei allen kirchlichen Zeitschriften gesagt — es sind nicht eben viele gewesen —, die sich geweigert haben, jenes „Wort" abzudrucken! Was in diesem Gutachten das Bedenklichste ist, das ist die Tatsache, daß mit Rücksicht auf die gewünschte Tendenz nur die allgemeine Stellung der Kirche zum Krieg dargeboten wird, die Erfordernisse der heutigen Situation aber geflissentlich umgangen sind. Die Kirche lehrt: „Der Verteidigungskrieg ist erlaubt" — das wird in dem „Wort" gesagt. Daß aber heute wegen des Zustands der Waffen — wie oft soll man noch die bekannten Stellen des weitblickenden Thomas von Aquin, der ein Heiliger war, zitieren! — auch der Verteidigungskrieg nicht mehr erlaubt ist, daß also die dem Christen gebotene Verteidigung nicht mehr mit dem Mittel des Krieges, sondern nur mit anderen Mitteln geleistet werden darf — das wird nicht gesagt. Und gerade dies müßte heute von den Moraltheologen erwartet werden: ein ganz klares, mutiges, freilich sehr inopportunes „Non licet!", ein striktes „Es ist euch nicht erlaubt!". Das „Wort" der Sieben sucht die Atomwaffen zu verharmlosen, wie

wenn das Verbrechen, das an den zwei japanischen Städten begangen wurde, nicht heute noch wie Abels Blut zum Himmel schrie. Die Sieben schreiben und unterschreiben: „Wenn (ach die vielen „wenn"!) das Kampfmittel sich der Kontrolle des Menschen völlig entzöge, müßte seine Anwendung als unsittlich verworfen werden. Daß die Wirkung der atomaren Kampfmittel sich dieser Kontrolle völlig entzieht, muß nach dem Urteil gewissenhafter Sachkenner als unzutreffend bezeichnet werden." Nun wissen die Sieben aber ganz genau, daß die 18 Göttinger Physiker das Gegenteil gesagt haben, daß sich ihnen Tausende von Physikern in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England, auf der ganzen Welt angeschlossen haben, daß ein Gigant des Geistes und des Herzens wie Albert Schweitzer seine aufklärende und warnende Stimme dreimal durch den Äther erhoben hat — das Wort des Heiligen Vaters, das die Wirkung der Atomwaffen als „in der Tat unbegrenzt" bezeichnet, soll hier absichtlich unberücksichtigt bleiben, da aus den letzten päpstlichen Botschaften die beiden Parteien gleichmäßig sich gültiges Rüstzeug holen zu können glauben. Trotz der Überfülle jener warnenden, aufklärenden, beschwörenden Stimmen berufen sich die Sieben auf andere „gewissenhafte Sachkenner". Was müssen das für Sachkenner sein, wenn man ihnen gegen so überwältigend viele und gewichtige gegensätzliche Autoritäten den Vorzug gibt! Niemand wird die Gewissenhaftigkeit und Lauterkeit der sieben deutschen Moraltheologen bestreiten wollen. Sicher hat jeder einzelne von ihnen sich die Urteile aller jener wenigen „gewissenhaften Sachkenner" ganz genau angesehen und gegen die Urteile der vielen anderen abgewogen, bevor er seine Entscheidung traf und unter ein Dokument von so harten Folgen seine Unterschrift setzte. Aber angesichts des starken Gewichts der zahlreichen Sachkenner anderer Meinung, der Meinung nämlich, daß die Atomwaffen, als unbegrenzt in der Wirkung und unkontrollierbar, ganz abgelehnt werden müssen, sollten diejenigen Sachkenner — oder wenigstens eine größere Anzahl von ihnen —, denen sich nach reiflicher Überlegung die Sieben glaubten anschließen zu müssen, doch mit Namen genannt werden.

Auch ich befürchte, daß dieses „Wort" dem Ansehen der Katholischen Kirche, über Deutschlands Grenzen hinaus, schweren Schaden zugefügt hat und noch zufügen wird, wenn die Kirche sich nicht eindeutig davon distanziert. Besonders verhängnisvoll scheint es mir, daß in dem „Wort" so getan wird, wie wenn die moralische Auffassung der sieben Unterzeichner die einzige wäre, die sich aus der kirchlichen Tradition begründen lasse, wie wenn sie also die einzige verbindliche Lehre der Kirche wäre. Mit keiner Zeile wird gesagt, daß es auch eine widersprechende Tradition in der Katholischen Kirche gibt, und dies seit den frühchristlichen Zeiten. Mit keiner Zeile wird gesagt, daß die Katholische Kirche auch heute noch auf der Kanzel und auf dem Katheder zwei ganz verschiedene Lehren über das 5. Gebot Gottes duldet und niemals durch eine verbindliche Entscheidung die eine oder die andere als einzige Auffassung sich zu eigen gemacht hat. Die Katholische Kirche gestattet dem Moraltheologen, nach eigenem Ermessen und Gewissen eine der beiden Meinungen zu vertreten: 1. Das 5. Gebot Gottes „Du sollst nicht töten" gilt für den Christen in jedem Falle und erlaubt keinerlei Ausnahme; 2. das 5. Gebot Gottes „Du sollst nicht töten" läßt drei Ausnahmen zu (Tötung eines Menschen in der Notwehr, Tötung eines Verbrechers durch die staatliche Obrigkeit, Tötung von Menschen im Krieg). Diese letztere Lehrmeinung ist bekanntlich in die katholischen Katechismen aufgenommen worden. Mit keiner Zeile erwähnt das „Wort", daß es auch heute katholische Moraltheologen gibt, die sich der ersteren Lehrmeinung anschließen und sie auf Katheder und Kanzel und in ihren Veröffent-

lichungen vertreten. Ich hege auch begründete Zweifel, ob jene katholischen Kirchenblätter und Zeitschriften, die der Auffassung der Sieben beigepflichtet haben, auch ein „Wort" der anders denkenden katholischen Moraltheologen ebenso nachdrücklich veröffentlichen würden, was freilich sehr importune geschähe, denn der Staat und die meisten Bischöfe stimmen jener zweiten Auffassung zu, die dem 5. Gebot die drei Ausnahmen zubilligt. Übrigens dürfte auch für einen Anhänger der drei Ausnahmen die Erlaubtheit der Menschentötung im heutigen „Krieg" keineswegs so sicher sein. Denn erstens lassen schon allein die einfachen Erläuterungen eines Gymnasialkatechismus sehr starke Zweifel aufkommen, ob die dort als Voraussetzung verlangte „menschliche" Kriegführung bei dem Zustand der heutigen Waffen und gegenüber Menschen, die zum Kriegsdienst gezwungen werden, überhaupt noch jemals möglich ist; und zweitens liegt hier ein philologisches Problem vor, das eine sorgfältigere Erforschung verdienen würde, nämlich der Gebrauch des Wortes „Krieg" für einen Begriff und letzten Endes für ein Ding, die mit den Begriffen und den Dingen, die früher durch das Wort „Krieg" ausgedrückt wurden, kaum noch etwas zu tun haben, jedenfalls noch weniger als die zwei Dinge, die man mit dem Wort „Wagen" bezeichnet, wenn man das eine Mal den Reisewagen Goethes und das andere Mal einen Mercedes meint (ach, daß wir Deutsche endlich aufhörten, in Wörtern statt in Begriffen zu denken!).

Infolge der einseitigen Aufklärung über die zwei von der Kirche geduldeten Auslegungen des 5. Gebotes ergeben sich heute in den Kreisen schlecht orientierter Laien schlimme Übertreibungen von unabsehbaren Folgen. Schon hört man diese Argumentation: „Die Kirche erlaubt es also — unter Umständen —, Atombomben zu werfen und dabei unschuldige Menschen zu töten, Greise, Frauen, Kinder, auch wenn man diese Tötungen voraussieht, sofern man sie nur nicht als primären Zweck anstrebt. Darf man in solchem Falle in Massen die Erwachsenen töten, darf man mit Atombomben selbst die Frucht im Mutterleib umbringen, warum erlaubt dann die Kirche nicht auch — unter Umständen — das Töten der Frucht mit anderen Mitteln, wo doch auch der primäre Zweck in der Regel ein anderer ist?" Man sieht sogleich, wie viele und wie schwere Denkfehler solche Argumentation in sich birgt; aber sie wird tatsächlich ausgesprochen und darf seelsorgerisch nicht mit einfachem Auslachen quittiert werden. Das Töten unschuldiger Mitchristen — falls nicht primär angestrebt, wenn auch faktisch betrieben — ist übrigens von vielen Moraltheologen bereits seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausdrücklich erlaubt worden: denn die gegnerischen Soldaten sind ja nicht mehr freiwillig Soldaten geworden, sind also unschuldig in den Kampf gestellt worden. Die Bezeichnung der Gefallenen als „Helden" täuscht heute nur noch wenige über die Tatsache hinweg, daß es sich nicht um Helden, sondern um arme schuldlose Opfer handelt, die zum Wehrdienst, zum Töten und Vernichten gezwungen worden sind, unter dem Gesetz allgemeiner Wehrpflicht, die vielmals von den Päpsten als unmoralisch verurteilt, von katholischen Staatsmännern trotzdem immer wieder gefordert worden ist, die noch vor wenigen Jahren der Kardinal Ottaviani ohne Wenn und ohne Aber als „summa iniuria", als „höchstes Unrecht" bezeichnet hat.

Niemand wird von den sieben Unterzeichnern erwarten, daß sie ihre Zustimmung zu dem „Wort" öffentlich zurücknehmen. Aber Unheilvolles ist angerichtet worden. Sagt mir da neulich ein deutscher Rekrut (keiner von den freiwilligen, sondern ein durch die allgemeine Wehrpflicht gezwungener): „Wollten sich die Sieben doch die kirchliche Dispens geben lassen und sich dann freiwillig zur Ausbildung an der Atomwaffe und zum ersten Einsatz melden! Dann

würde auch ich, der ich ihrer Meinung nie und nimmer zustimmen kann, mich vor solcher Überzeugungstreue mit Achtung verneigen, mit einer Achtung, die ich vor ihnen jetzt einfach nicht mehr haben kann." Tatsächlich hätten die Unterzeichner nach ihrer eigenen Auffassung das moralische Recht, sich in jedem Atomkrieg einsetzen zu lassen. Denn seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im vorigen Jahrhundert hat in jedem Krieg jede der beiden Parteien von sich behaupten müssen und behauptet, daß „die moralische und physische Existenz ihres Volkes durch einen Angriff bedroht" sei. In Zukunft werden noch viel mehr alle Kriegführenden die gerechte Sache ihres Krieges betonen und ihre Soldaten vom Unrecht des Gegners zu überzeugen wissen. Die Sieben sind der Auffassung: „Wo es um die gewaltsame Ausbreitung einer Weltanschauung und Lebensform geht, die jede ‚ideologische Koexistenz' verneint und die alle ihr widerstrebenden Glaubens- und Lebensformen rücksichtslos bekämpft und Schritt für Schritt auszurotten versucht, um den totalitären Anspruch, ganze Völker in tote Seelen zu verwandeln, oder um die Freiheit des Gewissens, ein menschenwürdiges Leben nach Gottes Wort zu führen, da gilt das Wort unseres Heiligen Vaters: ‚Es gibt Güter von solcher Wichtigkeit für das menschliche Zusammenleben, daß ihre Verteidigung gegen den ungerechten Angriff vollkommen berechtigt ist. Ein Volk, das von einem ungerechten Angriff bedroht oder schon dessen Opfer ist, kann, wenn es christlich handeln will, nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren'." Der Heilige Vater spricht an der angezogenen Stelle von „Verteidigung gegen den ungerechten Angriff", lehnt „passive Gleichgültigkeit" ab — aber wo sagt er denn, daß dies von Soldaten, durch Kriegswaffen, gar durch Atombomben geschehen dürfe? Das ist das Verheerende in diesem „Wort" der Sieben, daß alles theoretisch richtig ist, was sie sagen, daß aber die modernen Voraussetzungen unbeachtet bleiben, mithin auch Richtiges unrichtig wird und daß — ein Horribile für jeden Philologen! — das gleiche Wort für verschiedene Begriffe gebraucht wird. In dem Falle jenes Papstwortes liegt es doch wohl so, daß die von einem christlichen Volk auf alle Fälle zu leistende Verteidigung nicht mehr mit den anachronistischen Waffen des physischen Tötens, sondern mit ganz anderen Verteidigungsmitteln zu erfolgen hat. Denn jeder künftige Krieg, ganz gleich, zu wessen Gunsten er ausgeht, wird auf alle Fälle und notwendig auf beiden Seiten ein Anwachsendes Kommunismus zur Folge haben; und dies auch dann, wenn es gelingen sollte, alle Menschen, die sich heute auf der ganzen Welt zum Kommunismus bekennen, ausnahmslos umzubringen. Die Christenheit sollte dies aus den beiden letzten Kriegen wahrhaftig gelernt haben. Den Bolschewismus mit Kriegswaffen bekämpfen wollen, ist ebenso töricht wie jener Bogenschützenkampf gegen ein bereits mit Feuerwaffen ausgerüstetes Heer. Mir scheint, das deutsche Volk ist in seiner zweitausend Jahre alten Geschichte noch niemals freiwillig so wehrlos gegenüber der Gefahr verblieben wie heute. Auf eine anachronistische, militärische Verteidigung vertrauend, sitzt es mit verschränkten Armen wehrlos dem Bolschewismus gegenüber, der in unserem Lande von Monat zu Monat anwächst, auch ohne Einfluß aus östlichen Ländern, vielmehr mit naiver Verblendung im eigenen Lande geschäftig zubereitet und gehegt, von den meisten noch gar nicht erkannt, von ganz wenigen mit zweckdienlichen Waffen bekämpft.

Niemals wird der Heilige Vater — um nochmals auf jenes Zitat zurückzukommen — bei dem heutigen Zustand der militärischen Verteidigungswaffen den Sieben das Recht zugestehen oder gar den Rat geben, den Bolschewismus

mit Feuer und Schwert zu bekämpfen. Eine neue Zeit erfordert neue Waffen! Sehen wir denn nicht, daß Atombomben, Wasserstoffbomben und was man sonst noch an ähnlichen Massentötungsmitteln erfinden mag, nicht neue, sondern alte Waffen sind, die dem Bolschewismus niemals etwas werden anhaben können? Wo aber sind die neuen Waffen? Man wird sie bei Platon finden und bei Augustin, bei Thomas und bei Kant, vor allem aber im Neuen Testament, das auch unserer Zeit etwas Besonderes zu sagen hat, dessen Besonderheit — wenn uns nicht alles täuscht — gerade in der Lehre von einer zeitgemäßen Verteidigung liegen wird. Freilich wird die Handhabung dieser neuen, unmilitärischen Verteidigungsmittel ganz andere menschliche Kräfte beanspruchen und wachrufen müssen als die auf einen praktischen Materialismus gegründete, plumpe Brachialverteidigung vergangener Zeiten. Diese allein noch wirksamen Kräfte und Mittel der gebotenen Verteidigung aufzuzeigen, die Möglichkeiten bzw. Sicherheiten des Erfolgs darzulegen und zu begründen, das wäre des Schweißes aller Edlen wert und wäre die vordringlichste Aufgabe heutiger Moraltheologen und Erzieher.

Sind wir zu freimütig gewesen? Es mußte sein. Der Christ ist gewiß zur Verteidigung verpflichtet; doch es muß eine wirksame, darf nicht eine veraltete und noch dazu eindeutig gottlose Verteidigung sein. Aber ach, wie sehr neigt jede christliche Generation in der Politik dazu, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, ohne zu bemerken, daß letzterem nichts erwünschter sein kann! Der Krieg als Mittel der Verteidigung hat ausgespielt — ob die sieben Unterzeichner des „Wortes" dies sehen wollen oder nicht. Daß doch der Heilige Vater selbst recht bald zu dem, was man frevelhafterweise immer noch mit dem Worte „Krieg" zu bezeichnen beliebt, sein lautes „Non licet!" sprechen wollte! Mit Schmerz sehen wir Katholiken, wie das universale Lehramt, das einst im Mittelalter durch den Mund des Papstes zu allen Völkern mit klarem Ja oder klarem Nein gesprochen hat, einer allzuoft opportune und allzu selten importune („Mit brennender Sorge" — und später?) sprechenden amtlichen Kirche entgleitet und von Männern wie Nehru, Hammarskjöld, Schweitzer u. a. wahrgenommen wird. Der Herr des Lebens kann allerdings Sein lebenerhaltendes Wort auch außerhalb des hierarchischen Lehramtes sprechen. In unbegreiflichem Ratschluß hat Er zu Zeiten die Verteidigung christlicher Wahrheit, wenn die berufenen Schirmer versagten, sogar den Feinden der Kirche in den Mund gelegt und hat ihre anima naturaliter christiana zum Dienst an der christlichen Gerechtigkeit berufen. Man erinnere sich, wie der Kirchenfeind Emile Zola für die Wahrheit eintrat und — Gott wird es ihm angerechnet haben! — wie er die Unschuld des Hauptmanns Dreyfus verfocht, während Bischöfe, besten Glaubens, aber schlecht unterrichtet, auf der Seite der Unwahrheit und der Ungerechtigkeit ihre Stimme einsetzten und bei ihrem Urteil verharrten, bis die durch Zola und andere erstrittene Wahrheit glänzend ans Licht trat und eine auch von jenen Bischöfen gebilligte Verurteilung zuschanden machte, indem die völlige Unschuld des Hauptmanns Dreyfus unbestreitbar nachgewiesen wurde.

Darf der christliche Laie sich heute ein Vorbild an Dante nehmen? An jenem Dante, dessen Freimut ja sogar Päpsten und Äbten, Priestern und Mönchen, wenn sein Gerechtigkeitsgefühl es für richtig hielt, ihren Platz in der Hölle angewiesen hat? Freimut der Laien ist von der Kirche letzten Endes immer anerkannt worden. Und eben jener freimütige Dante ist — abgesehen von den Heiligen — der einzige Laie, auf den je ein Papst eine lobpreisende Enzyklika erlassen hat, sechshundert Jahre nach des Dichters Tod, der wahrhaftige Friedenspapst Benedikt XV., der sich bei allen Vorbehalten nicht

scheut, Dante rechtzugeben, indem er schreibt: „Die menschliche Schwachheit bringt es mit sich, daß ‚vom Staub der Welt auch religiös gesinnte Herzen befleckt werden müssen' (Leo der Große). So ist damals zweifellos auch bei Männern priesterlichen Ranges mancherlei vorgekommen, was man nicht billigen kann. Durch solche Tatsachen wurde Dante bei seiner großen Ergebenheit gegen die Kirche mit Betrübnis und Unwillen erfüllt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß solche Vorkommnisse auch Männern von bewährter Heiligkeit schwere Klagen abgenötigt haben" (Enzyklika „In praeclara summorum copia hominum" vom 30. April 1921).

Prof. Dr. Michael Seidlmayer

Der Atomkrieg als politisches und ethisches Problem

„Christliche Politik muß realistisch sein", heißt es an einer Stelle des bekannten Gutachtens der sieben katholischen Moraltheologen; in der leicht abgewandelten Form: „Die Politik eines Christen muß realistisch sein", möchte ich diesen Satz den ganzen folgenden Überlegungen als Leitmotiv voranstellen. Ja ich will ihn sogleich — ohne damit nun den Anspruch auf unbedingte theologische Exaktheit zu erheben — umkehren und zu dem Satz ausweiten: Eine wirklich realistische Politik — und das wäre also eine wahrhaft vernünftige und zugleich menschlich anständige Politik, die auf lange Sicht plant und in gleicher Weise die Interessen und Notwendigkeiten aller in sie verflochtenen Völker und Staaten ins Auge faßt —: eine solche Politik dürfte zugleich auch im wesentlichen alle Anforderungen erfüllen, die man hinsichtlich ihrer „Christlichkeit" an die Politik überhaupt stellen kann.

Das Postulat: „Die Politik eines Christen muß realistisch sein" besagt also: Politik muß den unaufhebbaren Realitäten dieser Welt, so wie sie ist, gerecht werden können; sie muß also auch ganz konkret den realen Gegebenheiten des „Hier und Jetzt": in dieser Mitte des 20. Jahrhunderts und für diesen konkreten Staat — der für uns also zunächst „Bundesrepublik" heißt — gerecht werden können. Wenn sie sich tatsächlich nur in den Zonen eines „illusionären Wunschdenkens" bewegen würde, dann würde sie, mag sie noch so „idealistisch" sein, eben der utopischen Schwarmgeisterei verfallen, und damit wäre das Gericht über sie bereits gesprochen.

Dieses Postulat ist mir so wichtig, weil hinter ihm, unausgesprochen zunächst, eine Urtatsache unseres Daseins steht: die Urtatsache, daß wir in einer Welt leben, die „im argen liegt", das heißt also in der Welt einer gefallenen Schöpfung, um eine außerhalb aller Diskussionsmöglichkeit stehende Urerfahrung der gesamten Menschheit sogleich in ihrer christlich-biblischen Terminologie auszudrücken. Der Christ muß also wissen, daß er, sowenig wie irgendein anderer Mensch, in einer Idealordnung lebt, jemals gelebt hat, jemals eine solche wird aufrichten können. Alle Ordnungen, die die Christenheit jemals geschaffen hat — auch in jenem Jahrtausend des sog. „christlichen

Mittelalters" —, waren immer nur ein armseliges Gemächte gegenüber jener absoluten, göttlichen Ordnung, wie sie uns in der Bergpredigt richtungweisend vor Augen gestellt wird. Eine christliche Moraltheologie, die, bewußt oder unbewußt, das Faktum ignorieren würde, daß sie (schon in der Theorie und erst recht natürlich in ihrer praktischen Anwendung) an jene absolute evangelische Ordnung nur höchst annäherungsweise heranreichen kann, daß sie von ihr nicht mehr als den Zipfel des Mantels zu erhaschen vermag, wäre nur eine Selbsttäuschung, weil sie eben, ob sie will oder nicht, ihr „Stückwerk" für das Ganze ausgäbe.

Auf unsere Thematik angewendet, heißt das einfach, daß wir mit der üblichen, so leicht vom Munde gehenden Rede von „christlicher Politik", „christlicher Rechts- oder Sozialordnung" usw. sehr bescheiden, sehr „realistisch" zu sein haben. Wir müssen wissen, daß alles, was wir in diesen Bereichen an Ordnungen zustande bringen können, jener „im argen liegenden" Welt seinen Tribut, seinen reichlichen Tribut zu entrichten hat. Um unser Problem hier gleich als Exempel aufzugreifen: daß es auf dem Boden einer absoluten christlichen Ethik (im Sinne der Bergpredigt) überhaupt irgendeine Art von Krieg sollte geben können, wäre nichts als eine perfekt absurde Vorstellung. Ein christliches Selbstbewußtsein, das diese fundamentale Tatsache einfach unterschlägt, das sein Gewissen damit einlullt oder einlullen läßt, daß mit einem sog. „gerechten Krieg" ja alles in bester Ordnung sei, befindet sich bereits auf den gefährlichsten Abwegen. Trotzdem: Das Kriegsproblem ist mit dieser Feststellung auch für den Christen noch nicht erledigt!

Nur: Wenn wir eben diese schneidende Diskrepanz zwischen der absoluten evangelischen Ordnung und den bestenfalls durch uns erreichbaren Ordnungen vergessen, dann landen wir sehr schnell bei jener „christlichen" Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit, die sich einbildet, schon deswegen, weil man das Firmenschild eines „christlichen Staates", einer „christlichen Gesellschaft", einer „christlichen Kultur" vor sich hertragen kann, weiß Gott wie erhaben über alle anderen Staaten, Gesellschaften und Kulturen (in Vergangenheit und Gegenwart) zu sein, die das nicht können oder nicht wollen. An diese Seite eines „christlichen Realismus" zu erinnern, ist heute wahrhaft nicht überflüssig. Oder soll ich sogleich als Beispiel wenigstens eine, nun freilich schwer schockierende Gewissensfrage nennen? Bringen wir wirklich noch den Mut auf, uns in unserem sog. „christlichen Abendland" so fraglos „christlich" überlegen zu fühlen — gegenüber dem, was sich seit eineinhalb Jahren in Polen des Kommunisten Gomulka und des Kardinals Wyshinsky entwickelt? Ich nicht!

Nun also, ein Element dieser „im argen liegenden" Welt ist der Krieg. Wir ersparen es uns nicht, diesem Faktum ganz nüchtern und realistisch ins Auge zu sehen: In aller Menschheitsgeschichte, so weit immer unser Auge reicht und bis in unsere Gegenwart herauf, war und ist der Krieg ein schlechthin konstitutiver Faktor des Geschehens zwischen den Völkern, Staaten und Reichen und ihres geschichtlichen Werdens und Vergehens. Auch das Christentum hat daran nichts geändert; kein ernsthafter Historiker wird behaupten wollen, daß die Geschichte der christlichen Völker und Staaten friedlicher als die der vor- oder sonst nichtchristlichen verlaufen sei.

Wenn wir uns dieses grundlegende Faktum etwas genauer ansehen, so möchte ich mich dabei eng an die Gedankenführung des, wie mir scheint, gerade in seiner unbedingten Realistik höchst instruktiven Aufsatzes von G. Stratenwerth, „Kann der moderne Krieg seine bisherige politische Funktion noch ausüben?" (Zeitschr. f. Evang. Ethik, Sept. 1957), anschließen.

Die bisherige „politische Funktion" des Krieges — zunächst also rein naturhaft, unter Ausschluß aller ethischen Aspekte gesehen — war, daß in ihm die Kraft zwischen den Völkern oder Staaten gemessen wurde, sie war der Test für deren stärkere oder schwächere Vitalität, einschließlich natürlich auch der geistig-seelischen Vitalität (ein Paradebeispiel etwa: die Germanen und das Römische Reich). Der Krieg ist also zunächst ein Naturphänomen (es versteht sich: ein Phänomen der gefallenen Natur), genau entsprechend dem unaufhörlichen Lebenskampf in der Tier- und selbst in der Pflanzenwelt.

Jedoch alles, was der Mensch mit der „Natur" an sich gemeinsam hat, muß sich bei ihm als einem mit Vernunft und mit sittlichem Bewußtsein begabten Wesen sogleich auch aus der reinen Naturhaftigkeit herausheben lassen, es muß sich nach vernunftgemäßen und ethischen Kategorien formen, das heißt in gewisse Regeln und Normen einfangen lassen. So hat sich ja (um die vorchristliche Zeit hier beiseite zu lassen) das Christentum von früh an um eine ethische Theorie des Krieges bemüht, um eine Theorie, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen und in welchen Formen ein solcher naturhafter Krafttest zwischen Völkern oder Staaten „erlaubt" sei; daraus hat sich eben der — der katholischen wie der evangelischen Ethik gemeinsame — Begriff des „gerechten Krieges" entwickelt.

Freilich — daran können wir nicht vorbeigehen —, wenn man einmal die zahllosen großen und kleinen Kriege der christlichen Völker und Staaten untereinander daraufhin untersuchen wollte, wie viele nun eigentlich (wenigstens von der einen Seite her) diesen ethischen Anforderungen an einen „gerechten Krieg" wirklich einwandfrei entsprochen haben: Ich glaube, das Resultat wäre verheerend! Ohne Zweifel: Das Kapitel „Krieg" gehört zu den finstersten Kapiteln der bisherigen Christenheit; ob Rom, Wittenberg oder Genf (oder auch Moskau, das „Dritte Rom") und ihre jeweiligen weltlichen und geistlichen Vertreter und Führer: für sie alle wäre das gemeinsame Schuldbekenntnis eines hundertfachen Verrates an der evangelischen Verheißung des „beati pacifici" wahrhaft längst fällig!

Trotzdem nun: Bei all diesen geglückten und noch viel, viel mehr mißglückten Versuchen einer ethischen Bändigung des Krieges — Versuche, die dann auch das moderne Völkerrecht fortgesetzt hat —: das naturhafte Substrat des Krieges: eben seine politische Funktion als eines Krafttestes, blieb davon letzten Endes unberührt. Der Sieger hatte sich als der Stärkere, der Besiegte als der Schwächere erwiesen, und dieses naturhafte Resultat verwandelte sich dann — ein wahrhaft seltsamer Vorgang! — im Friedensschluß in eine neue zwischenstaatliche Rechtsordnung.

So etwa lagen die Dinge bisher. Wir haben sie nüchtern, kalt, „realistisch" betrachtet; ich denke, wir haben uns damit das Recht erworben, weiterhin „realistisch" zu bleiben.

Schon von den beiden Weltkriegen (ganz besonders natürlich vom zweiten) ist zu sagen, daß sie diese eben gekennzeichnete „politische Funktion" des Krieges nur mehr sehr unvollkommen erfüllt haben. In ihren ungeheuren Materialschlachten, in ihrer Zerstörung unzähliger wehrloser Städte usw. hat weit weniger die echte Vitalität der Völker und Staaten das entscheidende Wort gesprochen als vielmehr deren größere oder geringere Finanzkraft, ihr Besitz an Rohstoffquellen u. dgl. mehr; einfach: das letzte Wort hatte die nackte Materie. Und andererseits zeitigte das Ergebnis beider Weltkriege ja nur mehr in einem sehr äußerlichen, sehr fragwürdigen Sinn „Sieger" und „Besiegte".

Die Erkenntnis aber, daß es nunmehr in einem Atomkrieg „keine Sieger und Besiegten" (Eisenhower) mehr geben kann, ist nachgerade schon eine Tri-

vialität geworden. Das heißt aber: Mit der Möglichkeit, in einem (atomar geführten) Krieg politische Entscheidungen zu finden, ist es vorbei. Im Atomzeitalter hat der Krieg seinen beabsichtigten Sinn — den Sinn, darüber zu entscheiden, wer der Stärkere ist — verloren, es sind ihm auch die letzten Wurzeln seiner bisherigen „natürlichen Funktion" abgeschnitten. Das bedeutet schlechthin eine Weltwende im zwischenstaatlichen und zwischenvölkischen Verhältnis. „Kein Volk", sagt Albert Schweitzer, „kann mehr zu seinem Gegner sagen: ‚Nun sollen die Waffen entscheiden', sondern nur mehr: ‚Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten'." Der Krieg — auch für die „Freiheit" oder für die „Kultur" usw. — kann nicht mehr leisten, was man von ihm erwartet.

Ja es ist nicht einmal mehr dieses wahr, daß die Völker — sei es auch nur mittels ihrer Regierungen, mittels der Diplomatie — im entscheidenden Augenblick überhaupt noch „miteinander sprechen" könnten: Die radikale Mechanisierung der Kriegsauslösung selbst, der sog. „Druckknopfkrieg", und selbst dieser noch Elektronengehirnen überantwortet, nimmt die Möglichkeit einer rationalen Entscheidung über den Kriegsbeginn nicht bloß den Völkern, sondern praktisch weitgehend selbst ihren Regierungen aus der Hand. Die auf ein paar Minuten zusammengedrängte Entscheidung macht wenige Militärs zu unumschränkten Herren über das Schicksal der halben oder der ganzen Welt; laut dpa hat ja soeben ein an höchster Stelle stehender Luftwaffengeneral der USA eingeräumt, daß die Bomber möglicherweise auch Einsatzbefehl bekommen können, bevor Eisenhower über die Frage des „Ernstfalls" entschieden habe! Die Entscheidung, ob Krieg oder nicht, entgleitet — im vollendeten Widersinn zu dessen „politischer Funktion"! — den verantwortlichen Politikern und gerät in die Hände der Generale. Und wenn diese in ihrer Überfallshysterie ihre mit H-Bomben beladenen Luftgeschwader ständig in der Luft herumkreuzen lassen, dann ist — der General Norstad selbst hat es bestätigt! — die Gefahr, daß der dritte Weltkrieg überhaupt nur durch „Zufall oder Mißverständnis" ausgelöst werde, in greifbare Nähe gerückt.

Der Krieg (zunächst der Großkrieg — aber wie soll angesichts der Bündnisblöcke der „kleine" Atomkrieg im Ernstfall begrenzt gehalten werden können?) ist — immer noch von der Seite seiner natürlichen, politischen Funktion her gesehen — im Atomzeitalter zum Irrsinn geworden. Wer dieses Faktum nicht wahrhaben oder praktisch ignorieren will — das heißt also: wer praktisch so tut und es dem Volk so vormacht, als ob in ihm noch irgend etwas anderes als die „Freiheit" der Wüste oder Steppe „verteidigt" werden könne —, der gehört zu den Vorvorgestrigen. Man braucht dazu nicht erst 82 Jahre alt geworden zu sein — man kann auch mit 42 oder 43 Jahren ein Vorvorgestriger sein!

An diesen ehernen Gegebenheiten, die „Atomkrieg" heißen, ändern nun natürlich auch die Atomrüstungstheologen nichts, gleichviel, ob sie aus dem katholischen Lager kommen oder etwa Asmussen, Künneth, Bischof Halfmann usw. heißen. Sie erzählen uns wohl, daß „über die von den modernen Kampfmitteln zu erwartenden Zerstörungen" „Meinungsverschiedenheiten" herrschen könnten; nun, die Praxis bereits von Hiroshima sowie der nachfolgenden Versuchsexplosionen hat eingestandenermaßen meistenteils nur ergeben, daß die Zerstörungswucht noch erheblich größer war, als sie die Fachleute berechnet hatten — darin also bestehen diese möglichen „Meinungsverschiedenheiten"! Sie sprechen weiterhin von den „gewissenhaften Sachkennern", die bekunden würden, daß die Wirkung der Atomwaffen nicht völlig „unkontrollierbar" sei — aber sie vermeiden es sorgfältig, uns auch nur einen einzigen dieser „gewissenhaften Sachkenner" beim Namen zu nennen; und alle nun

buchstäblich schon unzähligen und zu einem sehr großen Teil erstrangigen „Sachkenner" der einschlägigen Wissenschaftszweige (Atomphysik, Biogenetik, Medizin usw.), die, sowohl was die Wirkungen im Ernstfall wie die der Probeexplosionen anlangt, in bestimmtester Weise eine völlig andere Sprache sprechen; sie existieren für die moraltheologischen Atomgutachter überhaupt nicht!

Wir werden also, unserem allgemeinen Vorsatz gemäß, auch jetzt so „realistisch" bleiben, daß wir ihnen hierin schlicht und einfach den Rücken kehren und uns dafür lieber bei den zuständigen Leuten Auskunft einholen: bei den Atomphysikern selbst — nicht zuletzt gerade bei denen, die in den USA die ersten Atom- und Wasserstoffbomben gebaut und erprobt haben und die es also doch wohl wissen müssen! — und dazu bei den anderen Fachleuten der eben genannten naturwissenschaftlichen Disziplinen; und wir werden dazu auch nicht so tun wollen, als ob es uns die führenden Militärs nicht schon reichlich oft und reichlich offenherzig gesagt (und auch in Manövern vorexerziert) hätten, wie sie es mit einem Atomkrieg — speziell mit uns Deutschen und Westeuropäern! — zu halten gedenken.

Es ist hier natürlich unmöglich — vielleicht auch doch nicht mehr notwendig —, dieses soeben summarisch angedeutete Quellenmaterial auch nur annähernd in extenso vorzuführen. In dem Buch etwa von Robert Jungk, „Heller als tausend Sonnen", kann man nachlesen — und dies gehört wohl zu der erschütterndsten Lektüre, die es heute in diesem Bereich gibt —, mit wieviel Bedenken sich die Atomphysiker in den USA schon gegen den warnungslosen Abwurf der ersten Atombomben auf die beiden japanischen Städte gesperrt haben, und mit welchen inneren Hemmungen und Gewissensskrupeln sie dann an den Bau der ersten H-Bombe — zu einer Zeit, als die politisch-militärische Notwendigkeit dieses Satansinstruments alles eher als einleuchtend sein konnte! — herangegangen, aber in ihrer inneren Zerrissenheit und Haltlosigkeit eben doch jedesmal wieder den Lockungen und der skrupellosen Tyrannei der Generale und auch den falschen Informationen über die politische Lage, die man ihnen gab, erlegen sind. Und es muß dazu doch bemerkt werden, daß unsere heute von gewissen Seiten so viel verdächtigten und geschmähten führenden deutschen Atomphysiker bei aller Unzulänglichkeit, die es natürlich auch bei ihnen gab, Hitler schließlich die Atombombe bewußt vorenthalten haben!

Nur zwei Zitate aus dem Munde jener Väter der Atombombe: Oppenheimer erklärte (Frühsommer 1956) kurz und bündig: „Wir haben die Arbeit des Teufels getan." Noch aufschlußreicher für uns ist das Resümee eines Gesprächs zwischen Hans Bethe und zwei seiner Kollegen: „Die Welt würde nach einem solchen Krieg (mit H-Bomben) . . . nicht mehr so sein, wie die Welt, die wir erhalten wollen. Wir würden gerade die Dinge verlieren, für die wir kämpften . . ."

Das sind nur zwei Stimmen jener „falschen Propheten", durch die wir uns — laut einer Bekundung der Bundesregierung zum 1. Mai 1958 — „nicht irre machen lassen dürfen".

Wir wollen auch nicht ganz an der Frage, die uns am allerdichtesten auf den Nägeln brennt, vorübergehen, an der Frage, wie sich eine atomare „Verteidigung" speziell für uns Deutsche (bzw. Westeuropäer) gestalten würde. Durch vielfache Erklärungen der zuständigen Männer — ich nenne nur wieder Norstad und dazu den amerikanischen Verteidigungsminister (dessen entsprechende Äußerung jüngsten Datums ist) — steht zunächst fest, daß wir auch bei einem sog. „lokalen" oder „begrenzten" Konflikt von unseren Verbündeten militärische Hilfe nur unter gleichzeitigem Einsatz von Atomwaffen zu erwarten

hätten. Über die Frage sodann, was das konkret bedeuten würde, können uns wohl die Nato-Manöver eine annähernde Auskunft geben: In den Manövern „Carte blanche" sind am ersten Tag bereits 50 Atombomben „gefallen", andere haben es insgesamt auf etwa 300 Atombomben auf deutsches oder benachbartes Gebiet gebracht. Freilich tönen nun die Sirenengesänge von der sog. „sauberen" und „kleinen" Atombombe an unser Ohr; immerhin: die bescheidenste der gegenwärtig vorhandenen Bomben dürfte eine Stadt wie Würzburg so ziemlich „ausradieren"! Die Zeitschrift „Die Bundeswehr" aber, der zum mindesten ein „offiziöser" Charakter zukommt, stellt uns mit wahrhaft dankenswerter Offenherzigkeit in Aussicht, daß auch die Bundeswehr selbst nunmehr gegebenenfalls — natürlich nur „in der Verteidigung"! — „deutsche Städte in das Inferno nuklearer Vernichtung einbeziehen" müsse. Der Chef des Führungsstabes der Bundeswehr schließlich, General P a n i t z k i , belehrt uns, daß es nur ein „Junktim" zwischen dem Einsatz jener bescheidenen „taktischen" Atomwaffen und der Abschreckung durch die rechtschaffenen „großen", die thermonuklearen Vernichtungsbomben gäbe. S o sähe also unsere „Verteidigung" aus — was könnte ihr Resultat anderes sein als ein zur atomverseuchten Wüste oder ausgebrannten Steppe gewordenes Deutschland?!

Was hat der C h r i s t zu diesem ganzen Tatbestand zu sagen? Wenn wir von der These ausgehen, daß der Atomkrieg für das christliche Gewissen doch unter wesentlich andere Aspekte tritt als der bisherige „konventionelle" Krieg — dem doch auch zu allen Zeiten Tausende und Tausende von Unschuldigen und Nichtkämpfern geopfert worden sind —, dann erhebt sich sogleich die sehr ernstzunehmende Frage: Macht es denn einen g r u n d s ä t z l i c h e n Unterschied aus, ob zehntausend oder eine Million oder einige Dutzend oder Hunderte von Millionen gemordet werden? Gewiß kann man sagen, das ist eine „bedauerliche" q u a n t i t a t i v e Steigerung — aber was sonst? Das mag rein logisch wohl richtig sein; jedoch, und hiermit kehre ich nochmals zu Überlegungen Stratenwerths zurück: Quantität ist doch nicht unbegrenzt ausdehnbar, ohne daß sie einmal in Q u a l i t ä t umschlüge. „Wo die Logik (daß die Steigerung der Quantität keine wesenhafte Veränderung mit sich bringen könne) zu der Konsequenz führt, es könne erlaubt sein, Gottes Schöpfung zu zerstören, ist der alarmierende Beweis gegeben, daß unser logisches Überlegen sich auf falschen Bahnen bewegt." Es würde aber, meine ich in völliger Übereinstimmung mit Stratenwerth, auch durchaus „genügen", wenn es sich „nur" um die Auslöschung alles Lebens etwa in einzelnen Ländern und Kontinenten handeln würde (und das amerikanische „Verteidigungs"ministerium — zu welcher blutigen Ironie ist das Wort geworden! — hat erst vor einem Jahr erklärt, daß die radioaktive Verseuchung ganzer Gebiete eine neue Angriffswaffe darstelle!).

Hier ist ein aufklärendes Wort speziell an die Katholiken notwendig. Wie steht der Papst zum Atomkrieg? P i u s XII. hat den Atomkrieg zwar keineswegs schlechthin verurteilt, aber er hat dessen Erlaubtheit unter zwei strenge, präzis umschriebene Bedingungen gestellt. (Maßgeblich dafür ist: (I) Ansprache des Papstes an die Teilnehmer am 8. Weltkongreß der Ärzte in Rom vom 30. 9. 1954, in: Acta Ap. Sedis 46, 1954, S. 587 ff. (II) Weihnachtsansprache 1955, ebenda 48, 1956, S. 38. (III) Weihnachtsansprache 1956, ebenda 49, 1957, S. 19.) Die erste Bedingung für ihn ist, daß dem Atomkrieg „ausreichend klare und enge Grenzen gesetzt sind, so daß dessen Wirkungen auf die eng verstandenen Notwendigkeiten der Verteidigung (exigences strictes de la défense) beschränkt bleiben" (I). Eine Politik, die „den Gebrauch der Atomwaffen zur Durchsetzung konkreter Forderungen androht, mögen diese nun berechtigt sein oder nicht

(concrete esigenze, siano esse giustificate o no), wird vom Papst ausdrücklich verworfen (III). Die mit dem Besitz der Atomwaffen verbundene Macht darf also nach der päpstlichen Lehre ausschließlich nur zur Sicherung des bestehenden Status quo, in keiner Weise aber zugunsten weitergehender politischer Forderungen (auch nicht, wenn diese an sich gerechtfertigt wären — wie z. B. die Freigabe der Satellitenstaaten oder selbst der Ostzone) verwendet werden. Wenn aber der Verteidigungsminister Strauß die atomare Aufrüstung ausdrücklich auch dazu verlangt, daß man dann wieder „mitreden" könne und „politisch verhandlungsfähig" sei — übrigens „verhandlungsfähig" mit wem eigentlich? Mit Rußland oder auch mit den USA und den NATO-Bundesgenossen?? —, so ist das also doch wohl in klarer Weise mit den päpstlichen Weisungen unvereinbar; ebenso, wenn de Gaulle, der für seine Regierungsarbeit bekanntlich eigens den päpstlichen Segen erbeten und erhalten hat, den Eintritt Frankreichs in den „Atomklub" erklärtermaßen deswegen betreibt, damit Frankreich wieder als „Großmacht" auftreten könne; und umgekehrt wäre die Bindung eines Verzichtes auf Atomwaffen an irgendwelche politische Bedingungen, als allein die Sicherung des Status quo, unzulässig. Die zweite Bedingung des Papstes ist: „Wenn sich die Wirkung (der angewendeten Waffen) völlig der Kontrolle durch den Menschen entzieht, muß deren Anwendung als unmoralisch verworfen werden. Dann würde es sich nicht mehr um Verteidigung . . . handeln, sondern um die reine und einfache Vernichtung alles menschlichen Lebens im Umkreis der Aktion (l'annihilation pure et simple de toute vie humaine à l'interieur du rayon d'action). Das ist unter keinem Titel erlaubt" (I). In (II) erläutert der Papst die Wirkung solcher Waffen noch genauer dahingehend, daß durch sie auf irgendeine Weise — also nicht nur durch radioaktive Strahlung — „in der Ausdehnung von vielen Quadratkilometern Vorgänge von unvorstellbarer Gewalt" ausgelöst werden. Solche Waffen sind also „à aucun titre" — weder zur Verteidigung noch etwa, um eine Unterlegenheit in „konventionellen" Waffen auszugleichen — erlaubt. Man wird die zur „massiven Abschreckung" bestimmten sog. „strategischen" Bomben ohne weiteres zu ihnen zu zählen haben.

Wie verhalten sich nun die jüngsten theologischen oder kirchenamtlichen Verlautbarungen in der Bundesrepublik zu diesen Weisungen des Papstes?

1. Das Gutachten der sieben Moraltheologen macht sich zwar (stillschweigend) die päpstliche Norm der „Kontrollierbarkeit" zu eigen, nimmt aber von der genauen Definition dieses zunächst ja ziemlich vagen Begriffes durch den Papst und von dessen damit eindeutig bekundeter Auffassung, daß es solche verbotene Vernichtungsmittel gibt, keine Notiz, sondern stellt die Atomwaffen summarisch als „nicht völlig unkontrollierbar" hin. Über die sonstigen vom Papst bezeichneten Prämissen für eine „erlaubte" Benutzung von Atomwaffen schweigt sich das Gutachten aus.

2. Noch seltsamer mutet die Behandlung und „Interpretation" an, die Prof. J. B. Hirschmann S. J., „Kann atomare Verteidigung sittlich gerechtfertigt sein?" (Stimmen der Zeit, Juli 1958), S. 294 f. den Weisungen Pius XII. angedeihen läßt. Die Zitierung von (I) bricht er genau dort ab, wo die soeben wiedergegebene wörtliche Anführung einsetzt, nämlich: wo der Text „konkret" wird. Er führt dann zwar noch ein Stück der päpstlichen Äußerung über die „unkontrollierbaren" Waffen an, aber wiederum (und hier, ohne die Auslassung dem Leser kenntlich zu machen!) gerade um den entscheidenden Passus, in dem der Papst sagt, was er darunter versteht, verkürzt und ebenso ohne die weitere Erläuterung in (II). Auf diese Weise wird dem Leser die Tatsache vorenthalten, daß der Papst die schlechthin bedingungslose — keineswegs,

wie Hirschmann „erläutert", von der Möglichkeit der „Abwägung der schädigenden Folgen des Einsatzes gegenüber den Folgen des Verzichtes auf ihn" abhängende — Verwerfung einer bestimmten Qualität von Vernichtungswaffen ausgesprochen hat. Den „Mißbrauch" des Papstwortes, über den Hirschmann klagt, begeht er selbst. In gleicher Weise erfährt man bei ihm nichts von dem in (III) ausgesprochenen Verbot, die atomare Rüstung zur Erreichung politischer Ziele einzusetzen, während er es sich natürlich nicht entgehen läßt, aus der gleichen Weihnachtsansprache den bekannten Satz gegen die katholischen Wehrdienstverweigerer zu zitieren und entsprechend auszuschlachten.

3. In ihrem Wahl-Hirtenbrief vom 15. Juni 1958 approbieren die „Bischöfe in Nordrhein-Westfalen" — allerdings ohne die Atomfrage beim Namen zu nennen! — die „Verteidigungsmaßnahmen, wie sie die Mehrheit der verantwortlichen Politiker in der derzeitigen Lage für notwendig gehalten hat", „auf Grund katholischer Lehre" als sittlich unbedenklich; sie berühren mit keinem Wort, daß die militärisch-politischen Konzeptionen des Verteidigungsministers Strauß und führender Männer seines Ministeriums (siehe oben Panitzki) auf jeden Fall zum Teil mit den lehramtlichen Weisungen Pius XII. nicht mehr vereinbar sind oder daß generell die Bindung der derzeitigen Regierungspolitik — insbesondere in ihrer engen Verflechtung mit den gesamtwestlichen Planungen („massive Abschreckung" u. dgl.) — an die genau einschränkenden Bedingungen des Papstes zum allermindesten als sehr fragwürdig erscheinen muß.

K e i n e d e r d r e i g e n a n n t e n V e r l a u t b a r u n g e n b e f i n d e t s i c h d e m n a c h i n g e n ü g e n d e r m a t e r i e l l e r — das heißt allen vom Papst aufgestellten Bedingungen gerecht werdender — Ü b e r e i n s t i m m u n g m i t d e n l e h r a m t l i c h e n Ä u ß e r u n g e n P i u s X I I.; sie können daher gerade für diejenigen Katholiken, die sich streng an die obersten kirchlichen Weisungen gebunden fühlen, nicht als maßgebliche Richtschnur ihrer Gewissensbildung dienen.

„Es blieb unserer Zeit vorbehalten", stellt Stratenwerth weiterhin und sicher mit Recht fest, „die Tötung von Millionen . . . kaltblütig in den (politisch-militärischen) Kalkül einzusetzen und dafür noch ein theologisch begründetes, von der Heiligkeit oder Größe des Zweckes her bestimmtes Recht zu verkünden." Hat er mit diesem letzteren etwa zuviel behauptet? Nun, zum Beweis dafür, daß die „unbeabsichtigte, aber vorausgesehene" Massentötung oder -verstümmelung Unbeteiligter — und deren willige Hinnahme durch dieselben! — „sittlich durchaus (!) einwandfrei und zumutbar" und selbst „Ausdruck, ja Forderung der Liebe" sein könne, glaubt Hirschmann (S. 290) selbst Christi Worte bei Joh. 12,25 und 15,13 in Anspruch nehmen zu dürfen, und S. 293 liest man bei ihm: „Der Mut, unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen, kann der Haltung des heiligen Franziskus innerlich näherstehen und mehr Geist vom Geist der Theologie des Kreuzes atmen als ein Denken, das naturrechtliche Prinzipien vorschnell einem undurchdachten Theologumenon opfert, wie es heute in breiter Front evangelische Pfarrer und Theologen tun." „Und man kann", fährt er fort, „in diesem Zusammenhang Männern wie Emil B r u n n e r, T h i e l i c k e, Künneth und Asmussen nicht dankbar genug dafür sein, daß sie dem mit aller Kraft widersprechen." Gewiß, W. Künneth hat es ja jüngst auf der Gesamtdeutschen Synode als „massive Irrlehre" bezeichnet, zu behaupten, daß nicht auch Massenvernichtungsmittel notfalls „Mittel im Dienste der Nächstenliebe" sein könnten! (Bericht der FAZ vom 3. Mai 1958.) Äußerungen solcher Art sollen uns wohl die — wenn es um die „christliche" Ehrenrettung der atomaren Massenvernichtung und selbst der Zerstörung zahllosen noch un-

gezeugten Lebens künftiger Generationen geht — offenbar in beiden Konfessionen unbegrenzten Möglichkeiten theologischer P e r v e r s i t ä t vordemonstrieren . . .

Gemäß dem biblischen Schöpfungsbericht hat die Menschheit von Gott den Auftrag zur Beherrschung und Nutzung der Welt erhalten; sie hat nirgendwo einen Auftrag — nirgendwo auch nur irgendeine Art von Erlaubnis — zu ihrer Vernichtung, und sei es auch „nur" zu einer großflächigen partiellen Vernichtung, empfangen. Gott selber hat vor Noah geschworen — man möge die Szene ruhig als biblischen Mythos verstehen, das ändert an ihrer theologischen Aussagekraft nichts! —: „Ich will hinfort nicht schlagen, alles was da lebt . . ." Soll es dann dem Menschen erlaubt sein?!

Mir scheint, die unseren ganzen Überlegungen vorangestellte These, daß eine „realistische" und eine „christliche" Betrachtung und Behandlung der Probleme des Atomkrieges schließlich in ein und denselben Punkt münden, hat sich bewährt.

Dennoch und trotz allem aber möchte ich — es liegt mir daran, dies festzustellen — wenigstens für mich persönlich beim gegenwärtigen Stand der Problematik noch dabei bleiben, daß man auch einer gegenteiligen Entscheidung — vorausgesetzt, daß die u n a b d i n g b a r e Pflicht, sich so genau wie nur möglich zu informieren, erfüllt ist! — noch die „bona fides" zuzubilligen habe. An Verketzerung der Gegner ist heute nachgerade kein Mangel — es genügt, daß seit dem Auftreten der 18 Göttinger allen Gegnern der Atomrüstung gegenüber offenbar das 8. Gebot — das Verbot der haltlosen Verdächtigung, der Verleumdung, der Ehrabschneidung (im bürgerlichen u n d im kirchlichen Raum!) — außer Kraft gesetzt ist. Es wäre ein dankenswertes Thema für einen Hirtenbrief der Bischöfe!

Das entbindet jedoch keineswegs von der Pflicht, auch hier wieder — so wie ich es schon in meiner Broschüre „Atomrüstung und Gewissen" getan habe — den christlichen Kirchen eindringlichst die Frage vorzulegen, ob nicht doch jetzt — an dieser Weltwende aller zwischenstaatlichen Verhältnisse — der Augenblick gekommen ist, wo sie auch im Politischen „mit d e m Ernst machen müßten, . . . was ihre Pastoren und Priester in Predigt und Liturgie sonntäglich verkündigen . . . Wer als Theologe (zu Atomrüstung und Atomkrieg) ‚licet' sagt — wenn auch also n u r ein ‚licet'! —, wird Mühe haben, noch zu bezeugen und zu predigen, daß das Evangelium r e a l zu verstehen ist" (Stratenwerth). In jenem Heft der „Bundeswehr", das unseren Städten das „Inferno nuklearer Vernichtung" durch die eigene „Wehr"macht als durchaus möglich in Aussicht stellt, folgt ein paar Seiten später eine vom katholischen Militärgeneralvikar verfaßte Osterbetrachtung mit der Überschrift „Der Sieg des Lebens" (!): „Die Gewißheit der Osterbotschaft gibt uns die Kraft, dem entfesselten Ungeheuer der Welt- und Lebensangst zu begegnen . . ." (usw). Wie viele Menschen werden hinter einer solchen Osterbotschaft — Wand an Wand mit dem selbst heraufbeschworenen „Inferno" — noch etwas anderes als ein leeres und hohles Wortgeklingel — wenn nicht Schlimmeres! — zu erkennen vermögen??

Die Atomrüstungsfrage ist und bleibt die u n a b d i n g b a r e Sache der persönlichen Gewissensentscheidung eines jeden einzelnen Staatsbürgers — nicht nur des christlichen selbstverständlich, sondern eines jeden, der Gewissen und Verantwortungsbewußtsein hat. Das deutsche Volk der Bundesrepublik hat diese Gewissensentscheidung bisher nicht in real wirksamer Weise zum Ausdruck bringen können. Die Bundesregierung und die Regierungspartei haben sie für die letzte Bundeswahl n i c h t zur Aufgabe gestellt — im Gegenteil:

Die verantwortlichen Führer derselben haben in den Monaten vor der Wahl mehrfach beteuert, daß eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr nicht beabsichtigt sei. Durch dieses Verfahren haben sie selbst jede politische Rechtfertigung für das, was sie hernach getan haben, verwirkt. Auch eine Landtagswahl kann ihnen diese (nachträgliche) Rechtfertigung nicht einbringen, weil in ihr (abgesehen davon, daß sie nur ein partielles Ergebnis zeitigen kann) diese eine Frage naturgemäß mit zehnerlei anderen Fragen verquickt und insbesondere in das Schlepptau ganz anderer Gewissensfragen, wie der um Schule und Lehrerbildung, genommen wird. Eine echte Entscheidung über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Bundestagsmehrheit zu ihrem Beschluß hätte im christlich-demokratischen Rechtsstaat allein ein Volksentscheid — ohne alle direkte oder indirekte Gewissensnötigung! — erbringen können. Der Bundesgerichtshof hat zwar seinerzeit (Urteil vom 2. August 1954 — wobei es um die Frage der Wiederbewaffnung ging!) entschieden: „Sofern es nur darum ging, die Meinung der Volksmehrheit . . . zu erforschen und festzustellen und dann durch das Ergebnis die Mitglieder des Bundestages in ihrer Meinungsbildung . . . zu beeinflussen, handelt es sich — obwohl eine solche Abstimmung im Grundgesetz nicht vorgesehen ist — um ein von der verfassungsmäßigen Ordnung her gesehen neutrales Ziel." (Siehe diese Zeitschrift, 1958, Heft 5, S. 375.) Jetzt aber hat er solche Volksbefragungen für verfassungswidrig erklärt und damit für die Staatsbürger die Möglichkeit, ihre Gewissensentscheidung in politisch gültiger Form kundzutun, unterbunden.

Glauben der Bundesgerichtshof und die Bundesregierung wirklich, damit die rechtsstaatliche Ordnung einer christlichen Demokratie und die innere Verbundenheit der Staatsbürger — und wahrhaftig nicht der mindesten unter ihnen! — mit ihr gestärkt zu haben?? Die Bundesregierung läßt sich die atomare Aufrüstung der Bundeswehr viel kosten, sehr viel . . . Ob sie sich der ganzen Höhe des Preises bewußt ist??

Ernst Dittrich

Gewerkschaften was nun?

Den Nur-Parlamentariern ins Stammbuch

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen konnte nur jene überraschen, die immer noch glauben, in jedem Deutschen schlummere ein Denker oder Dichter. Nicht die Atomphysiker, die Dichter und Schriftsteller, sondern die Lieschen Müller aller gesellschaftlichen Schichten haben die Wahlurnen gefüllt. Es war ein Triumph der Fernsehempfänger über die Atombomben, ein Sieg der Mopeds über die radioaktiven Gefahren.

Daß die Bundesregierung den Ausgang der Wahlen als ein Votum zur atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik betrachten würde, war von vornherein zu erwarten. Daß dem keineswegs so ist, beweisen zwar die Umfragen aller Institute,

indes hilft uns diese Tatsache wenig im Kampf gegen die immer gefährlicheren Realitäten. Man mag sich drehen und wenden wie man will: mit ausschließlich parlamentarischem Denken kommen wir nicht weiter. Nach dieser Wahl sind die parlamentarischen Möglichkeiten so gut wie erschöpft; eine Wahrheit und Erkenntnis, die den Nur-Parlamentariern endlich zu denken geben sollte. Mit dem Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen erreichte der Bundeskanzler die zielbewußt angestrebte Gleichschaltung von Bund und Ländern und damit auch von Bundesrat und Bundesregierung. Auch das reaktionärste und verhängnisvollste Gesetz wird in Zukunft ohne Schwierigkeiten über die Bühne gehen. Nach unseren Erfahrungen mit der Regierung Adenauer haben wir in dieser Hinsicht sicherlich noch einiges zu erwarten. Nur noch unverbesserliche Träumer und politische Schildbürger können auf bessere Ergebnisse in anderen Ländern warten. Die Opposition sollte sich die wohlgemeinte Kritik zu Herzen nehmen, daß die Gleichung Landtagswahlen = Volksbefragung ein tragischer und verhängnisvoller Fehler ist. Sie sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß der von ihr geführte Wahlkampf manchmal der Atmosphäre eines Mädchenpensionats angepaßt war. Die Hoffnung, daß das Volk sich und uns den Gefallen tun werde, ein von den Besten unseres Volkes erkanntes Problem Nr. 1 bei den Wahlen auch zu ihrem zu machen, entsprach nicht der Vernunft. Die Skala der bei Wahlen anstehenden Entscheidungen ist so weit gespannt und vielschichtig, daß der Durchschnittswähler — und mit ihm müssen wir rechnen — den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, und wie die Erfahrung gelehrt hat, mit tödlicher Instinktlosigkeit das lebensgefährlichste Problem auf den zweiten und dritten Platz verweist. Nur bei einer ganz konkreten Fragestellung besteht die berechtigte Hoffnung auf eine ebenso konkrete Antwort. Wie wäre es sonst möglich, daß jüngsten Feststellungen zufolge 74 % der CDU-Wähler sich gegen die atomare Bewaffnung ausgesprochen haben? Die Bundesregierung wußte das zu genau, und deshalb rief sie schnell nach dem Kadi in Karlsruhe, der inzwischen sein „salomonisches Urteil" im Sinne seiner Auftraggeber gefällt hat. Damit ist zwar das Problem der Volksbefragung formal-demokratisch aus der Welt geschafft, nicht aber die tödliche Gefahr für das deutsche Volk.

Was nun? Diese Frage wird jetzt all denen auf den Nägeln brennen, für die der Kampf um den Frieden kein bloßes Lippenbekenntnis ist. Was tun, wenn die schwarze Diktatur vollends die letzten Reste der Demokratie auf kaltem Wege beseitigt und ihre Festung uneinnehmbar und mit allen Mitteln weiter auszementiert? Was tun, wenn sie den Volkswillen gegen die atomare Bewaffnung weiterhin ignoriert und weiter daran arbeitet, ihre Atomgroßmachtträume in die Wirklichkeit umzusetzen? Hier wird uns hoffentlich niemand — auch nicht der unverbesserlichste Superdemokrat — den Rat geben wollen, das grausige Experiment à la Hiroshima über bessere Wahlergebnisse abzuwarten. Auch mit schöngeistigen Reden ist uns in dieser Situation nicht geholfen. Der Blick auf die Zeiger der Uhr zwingt uns zum Handeln, fordert uns gebieterisch zur Tat auf! Mit „uns" meinen wir den DGB als größten Machtfaktor in der Bundesrepublik. Auf ihn sind die Blicke Aller gerichtet, auf ihn warten auch die Besten unseres Volkes, die, erstmalig in der Geschichte, dem Ruf ihres Gewissens folgend, in die politische Arena gestiegen sind. Verrat, unverzeihlicher Verrat wäre es, sie jetzt zu enttäuschen, sie im Angesicht des Atom-Todes im Stich zu lassen. Es gab eine Zeit, da die Arbeitnehmer mit Recht das Versagen der Intellektuellen und ihre politische Abstinenz anprangerten. Heute dürfen und können wir nicht zulassen, daß die Rollen vertauscht werden. Wir haben uns an die Seite der Intellektuellen zu stellen.

Warum keine Mitgliederbefragung? — Mehr Politik von unten!

Es gilt also zunächst die unabdingbare Forderung an die Gewerkschaft, endlich die auf verschiedenen Kongressen angenommenen und geforderten Entschließungen hinsichtlich einer Mitgliederbefragung in die Tat umzusetzen. Warum sie noch nicht stattgefunden hat, bleibt wahrlich ein Geheimnis, zumal sie niemand verbieten kann. Darüber hinaus wird man sich auch ernsthaft mit dem Streikgedanken befassen müssen, den der Kollege Otto Brenner bereits in Hamburg mit viel Elan in die Debatte geworfen hat. Es kann bei der Alternative: Tod oder Leben, und nach dem Scheitern aller anderen Möglichkeiten dem Inferno zu entgehen, nur noch ein Kampfmittel geben und das heißt Streik. Der Schreiber dieser Zeilen weiß als langjähriger Mitarbeiter im DGB um die Schwierigkeiten, die mit solch einem Unternehmen verbunden sind. Aber: wir haben keine andere Wahl. Die Bundesregierung wird ohne den Einsatz dieser demokratischen gewerkschaftlichen Waffe von ihrem verderblichen Tun nicht ablassen. Wir, das heißt die Gewerkschaften, sollten endlich einmal die Macht im Dienste des Guten demonstrieren und der Regierung zeigen, daß sie nicht ungestraft den Willen des Volkes hintergehen kann. Es muß allerdings gesagt werden, daß der Zeitpunkt für eine solche Aktion vor kurzem weit günstiger war. Es liegt in der Hand der Gewerkschaften, daß er nicht endgültig verpaßt und vertan wird.

Im Leben gibt es Augenblicke, wo das Äußerste gewagt werden muß, um ein Unheil abzuwenden. Der Versuch, Hitler in seinem Amoklauf zu stoppen, war ein solcher Fall; man braucht durchaus nicht immer als Beispiel den Kapp-Putsch zu strapazieren. Außergewöhnliche Ereignisse machen nun einmal den Einsatz außergewöhnlicher Mittel erforderlich. Es gibt unumgängliche geschichtliche Notwendigkeiten. Sie zu erkennen und danach zu handeln, sind wir aufgerufen. Die Geschichte — falls es dann noch eine geben sollte — wird uns, die Gewerkschaft, nicht von der Schuld freisprechen, in der entscheidenden Stunde versagt zu haben, wenn wir jetzt Gewehr bei Fuß stehen. Der prophetische Blick in die Zukunft ist — leider — nicht allen gegeben, die zur Wahlurne schreiten. Darum muß die Elite im Interesse Aller handeln.

Es gilt jetzt nach den Landtagswahlen und dem Karlsruher Urteil allen Ermüdungstendenzen im Volke und in unseren eigenen Reihen durch erhöhte Aktivität entgegenzuwirken. Nichts wäre im Augenblick verderblicher, als den Vogel Strauß nachzuahmen und der Ohnmachtsphilosophie Zeit und Gelegenheit zu geben, sich bei uns einzunisten. „Jetzt erst recht!" darf die einzige Parole sein. Für alle positiven Kräfte muß zum Sammeln geblasen werden. Kein noch so schlechtgemeinter Keil darf eine Lücke in der Einheit unserer Bewegung finden. Das ist das erste. Zum zweiten muß eine noch intensivere Kontaktaufnahme zwischen möglichst vielen Gewerkschaftsfunktionären — und auch gerade zwischen den unteren — stattfinden, mit dem Ziel, die Gewerkschaften von unten herauf für die Mitgliederbefragung und den Streikgedanken zu mobilisieren. Denn auch innerhalb der organisierten Arbeitnehmerschaft muß mit dem Faktor Müdigkeit und Resignation unablässig und erbittert gerungen werden. Ich bin sicher, daß die Avantgardisten allerorts den Ernst der Stunde erkennen und sich durchsetzen werden, damit das apokalyptische Grauen von Hiroshima und Nagasaki uns und der ganzen Menschheit erspart bleibt. Die Stunde fordert uns!

Hans Lipinski-Gottersdorf

Die Stunde der Opposition

„Die Lage war noch nie so ernst wie heute" — es ist höchste Zeit, daß die deutsche Opposition dieses mit dem Odium leiser Lächerlichkeit behaftete Wort Adenauers zu beherzigen beginnt, freilich in anderer Weise, als der Chef Westdeutschlands es sich wünscht, wenn er in gewohnter Patriarchenmanier die Herde seiner Wähler zusammenscheucht.

Mit einer Flut ebenso primitiver wie wirksamer Hetzparolen, mit ausgesucht niederträchtigen und gehässigen Verleumdungen hat die CDU in den letzten Wahlkämpfen klare Siege errungen. Sie aktivierte alte und weniger alte, bewußte und unbewußte Ressentiments, die traditionell antisozialistischen Gefühle des Bürgertums, die Russenfurcht, das Mißtrauen gegenüber den Intellektuellen und jeglichem kritischem Denken überhaupt; sie identifizierte in äußerster Simplifizierung die Interessen der Nato mit denen des Christentums und seiner Kirchen und malte, um all das gehörig zu veranschaulichen, den Gegner auf Plakaten und in Wahlreden mit Mitteln, die gewissen pornographischen Schauerfilmen entnommen schienen. Die SPD, des Kanzlers fußkranke und getreue Opposition, wurde der Totengräberei für die abendländischen Werte und — horribile dictu — marxistischer Neigungen bezichtigt; der Schreck darüber fuhr ihr so ins Gebein, daß sie die Wahlkämpfe ausschließlich damit verbrachte, diese Kränkungen zurückzuweisen. Zu eigener Initiative langte es darüber hinaus nicht mehr — wie gewöhnlich, und wie gewöhnlich zeigte der Erfolg, wohin solche Praktiken des „Scheue rechts, fürchte links und tue niemals was" führen müssen. Es würde sich auch kaum lohnen, darüber viele Worte zu verlieren, stünden wir nicht heute abermals vor einem Wendepunkt in der Geschichte unseres Volkes. Die skrupellose Vergiftung der Gehirne mit einem Kontrastdenken, das zwar die ganze Konzeption des Bundeskanzlers bestimmt, jedes vernünftigen Menschen, jedes Christen vor allem jedoch tief unwürdig ist, diese Vergiftung beginnt ihre verheerenden Folgen zu zeigen. Es ist mehr verloren worden als ein Wahlkampf; die Gefahr der dauernden Isolierung und Diffamierung der Opposition — eine Grundvoraussetzung der drohenden Diktatur — zeichnet sich deutlich ab und wird vom Kanzler und seinen Gehilfen mit allen Mitteln gefördert. Unter diesen Umständen hat mit der Opposition auch die Demokratie eine Niederlage erlitten, und man sollte es nicht leichthin als einen schlechten Witz abtun, wenn unmittelbar nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen ein besonders eifriger Gefolgsmann des Kanzlers mit dem Vorschlag herausrückte, man solle doch um der Stabilität der Bundesrepublik willen so etwas wie eine Dynastie Adenauer konstituieren. Die Demokratie ist in Gefahr, das ist die Wahrheit, und ihr gilt es, sich zu stellen. Freilich, man tut alles, diese Wahrheit zu verschleiern. In den Zeitungen wird das übliche Halali geblasen, namhafte Publizisten bedauern in tönenden Worten „gewisse Entgleisungen" und erläutern im folgenden Satz, daß diese nun einmal üblich seien; man möge sie nicht zu tragisch nehmen. Insbesondere die SPD dürfe nicht in Bitterkeit verharren, sie solle nur Mut fassen, dem „abgelebten Marxismus" Ade sagen (auf die Linie der CDU einschwenken also) und vor allem das unfruchtbare Nein zur Atombewaffnung fallenlassen, dann werde auch bei den nächsten Wahlen ein Erfolg nicht ausbleiben. Im übrigen: von nun an wieder Toleranz, Fairneß und Loyalität. In diesem Sinne, Herr Kollege Ollenhauer, lassen Sie uns gemeinsam weitermachen!

Weitermachen also! Wir wollen hoffen, daß die deutsche Opposition, daß die SPD begreift, was hier von ihr verlangt wird: nichts anderes nämlich, als daß sie den abschüssigen Pfad in den Faschismus klerikaler Prägung, auf dem der westdeutsche Karren, ein höchst komfortabler Schüdderump mit weihwassergeschmierten Achsen, rasch und rascher dahinrollt, auch noch mit den Denksteinen ihres guten Willens pflastern solle. Toleranz, Fairneß und Loyalität sind notwendige Tugenden, ohne sie kann das zarte Pflänzchen Demokratie nicht gedeihen; freilich müssen sich alle Partner ihrer bedienen. Angewandt gegenüber dem nackten und zynischen Willen zur Macht bedeuten sie ein Versagen vor der Geschichte. Wie war das doch vor 1933? Die SPD protestierte, sie hatte gute Argumente und verließ sich darauf, daß auch der Gegner die Spielregeln achten würde, mit dem Erfolg, daß die verhetzten Massen den braunen Verbrechern zujubelten, als sie mit blutigem Hohn erwiderten. So war das damals; hat die Opposition heute etwas Besseres zu erwarten? Was bedeutet es denn, wenn der SPD die Vorbereitung des Untergangs unseres Staates vorgeworfen wird und zur gleichen Zeit zu vernehmen ist, daß die CDU im Bundestag die Todesstrafe für Landesverräter fordern wird? Auch ein Blick nach Spanien zeigt, daß sich klerofaschistische und nationalsozialistische Diktatur kaum voneinander unterscheiden. 1933 wurden in Berlin die Bücher freiheitlich gesinnter Schriftsteller verbrannt; 1955 ließ das Franco-Regime die Bibeln evangelischer Gemeinden vernichten. (Für die CDU-Wähler müßte es doch ganz interessant sein, zu erfahren, daß — laut EPD — zur gleichen Zeit in der Sowjetunion Bibeln in hoher Auflage gedruckt und verbreitet wurden!) Das Dritte Reich zerstörte die Synagogen; in Franco-Spanien werden die evangelischen Gemeinden gehindert, im Bürgerkrieg zerstörte Kirchen wieder aufzubauen. Unduldsamkeit und Unmenschlichkeit sind Kennzeichen jeder Diktatur; die von der Kirche Gesegneten bilden keine Ausnahme. Wen wollte das auch wundern, angesichts des Ausspruchs eines der höchsten Würdenträger des Vatikans, daß nämlich Toleranz nur wünschenswert sei, wo sich die Kirche in der Minderheit befinde, und angesichts der Haltung eines anderen Kirchenfürsten, der vor einigen Monaten eine kritische Betrachtung der heiligen Inquisition des Mittelalters scharf zurückwies; derartige Stellungnahmen, so meinte der hochwürdigste Herr, seien außerordentlich gefährlich, sie wollten die Kirche ihres weltlichen Armes berauben, ohne den sie nicht existieren könne. Es bleibt eben dabei: Was dem Gauleiter der Jude, ist dem Kardinal der Ketzer, der Atheist. Wer heute beklagt, daß der Kirche in der Abhängigkeit vom Staat die Lebensluft fehle, daß sie darin vermenschliche (warum sollte sie das eigentlich nicht? Da Gott selbst Mensch wurde, wird man von seiner Kirche wohl erwarten dürfen, daß sie ein derartiges „Herunterkommen" nicht für eine Schande und einen Schaden halte!), der mag sich vergegenwärtigen, daß im umgekehrten Fall — wo der Staat zum Werkzeug der Kirche wurde — sie in Gefahr gerät, zu entmenschen und in dieser Gefahr noch jedesmal schweren Schaden genommen hat. Geschichte und Anschauung lehren das, und vielen Mitläufern der CDU dürften Hören und Sehen vergehen, wenn es den dahin drängenden Kräften dieser Partei erst einmal gelungen ist, nach vollendeter Isolierung der Opposition diese ganz aus dem politischen Leben zu drängen.

Kann also wirklich alles so weitergehen wie bisher, wie es uns, angeblich um des Volkes und der Demokratie willen, so beschwörend empfohlen wird? War wirklich alles nicht so schlimm, waren die Entgleisungen der Wahlkämpfe in der Tat nur Temperamentsausbrüche, die man nicht so tragisch nehmen sollte? Man will uns das glauben machen, obschon angesichts der Person

Adenauers, des Initiators all dieser Infamien, von Temperament schwerlich gesprochen werden kann.

Nein, hier ist mit sehr viel nüchterner Berechnung gearbeitet worden; unter Verwendung jeglicher Art von Druck, mit Hilfe von Kirchen, denen die eigene, äußere Existenz längst wichtiger geworden ist als der Dienst an dem unzerstörbaren Ebenbild Gottes, dem Menschen. Mit solchen Mitteln hat Adenauer erreicht, daß ihm in Bundestag und Bundesrat kaum noch Widerstand geleistet werden kann. Und sehr viel nüchterne Berechnung steckt hinter den Versuchen, jetzt, nach dem Wahlkampf, wieder den bewährt guten Willen der SPD zu mobilisieren. Um der Demokratie willen, so heißt es, müsse man nun wieder zusammenarbeiten. Um der Demokratie willen? Wie es bei uns um die Demokratie bestellt ist, zeigte sich zuletzt bei der Abstimmung zum Atombomben-Ermächtigungsgesetz. Wer wollte sich einreden lassen, daß das einstimmige Votum der 270 CDU-Abgeordneten eine demokratische Entscheidung war, allein nach dem Gewissen jedes einzelnen gefällt? Ist es demokratisch, wenn die SPD unter solchen Verhältnissen dazu verurteilt bleibt, in allen entscheidenden Fragen hoffnungslos majorisiert zu werden und damit auf die Dauer das Vertrauen des Volkes und auch das Selbstvertrauen vollends zu verlieren? Oh, es geht durchaus nicht um die Demokratie, über deren Schicksal ist man sich unter den Auguren der Abendländischen Akademie längst einig; die Mitarbeit der SPD wird gebraucht, weil man fürchtet, das Volk könnte zu früh mißtrauisch werden, und weil man vorerst noch an der Aufrechterhaltung einer demokratischen Fassade interessiert ist, die den Sturz in die klerofaschistische Diktatur verhüllen und den Wähler so lange übertölpeln soll, bis man seiner nicht mehr bedarf. Die Stunde ist da, in der die Opposition begreifen muß, was mitzumachen ihr hier zugemutet wird, in der sie sich besinnen muß, will sie nicht untergehen.

Und zu dieser Besinnung gehört vor allem, daß sie den Weg zu sich selbst wiederfindet, daß sie sich ihres Herkommens erinnert und sich dessen nicht schämt. Eine SPD, die ihrer Sache nicht völlig sicher ist, wird niemals Erfolge erzielen; sie wird das Gespött des Kanzlers bleiben. Und mit Recht: denn was ist das für eine sozialistische Partei, deren Abgeordnete altjüngferlich erröten, wenn sie auf ihren Marxismus angesprochen werden? Dabei wäre es eine sehr einfache Sache, sich und den anderen einmal klarzumachen, wo wir heute stünden, wenn es diesen vielverleumdeten Marx und seine Werke, wenn es die Bewegung des wissenschaftlichen Sozialismus nie gegeben hätte! Wo wären Renten, Krankenversorgung, Achtstundentag, Jugendschutz und vieles andere? All diese Einrichtungen mußten der Gesellschaft, den herrschenden Klassen und — leider! — auch den Kirchen abgerungen, sie mußten ertrotzt und erkämpft werden. Nichts wurde freiwillig gegeben! Man wird einwenden, gut, das sei so gewesen, das ist ja nicht zu bestreiten, aber heute, nicht wahr, heute ist der Marxismus erledigt, abgelebt, seine Theorien stimmen nicht mehr. Es vergeht kaum ein Tag, an dem das nicht in irgendeiner Zeitung steht, über einen Sender nachtprogrammatisch verbreitet wird; Lautstärke und Häufigkeit dieser Behauptung ersetzen dabei die Beweisführung, mit einigem Erfolg, wie man sieht, denn sogar in der SPD beginnt man sie zu glauben. Gewiß, auch ich bin der Meinung, daß man bestimmte weltanschauliche Thesen des Marxismus wird diskutieren müssen; die Leugnung Gottes scheint mir dazuzugehören; diese These steht aber ohnehin auf schwachen Füßen und läßt sich, wenn wir einmal von der apologetischen Theologie absehen, die ihr immer neue Nahrung gegeben hat, durch nichts beweisen. (Auch die Existenz Gottes läßt sich natürlich nicht beweisen, sie läßt sich nur bezeugen, und es ist unsere, der Gläubigen,

einzige Aufgabe, das täglich und stündlich zu tun.) Immerhin ist der Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalt des Marxismus noch groß genug, und vielleicht sollte die SPD, statt darüber nachzudenken, wie sie doch noch unauffällig und ohne das Gesicht zu verlieren ihre Zustimmung zu der mörderischen Atombewaffnung erteilen kann, ganz sicher sollte sie, bevor sie den Marxismus auf Anraten der CDU ganz zum alten Eisen wirft, noch einmal die Lage der Menschen in unserer Zeit analysieren. Hat der Kampf der Klassen, der Unterdrückten mit ihren Bedrückern wirklich aufgehört? Steht nicht eine ungeheure Zahl Verelendeter in aller Welt einer unverhältnismäßig geringen Anzahl von Besitzenden und Saturierten gegenüber? Inwiefern, zum Exempel, hat Marx hier also unrecht behalten? Es gibt noch eine Menge solcher Fragen, und es wäre nützlich, wenn man sich in der Sozialdemokratie mit ihnen auseinandersetzte, statt die Erzeugnisse der bürgerlichen Philosophen und Propagandisten wiederzukäuen.

Erst wenn die Opposition dergestalt festen Grund gefunden hat, wird sie den Kampf gegen die drohende klerofaschistische Diktatur und gegen die tödliche Gefahr eines Atomkrieges mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen können. Die Menschen in den Gewerkschaften und Betrieben, auf den Straßen unserer Dörfer und Städte haben Mopeds, Fernsehapparate und Kühlschränke auf Raten bekommen; die Erkenntnis ihrer Situation hat man ihnen vorenthalten. Ihnen die Wahrheit zu sagen und sie zur Verteidigung der Demokratie gegen Atomtod und Diktatoren aufzurufen, das ist heute die große Aufgabe der Opposition. Ob sie es glaubwürdig zu tun vermag, davon hängt alles ab.

Rudolf Pikola

Der nie begangene Weg

„Angesichts der anhaltend kritischen Lage, die sich jeden Augenblick gräßlich entladen kann, dürfen die Guten nicht unbeteiligt und untätig wie stille Zuschauer einer herannahenden, alles umstürzenden Katastrophe ihr gewohntes Leben im alten Gleis weiterführen . . . Jeder Mensch guten Willens muß mit einer des großen Augenblicks würdigen Entschlossenheit prüfen, was er persönlich tun kann und soll und wie er zur Rettung der Welt beitragen kann, die sich auf dem Weg in den Abgrund befindet."

Diese Worte sprach 1952 ein Mann, dessen Name in der ganzen Welt bekannt ist, den Millionen verehren. Vielleicht ist es angebracht, ihn zunächst noch nicht zu nennen, um unbeeinflußt seine Worte auf ihre Richtigkeit hin ansehen zu können.

Es kann wohl nicht geleugnet werden, daß die darin enthaltene Analyse unserer Situation, so kurz sie auch ist, stimmt. Unsere Lage ist anhaltend kritisch, eine weltweite Katastrophe möglich. Ebenso ist die Folgerung daraus unabweisbar: Jeder Mensch müßte sich heute prüfen, was er zur Abwendung der Katastrophe tun, wie er dazu beitragen könnte, einen Weg aus dem Dickicht von Gewalt, Bedrohung und Angst zu finden oder finden zu helfen.

Es scheint zwei Wege zu geben: den der Macht, indem ein „Stärkster" in der Welt die Menschheit zum Frieden, zu ihrem Glück sozusagen, zwingt, und den der Gesinnung, aus der heraus dieser Friede als selbstverständliche Art des Zusammenlebens erwachsen könnte.

Der Weg der Macht wird von den Rivalen der Weltgeschichte täglich praktiziert. Seine Erfolge erleben wir. Da es keinen „Stärksten" gibt, bleibt es bei den ewig (schlecht) bewährten Methoden der Bedrohungen, Hintergehungen, Kriegsvorbereitungen, Rüstungshysterien gemäß dem uralten lateinischen Unsinn „Si vis pacem, para bellum", frei übersetzt: „Wenn du willst, daß keine Atombomben explodieren, stelle Atombomben her!" Der Spießbürger an allen Biertischen der Welt hat diesem Satz schon seit je ernsthaft-entschlossen zugenickt und darauf einen kräftigen Schluck genommen. Er tut es auch heute.

Der zweite Weg: eine neue Gesinnung! Aber was heißt neu? Die jahrtausendealte Weisheit des Fernen Ostens und die Leitsätze des Christentums (das, wie man hört, im Westen verbreitet, ja sogar die tragende Religion sein soll!) — sind bestimmt von dem unumstößlichen Glauben an die Gewaltlosigkeit, ja sie fordern diese Gewaltlosigkeit als die Erfüllung göttlicher Weisungen. Abgesehen von dem 5. der christlichen zehn Gebote, „Du sollst nicht töten!" (Ausführungsbestimmungen im Sinne erlaubter Ausnahmen sind nicht bekannt), wäre hier die Bergpredigt, wären viele Aussprüche Christi, wäre vor allem das Beispiel seines ganzen Lebens anzuführen. Selbst zu P e t r u s , der ihn v e r t e i d i g e n wollte, sagte er: „Stecke dein Schwert in die Scheide!" — Das Schwert, von dem es im Neuen Testament heißt, wer zu ihm greife, komme durch es um.

Also gut, die Gesinnung wäre durchaus nicht neu. Neu aber wäre die Praktizierung dieser Gesinnung, und zwar im großen als Prinzip der Politik. Doch was geschieht?

Die Menschen etwa — um aus unserer uns nächstliegenden deutschen Situation die Beispiele zu nehmen —, die ihre Stimme gegen die Atomrüstung — diese Vorbereitung eines apokalyptischen Verbrechens — erheben, werden angegriffen, beschimpft, verdächtigt, ja sogar die Staatsgewalt wird gegen sie mobilisiert, wie es in München unter einem geradezu lächerlichen juristischen Vorwand gegen den Schriftsteller Hans Werner R i c h t e r geschah. Sie werden ausgepfiffen, und man verläßt unter Protest ihre Reden, wie es Stefan A n d r e s in Bochum erlebte. Und in welchen Karteien sie die Ehre haben, erfaßt zu sein, dies auszumalen bedarf es keiner regen Phantasie.

Aber auch sonst wird jeder, der heute gegen die Atomrüstung im privaten Kreise redet oder Aktionen organisiert, sofort als Panikmacher hingestellt, und man weiß nicht, worin in dieser Einschätzung noch der Unterschied besteht zu den entsprechenden Termini technici des Dritten Reiches, als von den „Meckerern" und „Miesmachern" ein gerader Weg zu den „Volksschädlingen" und „Hochverrätern" führte. Man muß wahrhaftig fragen: Woher kam damals die wirkliche Panik? Von den Leuten, die vor dem Krieg und der Politik der Stärke warnten — oder von denen, die Anlaß gaben, daß die Luftschutzsirenen heulten, daß die Menschen in den Kellern saßen, von deren Wänden der Mörtel bröckelte, wenn die Bomben barsten, daß Frauen und Kinder in brennenden Häusern verkohlten und die Schreie der Erstickenden unter den Trümmern erstarben?

Nun hat das höchste deutsche Gericht sogar festgestellt, daß das Volk in unserer Demokratie (Volksherrschaft) nicht gefragt werden darf, ob es die vom Bundestag (und Mr. D u l l e s) beschlossene Atomrüstung will. Es lebe der Paragraph! Somit handelt auch derjenige richtig, der ein ertrinkendes Kind

nicht aus dem Wasser holt, weil am Ufer eine Tafel steht, die (unter Angabe der einschlägigen Verordnung) verbietet, hier zu baden.

Wie gesagt, wir bleiben also bei den ewiggestrigen Methoden. Wir treiben seit Jahrhunderten Politik, indem wir Kriege vorbereiten, führen und verlieren (denn die Völker verlieren sie immer). Wir sagen wie eh und je, wir könnten den Frieden nur durch Rüstungen erhalten, obwohl wir es nicht nur im Geschichtsbuch gelesen, sondern in kurzer Zeit sogar zweimal selbst erlebt haben, daß Millionen von Toten, Verstümmelten, Kranken, Witwen, Waisen, zerstörte Länder, verwüstete Ordnungen das Ergebnis sind. Bei all dem aber, bei diesem blutigsten Anschauungsunterricht der Jahrhunderte, bringen wir es nie fertig, zu sagen: „Jetzt versuchen wir es einmal ganz anders!"

„Wenn wir weiterleben wollen, müssen wir uns wandeln!" sagt ein bekannter Philosoph — und das ist ja auch nichts anderes, als was in den einleitend zitierten Worten zum Ausdruck kommt, die vom derzeitigen Oberhaupt der Katholischen Kirche, Papst P i u s XII., gesprochen wurden.

Aber wer zieht die Konsequenz daraus? Die Worte der Mahner aller Zeiten und Völker kommen einem zuweilen vor wie die Klassikerausgaben mit Goldrücken in den Bücherschränken unserer guten Bürger: man ist stolz auf sie, man fühlt sich durch ihren Besitz sogar selbst ein wenig gehoben und veredelt — aber man liest sie nie.

Nehmen wir unsere christlich-bundesdeutsche Öffentlichkeit! Wie wenig Bereitschaft zu neuen Wegen, zu Wagnissen des Friedens! Das geht bei der Predigt vor dem Veteranenverein an, wo vom verpflichtenden Einsatz für Heima Volk und Familie (der Führer ist weggefallen) die Rede ist, und hört bei d Bundestagsdebatte auf, in der man erfährt, daß, wie immer, der Zweck di Mittel heiligt, sogar die verbrecherischsten Mittel, die es je gab. Und oben drein stellen sieben katholische Moraltheologen fest, die Verwendung vo atomaren Kampfmitteln widerspreche nicht notwendig der sittlichen Ordnung und sei nicht in jedem Falle Sünde!

Sind das neue Wege? Die theologische Rechtfertigung der Waffenanwendung ist im Gegenteil so alt, wie es Priester gibt, und war seit je die Pervertierung jeder Religion.

Freilich, nun heißt es immer wieder — ob gedanken- und lieblos nachgesagt oder aus ehrlicher Sorge heraus vorgebracht: Der Weg der Gewaltlosigkeit, der vernunftgeleiteten Humanität ist ein zu großes Risiko, als daß man sich darauf einlassen könnte.

Aber nun frage ich: Kann denn noch Schlimmeres geschehen als daß, wie im letzten Weltkrieg, 55 Millionen Tote das Ergebnis sind? 55 Millionen! Wollte man jedem dieser sinnlos gemordeten Menschen nur eine der beliebten Gedenkminuten widmen, so bräuchte man dazu 916 666 Stunden, das sind 38 194 Tage oder 105 Jahre. Nein, höher ist das Risiko bestimmt nicht, wenn man den anderen Weg einmal begeht, den Weg des Verzichts auf Gewalt. Verhandeln, reden, „auch mit dem Teufel reden", wie Stefan Andres es in seiner Bochumer Rede formulierte, aber nicht mit dem Schwert in der Faust reden, das jeden Augenblick loszucken kann! Wenn sich Techniker über den Bau einer Brücke, Wirtschaftler über einen Kaufvertrag unterhalten, tun sie es ja auch nicht mit entsicherter Pistole in der Hand. Nur die Politiker tun das immer wieder — und immer wieder lösen sie die Katastrophe aus.

Wagt doch einmal den Frieden, ihr Politiker, z u g u n s t e n der Völker, nachdem ihr immer nur den Krieg a u f K o s t e n der Völker gewagt — ach was, gewagt! — angestellt habt! Wenn ein Arzt feststellt, daß eine bestimmte Therapie immer wieder zum Mißerfolg führt, wenn ein Physiker beobachtet,

daß ein Experiment unter bestimmten Umständen nie gelingen kann, werden sie dann nicht, soweit sie im Gebrauch ihrer Vernunft sind, nach neuen Methoden greifen? So auch wir: Wenn wir aus der Geschichte gelernt und selber erlebt haben, daß bestimmte politische Methoden immer wieder und sogar zu immer größeren Katastrophen führen, müssen wir dann nicht wirklich „mit einer des großen Augenblicks würdigen Entschlossenheit prüfen", welche neuen Wege, welche vielleicht noch nie begangenen Wege wir zu gehen gezwungen sind?

Dr. Günther Anders

Der Sprung

Betrachtungen zur atomaren Situation

§ I Via Allmacht zur Großmacht

Bis heute hatte der Unterschied zwischen den „Weltmächte" genannten Großstaaten und den nicht in diese Klasse gehörenden als eine wirklich qualitative Differenz gegolten. Mit Recht. Denn das territoriale, das Bevölkerungs-, das industrielle, das Export- kurz: das Macht-Potential der Großen überstieg das der Mittel- und Kleinstaaten um ein so vielfaches, daß es durchaus rechtmäßig und sinnvoll war, für die Verwandlung, die ein zum Großstaat aufrückender Staat durchmachte, den Hegelschen Ausdruck „qualitativer Sprung aus der Quantität in die Qualität" anzuwenden.

Aber ich sage: „war". Denn das Zeitalter, in dem diese qualitative Unterscheidung rechtmäßig gewesen war, schein nun sein Ende zu nehmen. Und zwar deshalb, weil unterdessen eine neuer Sprung stattgefunden hat. Und dieser Sprung, der sich vor dreizehn Jahren, am Tage der Bebombung von Hiroshima und Nagasaki, ereignet hat, war nicht nur ein neuer Sprung, sondern ein Sprung neuer Art; einer von so unerhörter und so ungeheuerlicher Art, daß es irreführend sein würde, ihn unter die uns gewohnte Klasse der „Sprünge in die neue Qualität" zu subsummieren. Neu war seine Art insofern, als er einen Sprung ins Absolute darstellte. Und weil er sich als solcher von den uns vertrauten „Sprüngen in die neue Qualität" noch einmal unterschied; wenn man will, selbst noch einmal auf qualitative Weise.

Was meinen wir mit dem Ausdruck „Sprung ins Absolute"?

Unseren Gottes-Status: die Tatsache, daß wir durch den Besitz der „Atomwaffen"[1]) Omnipotenz gewonnen haben. Denn der neue Sprung, um den es

[1]) Dieser Ausdruck wird hier nur mangels angemessenen Vokabulars mitbenutzt. Inwiefern es sich nicht mehr um „Waffen" handelt, siehe d. V. „Die Antiquiertheit des Menschen", S. 247 ff.

sich handelt, ist der aus dem Großmacht-Status in den Allmacht-Status[3]).

Natürlich, ein im theologischen Sinne vollständiger „Gottes-Status" ist unserer nicht. Daß er die Allmacht der Schöpfung nicht einschließt, ist evident. Dennoch handelt es sich — und das ist ungeheuerlich genug — um „Allmacht" mindestens im negativen Sinne; d. h. insofern, als es nun in unserer Hand liegt, apokalyptisch über das fernere Sein oder Nichtsein des Menschengeschlechts (vermutlich sogar allen irdischen Lebens) zu entscheiden. — Politisch bedeutet das — denn mit dem Wörtchen „wir" sind nicht die Privatpersonen Sie oder ich bezeichnet, daß, während es früher zum Wesen politischer Gebilde, wie groß diese auch immer gewesen sein mochten, gehört hatte, daß ihr Machtpotential limitiert blieb, ihr Machtpotential nun schrankenlos geworden ist.

Diese Tatsache kann aus vier verschiedenen Richtungen beleuchtet werden. Jede dieser Beleuchtungen macht eine Absurdität sichtbar.

1. Absurdität: Das in infinitum gesteigerte Infinitum

Im metaphorischen Sinne „schrankenlose Macht" hatte es auch früher gegeben, z. B. in Kolonialkriegen, in denen das Machtpotential des Eroberers die Waffenkraft der Eingeborenen um ein so vielfaches überstieg, daß es diese dadurch zum (relativen) Nichts reduzierte. Um diese metaphorische Schrankenlosigkeit handelt es sich heute nicht. Das Machtpotential, das heute ein Staat gewinnen oder besitzen kann, ist nicht nur im Verhältnis zu diesem oder jenem Gegner, also relativ, sondern absolut das größte. Das „absolut größte" besagt:

a) daß der Besitz eines größeren Machtquantums undenkbar ist;

b) daß ein größeres Machtquantum in Wahrheit gar nicht größer wäre als dasjenige, das man bereits besitzt; weil zum Beispiel der Eigentümer von 4000 Wasserstoffbomben[3]) nicht mehr besitzt als der Eigentümer von 2000; weil jeder Staat, der über einen gewissen Mindestvorrat von atomaren Waffen verfügt, damit bereits allmächtig ist.

Daß dieser Gedanke dem Denken logische Schwierigkeiten bereite, kann man nicht behaupten. Aber auf Widerstände anderer Art stößt er offensichtlich. Jedenfalls kann er sich nicht durchsetzen. Umgekehrt gilt es, trotz der Absurdität dieser Analogie als selbstverständlich, daß sich diese Allmacht genau so akkumulieren und „verbessern" lasse wie die Qualität anderer heutiger Produkte; daß das Infinite in infinitum gesteigert werden könne. Bedenkenlos (das heißt: ohne auch nur zu ahnen, daß man sich eines Analogieschlusses bedient), schließt man also von der Regel, die für die meisten normalen gestrigen und heutigen Produkte gilt, auf die völlig andersartigen „absoluten" Produkte von heute, die eine völlig neue (sowohl theoretische wie praktische) Behandlung erfordern.

An anderem Orte haben wir die These aufgestellt[4]), daß der heutige Mensch außerstande sei, sich dasjenige, was er effektiv herstelle, in seinem wirklichen Ausmaß und in seinen wirklichen Effekten vorzustellen: daß er, da er seine heutige Produktion mit gestrigen Kategorien und Behandlungsmodis bewältigen zu können glaube, „antiquiert" sei; und daß dieses „prometheische Gefälle" zwi-

[2]) Die Ausdrücke „Gottes-Status" und „Omnipotenz" klingen natürlich sakrilegisch. — Wenn ich betone, daß ich sie nur deshalb gewählt habe, so bedeutet das natürlich nur, daß ich einen sakrilegischen Zustand, der als solcher verborgen bleibt, durch die Verwendung der prononzierten Vokabeln als sakrilegisch offenbar zu machen und anzuprangern wünsche. Da es seit einem Vierteljahrhundert zu den beliebtesten demagogischen Kniffen gehört, Diagnostikern dasjenige, worauf sie ihre Finger legen, als Schuld anzukreiden, ist es wohl ratsam, der vermeintlichen Mißdeutung zuvorzukommen.

[3]) Die Ziffern sind beliebig.

[4]) Siehe l. c. S. 17 ff.

schen seinen zwei Vermögen „Herstellen" und „Vorstellen" das Wesen, bzw. die skandalöse Wesenslosigkeit des heutigen Menschen ausmache. Seine Bemühung, das von ihm selbst produzierte „Infinitum" in infinitum zu steigern, ist ein zusätzlicher Beweis für die Richtigkeit unserer These, mindestens eine neue Illustration.

2. Absurdität: Die Pluralität der Allmacht

Die durch Besitz der „Atomwaffen" gewonnene Omnipotenz liegt nicht in der Hand eines einzigen Staates. Seit die USA das atomare Monopol eingebüßt haben, ist die Allmacht zur Qualität anderer Staaten geworden; ist sie „pluralisiert" worden. Philosophisch bedeutet das: Da mehrere Mächte die größtmögliche Macht innehaben, gibt es keinen „Größten" Mehr; der Superlativ ist sinnlos geworden. Und da man schließlich zwischen „größerer" und „kleinerer Allmacht" auch nicht unterscheiden kann, der Komparativ ebenfalls. Der Wettlauf zwischen den Partnern oder Gegnern, der, da die Allmachteigentümer offenbar noch immer „nicht wissen, was sie haben"[5]), das Ereignis des letzten Jahrzehnts dargestellt hat, ist ein absurder Kampf, mindestens zu einem solchen geworden.

3. Absurdität: „Via Allmacht zur Großmacht"

Staaten, die in jeder anderen (nicht atomaren) Beziehung klein, ja unvergleichlich viel kleiner sind als andere, könnten durch Erwerb dieser Allmacht die gleiche Macht wie die Großmächte zu erringen suchen; was sie ja bereits tun. Der Fall Frankreich (aber nicht nur dieser) zeigt, daß Staaten, die aus der Großmachtklasse abgesunken sind und vermutlich nicht mehr in der Lage wären, diesen Stand wieder zu erreichen; die andererseits dieses voratomare politische Ziel heute noch für erstrebenswert halten, bereits darangehen, den Großmachtstatus auf dem Umwege über den Allmachtstatus, also das relativ Große auf dem Umwege über das absolut Große zurückzugewinnen. So absurd dieser Umweg scheint, die eigentliche Absurdität besteht darin, daß dieser Weg gangbar ist. Das heißt: daß sie, die unfähig wären, sich das relativ Große, also den Großmachtstatus im traditionellen Sinne mit Hilfe traditioneller Mittel anzueignen, effektiv in der Lage sind, das absolut Große zu erwerben. Denn dieses zu erwerben, ist ja lediglich eine technische Aufgabe, die heute von jedem industriell und wissenschaftlich entwickelten Staate, morgen also von jedem, gelöst werden kann.

Diese Aktion „via Allmacht zur Großmacht" hat z. B. de Gaulle ausdrücklich zu seinem Programm gemacht. Es versteht sich, daß, was heute Frankreich recht ist, morgen jedem anderen Staate billig sein wird[6]): daß also dieser Weg allgemein versucht werden wird.

Heute gilt zwar noch, daß die Großmächte das Monopol der Allmacht besitzen, heute ist zwar die Gleichung „Großmacht = Allmacht" noch in Geltung; aber morgen wird vermutlich, trotz aller Versuche, diese Gleichung zu verewigen, eine weit diabolischere Gleichung herrschen, nämlich die Umkehrung der bisherigen. Nicht: „Jede Großmacht ist atomare Macht" wird die morgige Gleichung lauten, sondern: „Jede atomare Macht ist Großmacht." Jede Macht: denn ob ein Staat, wenn es ihm gelungen ist, im Bereich der Omnipotenz zu landen, seinen Sprung vom Sprungbrett eines Großstaates oder von dem einem Kleinstaates aus

---

[5]) Dieses „Sie wissen nicht, was sie haben" ist die heutige Form des „Sie wissen nicht, was sie tun".

[6]) „Billig" sogar, wie Ed. Teller neulich triumphierend mitgeteilt hat, in finanzieller Hinsicht. Der heutige Fortschritt besteht darin, daß der mögliche Weltuntergang immer preiswerter wird.

gemacht hat, danach wird dann niemand mehr fragen, weil es dann keine Unterschiede mehr geben wird, weder quantitative noch qualitative, die nicht durch die erreichte Allmachtsfülle zu quantités oder zu qualités négligeables geworden sein werden.

Was die Religionen seit eh und je ausgesprochen hatten: daß vor der Allmacht Gottes die Machtdifferenzen und die Größenunterschiede zwischen Königen und Bettlern verlöschen, das wird dann auch vor der Allmacht, deren Eigentümer wir sein werden, gelten. Vor dem Thron derer, die die Allmacht innehaben, werden die Machtdifferenzen, die früher zwischen den Kleineren bestanden hatten, zu infinitesimalen Werten zusammenschrumpfen; alle „have nots" werden das Dasein von Kreaturen, von geduldeten morituri führen, die, nicht anders als unter totalitärem Terror, nur deshalb noch sein werden, weil ihre politische oder physische Existenz zufälligerweise nicht oder noch nicht liquidiert worden ist.

In alltäglicher Sprache bedeutet das alles:

Ein Luxemburg mit Atombomben — absichtlich wähle ich das absurdeste Beispiel — ist mächtiger als ein Frankreich ohne sie: Frankreich wäre nur geduldet. Wer immer die in dem Gerät konzentrierte Allmacht erwirbt, der ist nun Großmacht; und zwar eine, die um nichts weniger groß ist als jeder andere, weil es eben am Absoluten keine Differenz mehr gibt; weil er eben jederzeit in der Lage wäre, jede andere Macht, auch diejenige, die die gleiche Drohung in der Hand hält, durch ein „wenn nicht, dann" total zu erpressen; weil der Eigentümer, auch wenn er keine ausdrückliche Erpressungsformel äußert, durch die einfache Tatsache des Besitzes zum Totalerpresser wird, dazu gemacht wird; weil er durch diesen Tatbestand nicht umhin kann, sich als Erpresser zu benehmen. Denn was man „ist", das hängt heute nicht von dem ab, was man tut oder nicht tut, sondern von dem, was man hat oder nicht hat. Wo es sich aber um das „Haben" der atomaren Allmacht handelt, da ist Haben bereits ein Tun; und zwar dasjenige Tun, das allein zählt. Wenn die Welt in ständiger Angst vor der Vernichtung durch diese oder jene zittert, dann ist, wie privat anständig die Geräte-Eigentümer sich auch fühlen mögen, das Faktum der Erpressung gegeben. Das Absurde ist also, daß, wenn man das Gerät besitzt, moralisch sein objektiv unmöglich ist. Der Konjunktiv, das „man könnte" ist bereits furchtbarste Realität, auch furchtbarste moralische Realität. Der Glaube, die moralische Beurteilung habe erst bei der Verwendung des im Besitz befindlichen Eigentums anzusetzen, ist sinnlos, weil in diesem Falle Besitzen eben bereits Verwenden (nämlich Erpressen) ist.

4. Absurdität: Die Ohnmacht des Allmächtigen

Aber die bisherige Darstellung, nach der es so aussehen könnte, als würden nur die „have nots" erpreßt und entmachtet, ist natürlich ganz unvollständig; nein, sogar total falsch. Denn die Absurdität der Situation besteht darin, daß die Erpresser automatisch auch zu den Erpreßten werden; daß die „have's" um nichts besser dran sind als die „have nots", vermutlich sogar weit schlimmer: denn „Rampen für Raketen sind Untergangsmagneten", das heißt: Die Existenz der Allmachtgeräte lädt zur Attacke ja geradezu ein. Womit gesagt ist, daß (da er die Erpressung der anderen steigert) jeder Erpresser indirekt sich selbst erpreßt.

Schon jetzt ist die Situation der erpreßten Erpresser beklemmend genug. Aber je mehr erpreßte Erpresser es gibt, um so erpreßter wird natürlich die ganze Welt. Es ist plausibel, daß die Chance, dieses bereits bestehende System der

gegenseitigen Erpressung abzubauen, nur dann besteht, wenn die Zahl der Erpresser so niedrig wie möglich gehalten wird[7]).

In anderen Worten: Da jeder Eigentümer der Allmacht den anderen Eigentümer nicht nur total auslöschen, sondern auch von diesem ausgelöscht werden kann, ist jeder nicht nur total mächtig, sondern auch total ohnmächtig. Auch diese Art von Ohnmacht hat es früher niemals gegeben, sondern immer nur relative. Daß die totale Allmacht, da sie zugleich totale Ohnmacht ist, eine Absurdität darstellt, liegt auf der Hand.

§ II Atomarer Totalitarismus

Wir haben die zwei Wörter „schrankenlos" und „Machtpotential" zusammengestellt. Diese Wortverbindung „schrankenloses Machtpotential" klingt uns vertraut. Und zwar auf düstere Weise vertraut: weil sie die Formel ist, mit der wir gewohnt gewesen waren, totalitäre Staaten, und nur diese, zu charakterisieren. Daß ein und derselbe Ausdruck für die zwei verschiedenen Tatbestände verwendbar ist, ja beide betrifft, ist natürlich kein Zufall. Vielmehr hat das seinen Grund darin, daß Totalitarismus und atomare Allmacht ein Paar bilden. Ein für allemal haben wir uns einzuprägen, daß atomare Allmacht das außenpolitische Pendant zum innerpolitischen Terror des totalen Staates darstellt. In der Tat bleibt Totalitarismus, der ja seiner Natur nach erpresserisch und expansionistisch ist, solange unvollständig und stilistisch zweideutig, als er sich genötigt sieht, zur Durchführung seiner außenpolitischen Aktionen noch mit einem Stil vorlieb zu nehmen, der, verglichen mit dem seiner innenpolitischen Maßnahmen, altmodisch und unvollkommen ist. Hitlers Totalitarismus war noch imperfekt. Erst ein atomares Monopol hätte die Krönung des nationalsozialistischen Staates bedeutet: Nämlich die vollkommene Koordinierung und Synchronisierung von Innen- und Außenpolitik, also Terror im globalen Ausmaß. Welch ein Segen es war, daß Hitler damals von den Wissenschaftlern nicht optimal bedient wurde, oder von der Technik nicht optimal bedient werden konnte; daß es ihm nicht gelang, die äußerste Koordinierung (die er mit seinen Raketenabschüssen nach England einzuleiten gedachte) auf die Minute, auf die letzte kriegswichtige Minute zum Klappen zu bringen, darüber sind Worte überflüssig. Aber weltgeschichtlich gesehen, war dieses Mißlingen doch ein Zufall: betrachtet man die Epoche als ganze, dann kann von einem Mißlingen der Koordinierung von Technik und außenpolitischen Zielsetzungen keine Rede sein. Im Gegenteil: diese Koordinierung hat geklappt und sie klappt weiter; und zwar mit solcher Vollkommenheit, daß eine geschichtlich angemessenere, eine genauer nach Maß gearbeitete Physik und Technik gar nicht vorstellbar sind[8]). Vollkommener als die Harmonie, die zwischen dem Stand der Physik und den totalitären Erfordernissen tatsächlich bestand, hätte selbst eine prästabilisierte Harmonie zwischen beiden nicht ausfallen können; und die „Unschuld", mit der die Forschung genau jene Speise im Topfe hatte, nach der der Totalitarismus hungerte, war, auch wenn diese Speise im Falle Hitler nicht ganz zur Zeit gar wurde, einfach haarsträubend. Was Pacual Jordan damals, und zwar mit einer Offenheit, die man ihm niemals

[7]) Also nicht dadurch, daß man, wie es in Bonn geschehen ist, „ich auch!" schreit — und das sogar einige kurze Tage vor dem ersten Experimentverzicht —, was, weltgeschichtlich gesehen, eigentlich überwältigend lächerlich ist. Aber in Wirklichkeit leider gar nicht lächerlich, weil es heute (darin besteht das Tragische der gegenwärtigen Situation) keine Instanzen mehr gibt, vor denen man sich lächerlich machen könnte.

[8]) Natürlich ist diese Formulierung, in der die Politik als die Auftraggeberin und die Physik als die Lieferantin auftritt, einseitig. Das Verhältnis ist reversibel; das heißt: Nicht nur ist die jeweilige Technik die Technik der jeweiligen Politik; sondern die jeweilige Politik auch die Politik der jeweiligen Technik.

vergessen sollte, aussprach: Nämlich daß „Sinn und Bedeutung der physikalischen Forschung — mag sie auch von ihren Schöpfern und Verehrern oft um ihrer selbst willen ... wertgeschätzt werden — unverrückbar gegeben sind durch ihre Rolle als technisches und militärisches Machtinstrument" (gesperrt im Original)[9]), dafür hatte die Physik, ohne daß sie ein derartiges Programm nötig gehabt hätte, ohnehin Sorge getragen. Und heute haben wir nunmehr des Totalitarismus' „zweiten Teil" vor uns: einen Modus der Außenpolitik, der seinerseits (abgesehen von der Drohung mit Total-Liquidierung) jederzeit damit droht und jederzeit den Versuch machen kann, auch Totalitarismus im herkömmlichen, also innenpolitischen Sinne nach sich ziehen; so wie dieser jederzeit damit gedroht hatte, „total" zu werden, also sich zur atomaren Außenpolitik zu erweitern.

Unsere Epoche kann als ganze allein dann verstanden (und dann bekämpft) werden, wenn wir die zwei Terrorformen als verschwistert begreifen; und wenn wir erkennen, daß es, im großen gesehen, nahezu gleichgültig ist, ob der außenpolitische Terror dem innenpolitischen nachfolgt oder ob er diesem vorausgeht. Dieser zweite Fall hatte zum Beispiel in den Vereinigten Staaten gedroht. Denn die unter McCarthy rapide sich entwickelnden innerpolitisch-totalitären Tendenzen waren weitgehend die Folgen des damaligen atomaren Monopols Amerikas gewesen; ohne dieses Monopol hätten sie jedenfalls niemals diejenigen Chancen und diejenige Virulenz gehabt, die sie tatsächlich hatten.

§ III Das Ende des Politischen

Natürlich ist die politische „Allmacht" ein weit mehr als politisches Faktum. Ob es überhaupt jemals „nur politische" Fakten gegeben hat, mag dahingestellt bleiben. Heute jedenfalls gibt es sie nicht. Und der Glaube, heute, im „Zeitalter des Schrankenlosen" könnte man Tatsachen als „rein politische" gar als „rein taktische" behandeln; man könnte sich bei deren Diskussion darauf beschränken, sich innerhalb der Schranken dieser angeblich von anderen Provinzen schön säuberlich geschiedenen Kompetenzgebietes des „Politischen" aufzuhalten, dieser Glaube ist nicht nur beschränkt, vielmehr definiert er geradezu die Beschränktheit von heute. Und diese Beschränktheit von heute ist um so verhängnisvoller, als sie nicht so sehr einen intellektuellen Defekt darstellt, sondern — was viel fataler ist — einen der Phantasie, ja einen totalen: also einen charakterlichen Defekt. — Wenn Spitzenmänner der heutigen Politik ihren Spezialstolz darein setzen, diesen Defekt öffentlich auszustellen, ja biedermännisch mit ihm zu protzen, so vermutlich deshalb, weil sie (in unserem Spezialsinne) zu „beschränkt" sind, um sich von dem Umfang und den Folgen ihrer Beschränktheit ein Bild zu machen. Die Größe einer Stupidität ist stets proportinal zu der Größe der nicht-gesehenen Konsequenzen. Und die heute nicht gesehenen Konsequenzen sind, wie gesagt, grenzenlos.

In anderen Worten: Zum Wesen der schrankenlosen Macht, deren Eigentümer wir, bzw. unsere Staaten geworden sind, gehört es, daß sie auch die Schranken des Kompetenzgebietes „Politik" durchbricht. Nicht nur Atome pulverisiert die Tatsache der Kernspaltung, sondern auch die Wände der Kompetenzgebiete. Es gibt keine, mit der Anwendung der „Allmacht", also der atomaren Monstra, nicht automatisch mehr als politisch wäre; womit nicht nur gesagt ist, daß jede Maßnahme ein bißchen „unsauber" sei (also, aus ihrem Flußbett tretend, fremde

[9]) „Die Physik und das Geheimnis des Lebens", Braunschweig 1941.

Gebiete ein wenig überflutet), sondern daß ihr Einbruch in fremde, und zwar in alle fremden Gebiete, wesensmäßig zu ihr gehört; daß sie sich durch ihren Effekt grundsätzlich überall einmischt und über alles, sogar das „Sein oder Nichtsein", verfügt. Daher dürfte man sogar (wenn man das Infernalische der Provinz des Theologischen zurechnen darf) formulieren: Es gibt keinen mit den atomaren Monstern zusammenhängenden Schritt, der nicht ins Theologische überspränge. Ins Theologische, weil die mögliche Auslöschung der Menschheit (wenn diese sich überhaupt klassifizieren läßt) nur als apokalyptische Aktion, also mit theologischen Analogieen, klassifiziert werden kann. Als nur theologisch klassifizierbares Ereignis hat sie natürlich mit dem, was man früher naiv als „politische Schritte" bezeichnet hatte, nichts mehr zu tun.

Nichts ist unsinniger als der heutige Usus, den Umkreis des Problems „rein taktisch" abzuschreiten; der Gedanke, das Maßlose oder die Drohung mit dem Maßlosen einzusetzen für kleine Anmaßungen oder für Partialziele; die Hoffnung darauf, die atomare Situation, obwohl sie selbst das Spielfeld ist, auf das die Steine der politischen und taktischen Verhandlung und Befriedigung mit aller Behutsamkeit gesetzt werden müßten, selbst als Stein im Spielfeld der Politik bewegen können — dieser Argumentations- und Aktionsstil, der fast überall herrscht, bei den Fürsprechern atomarer Aufrüstung aber durchweg, bezeugt nicht nur bestürzende intellektuelle Beschränktheit, sondern sie ist empörend, weil der Gedanke, Unendliches für endliche Ziele einsetzen zu können, eben kein primär intellektueller Defekt ist, sondern ein moralischer. Fast noch entsetzlicher als das Bewußtsein von der Existenz des maßlosen Gerätes ist der Gedanke an die Beschränkten und Mittelmäßigen, die es wagen, über das Gerät nicht nur zu reden, sondern über dessen Sein und dessen Verwendung zu entscheiden; das Bewußtsein also, daß wir in der Hand von Mediokren liegen, die Gott vertreten.

Gerade da es Mediokre sind, die über das Gerät verfügen, ist die immer wieder geäußerte Hoffnung darauf, daß die Eigentümer der Bomben durch die Größe der Bedrohung, die sie in der Hand halten, automatisch selbst eingeschüchtert würden, ganz und gar unberechtigt. Machtpsychologisch ist diese Hoffnung naiv. Was zutrifft, ist vielmehr das Gegenteil. Nicht nur deshalb, weil jede Waffe durch ihren Besitz bereits „trigger happy" macht; sondern weil es eine Regel gibt, die, wenn sie ausgesprochen würde (bisher ist sie niemals ausgesprochen worden), geradezu das Gegenteil von dem besagt, was dieses Beruhigungsargument uns weismachen will. Diese Regel könnte man als die der „akkumulierenden Hemmungslosigkeit bei akkumulierender Macht" bezeichnen. Sie besagt, daß Hemmungen davor, von Macht Gebrauch zu machen, um so geringer werden, je größer die Macht ist, die man in Händen hält. Dieses Gesetz wurzelt in der bereits erwähnten Tatsache des „Prometheischen Gefälles": also darin, daß wir als „Vorstellende" dem, was wir selbst herstellen „anstellen" können, nicht gewachsen sind; daß Effekte um so mehr an Vorstellbarkeit einbüßen, je größer sie werden; daß man z. B. weniger Hemmungen hat, hundert Menschen pauschal zu liquidieren, als einen einzigen umzubringen. —

Aber auch diese Überlegung ist noch unzulänglich, sie ist gewissermaßen noch zu optimistisch. Erstens weil Atombomben ja bereits geworfen worden sind; was man gerne vergißt. Zweitens aber, weil als Eigentümer der Geräte Instanzen oder Männer vorausgesetzt werden, die im konventionellen Sinne nicht schlecht sind. Daß diese Voraussetzung immer gemacht werden kann, dafür

spricht natürlich gar nichts. Vielmehr ist es natürlich durchaus möglich, daß einmal irgendwo ein ausgesprochener Verbrecher über Atomwaffen verfügt; und seiner herostratischen Versuchung nicht widerstehen kann. Es gibt nichts unvernünftigeres als auf Vernunft zu spekulieren. —

§ IV Wir sind allmächtig, weil wir ohnmächtig sind

Immer haben wir von dem ungeheuren „Sprung" gesprochen, den wir gemacht haben.

Fraglich ist nur, ob es sich dabei um einen „Sprung" handelt. Womit ich meine: Fraglich, ob der Status, in dem wir uns nun unvermittelt und voller Entsetzen vorfinden, dadurch eingetreten ist, daß wir selbst einen Sprung getan haben. Nicht weniger berechtigt wäre es wohl, im Automatismus des technischen Fortschritts den Schuldigen zu sehen, der uns in den neuen Status hineinkatapultiert und uns springen gemacht hat. Denn wie prometheisch wir auch sein mögen, wir sind eben armselige: nämlich blinde und bremsenlose Prometheiden: Prometheiden, die unfähig sind, zu sehen, was sie tun; und dort halt zu machen, wo sie es gerne täten. Womit nicht nur die „Zauberlehrlings"-Wahrheit wiederholt sein soll: daß wir nämlich ohnmächtig sind, obwohl wir mächtig sind — Situa mächtig geworden sind, weil wir (dem autonomen Motor unserer eigenen Produktion gegenüber) ohnmächtig sind: diesem eben nur unzulängliche Bremskraft entgegensetzen können.

Diesen Gedanken notiere man, denn er ist ein Fundamentalstück dessen, was wir eben „atomare Theologie" genannt hatten. Ich wiederhole daher: Wurzel unserer Allmacht, also unseres „Gottes-Status", ist unsere Ohnmacht.[10])

Natürlich darf dieser Satz nicht als Tröstung dienen. Unsere Katastrophe wird dadurch nicht besser, daß wir in sie nur hineinstolpern. — Und noch weniger dürfen wir den Satz als eine Pille zur Erzeugung guten Gewissens mißbrauchen. Das dürfen wir um so weniger, als wir ja (mindestens Millionen von uns) den neuen Status in demjenigen Augenblick, in dem wir (gleich ob selber springend oder gestoßen) in ihm ankamen, willkommen geheißen haben; und das so lärmend und so ausdrücklich, daß die Bewillkommnung nicht hätte emphatischer ausfallen können, wenn wir in den Zustand aus freien Stücken hineingesprungen wären. Da der Beginn in Bombenabwürfen bestand, die nicht nur (siehe Franckreport) überflüssig waren, sondern sogar mit geistlichem Segen versehen und zum Gegenstand des Nationalstolzes gemacht wurden, muß er moralisch so beurteilt werden, als wäre er ein beabsichtigter Beginn gewesen nicht einer, in dem wir nur zauberlehrlingshaft hineingestolpert wären.

Moralisch am indiskutabelsten sind freilich diejenigen, die einerseits „nicht begehren, schuld daran zu sein", die Schuld vielmehr ausschließlich der Technik bzw. den Wissenschaftlern in die Schuhe schieben; die aber andererseits dasjenige, woran schuld zu sein, sie nicht begehren, zu haben begehren und nun ihre in Unschuld gewaschenen Hände frisch fröhlich und sogar fromm danach ausstrecken. Bekanntlich gibt es ein gewisses europäisches Staatsoberhaupt, das sich nicht gescheut hat, denjenigen Physikern, die vom Gewissen getrieben, vor Atombewaffnung warnten, mit folgendem Argument entgegenzutreten: „Meine Herren, wer hat die Dinger denn gemacht? Ich vielleicht? Aber nun jammern Sie gefälligst auch nicht, wenn man die Dinger auch haben will. Im Übrigen haben

[10]) Wenn auch dieser Satz sakrilegisch klingt, dann gilt, was in der Anm. 1 über Sakrileg gesagt worden ist. — Man beklage sich also nicht über die Formel, da diese nichts anderes versucht, als den Ernst der Situation zu Ende zu formulieren. Sondern allein über die Situation selbst.

Sie auch gar keine Ursache, sich schuldig zu fühlen, denn Sie haben gar kein Recht auf dieses Gefühl, da ja das ‚Haben' oder ‚Nichthaben', um das es jetzt geht, unzweideutig in die Kompetenzprovinz der Politik gehört, in der Sie so wenig zu suchen haben und von der Sie so wenig verstehen, wie ich etwas in der Wissenschaft zu suchen habe und von dieser etwas verstehe. Jedem das seine." — Daß wer im privaten Leben analog argumentieren würde, sich ein für allemal moralisch diskreditieren würde, darüber besteht wohl kein Zweifel. —

Anton Zischka

Sprache und Politik

Zu den besonderen Ereignissen des Jahres 1790 zählen die Chronologien den Russisch-Schwedischen Frieden, die Einteilung Frankreichs in Departements und den Streit Burkes gegen Fox im britischen Parlament. Sie ignorieren dagegen ausnahmslos, was Bismarck „die bedeutsamste Tatsache der modernen Welt" nannte: nämlich die in diesem Jahr endgültig gewordene Tatsache, daß die Amerikaner englisch sprechen.

Heute scheint uns das „selbstverständlich". Aber die erste Bibel der Vereinigten Staaten wurde deutsch gedruckt. Deutsch war die Sprache, in der die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 15. Mai 1776 erstmals im Druck erschien, und deutsch war eine der ersten Zeitungen des Landes geschrieben. Deutsch war Gerichtssprache der Staaten New Jersey und New York (die ja lange niederländische Kolonien gewesen waren), und in Pennsylvanien ordnete die Constitutional Convention von 1789 die Ernennung von sieben deutschen und nur zwei englischen Staatsdruckern an; alle Gesetze wurden da deutsch und englisch gedruckt. Noch 1837 waren Schulen mit deutscher Unterrichtssprache im Staat Pennsylvania denen mit englischer völlig gleichgestellt, ähnlich damals in Ohio und Missouri die beiden Unterrichtssprachen gleichberechtigt. Aber nur mehr als Schul-, nicht mehr als Amtssprachen. Denn wenn auch Washingtons Leibgarde nur deutsch sprach und der Präsident selber von seinem Jugendfreund Christopher Geist fließend Deutsch gelernt hatte; wenn auch 56 Generäle und ganze Regimenter im Unabhängigkeitskrieg nur Deutsch verstanden, bei der Abstimmung über die Staatssprache in der Nationalversammlung, dem House of Representatives, erhielten 1790 Deutsch und Englisch nur mehr gleich viele Stimmen, und der Kommissionsvorsitzende und Speaker, Friedrich August Conrad Mühlenberg, entschied durch seine Stimme zugunsten des Englischen — obwohl sein Vater, Pastor Heinrich Melchior Mühlenberg, der 1748 die erste lutherische Synode Amerikas organisierte, in Einbeck bei Hannover geboren worden war und er selber 1773 bis 1776 die Deutsch-Lutherische Christuskirche in New York leitete.

Ohne diesen Beschluß wäre aus Pfoertzing nicht Pershing, aus Huber nicht Hoover, aus Eisenhauer nicht Eisenhower geworden, und die deutschen Namen und die deutsche Sprache hätten vielleicht auch ein wenig mit-

gewirkt, die amerikanische Politik anders zu gestalten, obwohl es auch die Stimme F. A. C. Mühlenbergs war, die am 29. April 1796 die Annahme des „Jay-Treaty" entschied, das alle damals noch offenen Fragen mit England regelte und das erste britisch-amerikanische Bündnis darstellt.

Es ist also keine leere Spekulation, wenn man sich fragt, wie die Welt heute wohl aussähe, wenn mehr deutsche Lehrer als deutsche Soldaten nach den USA gegangen wären. Und sich an Bismarcks Urteil über die Weltbedeutung des Englischsprechens der Amerikaner zu erinnern, ist heute aktueller denn je, denn leider unterschätzt der „Westen" ja nicht nur alles Geistige überhaupt, bilden wir nicht einmal genug Ingenieure aus, sondern übersehen wir vollends, wie lebenswichtig das Verständnis fremder Mentalitäten für uns wurde und wie schwer psychologische Fehler zu vermeiden sind, wenn man nicht einmal die Sprache der andern kennt.

Dabei ist der „Westen" ja schon dadurch im Nachteil, daß zwar zahlreiche führende Asiaten und Afrikaner in Europa oder Amerika studierten, kein einziger unserer Regierungschefs aber in Asien. Daß Millionen und aber Millionen „Anti-Europäer" unsere Sprachen beherrschen und unsere Mentalität kennen, kaum ein westlicher Führer aber arabische, russische oder gar chinesische Zeitungen lesen, indische oder japanische Sender abzuhören vermag. Zwar litt auch die Sowjetunion eine Zeitlang unter dem Mangel an Sprachgebildeten: Die aus dem Zeitalter der Gouvernanten und Hauslehrer Stammenden waren emigriert oder starben aus, und bis etwa 1940 gab es keinen wirksamen Fremdsprachenunterricht in Rußland. Nicht nur die Nutzung des Auslandswissens wurde immer schwieriger, sondern es wurden auch mehr und mehr psychologische Fehler in der Außenpolitik und in der Propaganda begangen. Das brachte die Besinnung, und „ein überflüssiger, bourgeoiser Luxus" wurde rasch zu einer der Hauptwaffen der SU. Heute ist das 1953 von Aleksandr Nikolajewitsch Nesmejanow, dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, gegründete „Unions-Institut für Wissenschaftliche und Technische Information" von allen Fachleuten als das beste der Welt anerkannt, machen hier 1800 fachlich hervorragend vorgebildete Übersetzer Auszüge aus allen nennenswerten westlichen Publikationen. In Form von jährlich rund 400 000 „Abstrakten" gehen diese Informationen wöchentlich an alle Interessierten, und während die SU so praktisch alles erfaßt, was irgendwo auf der Welt an neuen Ideen oder neuen Erkenntnissen auftaucht, werten die USA nur knapp 200 der 2200 wissenschaftlichen Zeitschriften der Sowjetunion aus.

Wurden als erstes hervorragende Übersetzer und Dolmetscher geschult, so bald aber auch die Fremdsprachenkenntnis der gesamten russischen Intelligenz mit aller Energie ausgeweitet. Gab es 1942 erst etwa 5500 diplomierte Sprachlehrer in der SU (gegen damals z. B. 900 preußische Lehramtskandidaten), so heute mehr als 140 000. Jeder der 2,2 Millionen Hochschüler muß nun mindestens vier Wochenstunden auf Fremdsprachen verwenden; besteht er sein Examen in der obligatorischen Fremdsprache — meist Deutsch oder Englisch — nicht, so wird er zum Staatsexamen erst gar nicht zugelassen. Und wer in einer Dissertation allein Sowjetquellen anführt, fällt heute durch.

Gibt es neben den Sprachklassen der Mittelschulen und Hochschulen zahlreiche Abendkurse und hervorragende Sprachkurse des Rundfunks, so bestehen aber auch besondere linguistische Spezialhochschulen, und das Fremdsprachenzentrum in Irkutsk z. B. gilt als die beste Ausbildungsstätte der Welt für asiatische Sprachen. Neben Lehrern aus den Sowjetrepubliken selber trifft man hier chinesische Professoren und koreanische Gelehrte, Japaner wie Inder und Malaien. Und noch eindrucksvoller ist vielleicht das Leningrader Institut für

Afrikanistik, das der Idanow-Universität angeschlossen ist: Ich kam gerade dazu, wie der junge Bantu-Dozent, der dort Suaheli lehrt, von der angeblichen Undankbarkeit der Afrikaner sprach. „Fast alle Europäer", sagte er, „beklagen sich darüber, daß Bantu niemals ‚Danke' sagen, zumindest solange man ihnen nicht mehr oder weniger energisch ‚Sankyu' — ‚Thank you' — beibrachte. Aber das liegt nur daran, daß es in Suaheli ‚Kuwonga mkoka' — ‚dem Totem danken' — heißt. Man dankt, indem man dem Wort Yo den Totem-Namen der Person anhängt, zu der man spricht, z. B. bei einem Mitglied des Otter-Clans ‚Yo Mbawo' — ‚Dank Dir, Otter' — sagt. Da die Europäer keine Totems haben, wie soll ihnen da ein Bantu danken? Aber wie sie das nicht verstehen, so verstehen sie nichts von Afrika, schwächt sie überall der Fluch des Nichtverstehens aller Andersartigen ..."

Während ich über die Verschmelzung von Suaheli-Unterricht und Unterweisung in Bantu-Psychologie staunte, staunten deutsche Industrielle über ihre jungen Intourist-Dolmetscherinnen, die schwierigste, noch keine zwei Jahre alten technischen Fachausdrücke beherrschten, lobten Chinesen die hervorragend übersetzten russischen Industrieprospekte. Und lernen mehr und mehr Russen alle erdenklichen Fremdsprachen, so ist es aber natürlich auch kein Zufall, daß die größte russische Universität, der neue Wolkenkratzerbau in Moskau, nach Michail Wassilewitsch Lomonosow benannt ist, der seit 1755 die russische Schriftsprache schuf: Heute sprechen und schreiben von den rund 205 Millionen Sowjetbürgern nur rund 160 Millionen Russisch. Nicht nur Burjat-Mongolen oder Kasachen, sondern auch zahlreiche Ukrainer, Balten oder Georgier beherrschen es nicht. Zwang wird nicht mehr ausgeübt. Aber die Vorteile, Russisch, das in allen Sowjetrepubliken „zweite Staatssprache" ist, zu lernen, sind so augenscheinlich, daß die entsprechenden Kurse überfüllt sind. Rundfunk, Ausländersprachlager, reichliche Stipendien und hervorragende Lehrbücher lassen es durchaus wahrscheinlich erscheinen, daß das „Planziel 1965", das 300 Millionen Russischsprechende vorsieht, erreicht wird. Allein in China erhalten ja heute schon mehr als 7 Millionen Russischunterricht, an allen höheren technischen Fachschulen ist es dort obligatorisch.

Weiß Moskau also längst, wie wichtig heute Sprachen sind, so ergab eine Rundfrage in Westdeutschland kürzlich, daß nur jeder Fünfte eine Fremdsprache halbwegs verstand, nur jeder Zwanzigste eine oder mehrere beherrscht. Zwar gibt es statt der zwei deutschen Schulen im Ausland, die 1945 übriggeblieben waren, jetzt wieder mehr als 300, wird nun von Athen bis Tokio und von Bangkok bis Addis Abeba wieder Deutsch unterrichtet. Der Bund, der für diese Schulen 1950 erst 180 000 DM aufwendete, erhöhte inzwischen seinen Beitrag auf 10 Millionen jährlich, aber auch das ist natürlich völlig ungenügend, nur ein Bruchteil dessen, was Frankreich oder Großbritannien aufwendet, von der Sowjetunion gar nicht zu reden.

In den Vereinigten Staaten allerdings ist es trotz der vielen, fremdsprachigen Einwanderer noch weit ärger, denn weniger als 15 Prozent aller Mittelschüler lernen da eine Fremdsprache, nur an der Hälfte aller Mittelschulen gibt es überhaupt Fremdsprachenunterricht. Während vier Zehntel aller russischen Mittelschüler Englisch lernen, gibt es nur an 10 der 25 000 amerikanischen Mittelschulen und Gymnasien Russischunterricht. Marion Folsom gab als Erziehungsminister im Februar 1958 zu, daß heute die USA sprachlich die zurückgebliebensten aller Kulturstaaten sind — und zwischen 1950 und 1958 sank die Zahl der als Sprachlehrer ausgebildeten Hochschulabsolventen weiter um ein Drittel. Zwar sind die berühmten „Berlitz Schools" eine amerikanische Erfindung. Die erste eröffnete Maximilian D. Berlitz (der selber 46 Sprachen

beherrschte) schon 1878 in Providence, und 1957 nahm die Firma für ihre Schallplatten, Lehrbücher und die Kurse in 32 amerikanischen und 150 Sprachschulen im Ausland über 10 Millionen Dollar ein. Aber gerade das ist der Haken: Um sich halbwegs in einer der 37 Sprachen verständigen zu können, die jetzt das New Yorker Berlitz-Zentrum lehrt, sind 60 bis 100 Privatstunden nötig, und die kosten bei „üblichen" Idiomen 300 bis 500 Dollar, bei ausgefalleneren, wie z. B. „Papimento", der westindischen Lingua Franca, die aus Holländisch, Spanisch, Hindustani usw. zusammengestoppelt ist, entsprechend mehr. Auch hier entscheidet die Kaufkraft, nicht das Sprachtalent. Und so sind die meisten Berlitz-Schüler wohlhabende Touristen, wird in Amerika von deren erdrückender Mehrheit Französisch verlangt . . .

England, dessen Massen zwar sprachlich ebenso uninteressiert wie die Amerikaner sind und dessen Führer oft Fremdsprachen nicht verstehen wollten, weil sie das unbeirrter Englands Interessen allein vertreten, durch Dolmetscher stets auch Zeit zum Nachdenken gewinnen ließ; England erkennt heute besser die Notwendigkeiten des Ost-West-Konfliktes, organisierte z. B. im Sommer 1958 einen Austausch von Russisch- und Englisch-Lehrern: British Council und Sowjeterziehungsministerium sandten da erstmals je 30 Lehrer nach Moskau und Edinburgh und planen, diese Zahl sehr bald zu vervielfachen. Dr. G. H. Bolsover, dem Leiter der Schule für slawische und osteuropäische Sprachen an der Universität London, zufolge nahm seit 1937 die Zahl der Universitäts-Russisch-Prüfungen Ablegenden in England um 1500 Prozent zu, und statt vor dem Krieg an 12 kann nun an 40 englischen Schulen Russisch gelernt werden. Allein 1956 wurden 91 Lehrbefähigungszertifikate für Russisch erteilt, statt 1936 nur 4, und statt 526 Russisch-Hörern an Abendschulen gab es nun 1300.

Auch das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein und England dazu eine Ausnahme im Westen. Und wie es heute z. B. in der Bundesrepublik trotz der enorm gewachsenen Bedeutung Ostasiens nur halb so viele Studenten als vor dem Krieg gibt, die Chinesisch oder Japanisch lernen, so vernachlässigen wir Spanisch und Portugiesisch, die Sprachen der „aufsteigenden Welt" Iberoamerika. Spanisch ist dabei schon heute „die zweite Weltsprache", wird in 20 Ländern mit jetzt etwa 165 Millionen Einwohnern gesprochen, von Spanien selber und Mexiko mit je 30 Millionen bis Panama und Costarica mit je nur einer Million Menschen. Die Sprache Cervantes' und Calderons sprechen etwa 2 Millionen in Texas, Neu-Mexiko und andern Südweststaaten der USA, dazu viele Nordmarokkaner und die Eingeborenen Spanisch-Guineas. Zwar umfaßt die „angelsächsische Welt" — Großbritannien und Eire, die Südafrikanische Union, Rhodesia-Njassaland, Australien, Neuseeland, Kanada und die USA mit Alaska — heute auf 23 Prozent der Erdoberfläche noch fast 11 Prozent aller Menschen, während auf Spanien und Portugal ohne Kolonien, auf Mexiko, Mittel- und Südamerika nur 16,4 Prozent des Areals und nur 8 Prozent der Menschen entfallen. Aber Iberoamerika ist katholisch und schon dadurch weit geburtenreicher als Nordamerika, holt sehr rasch auf. Schon 1920 bis 1950 war das Wachstum des spanisch-portugiesisch-iberoamerikanischen „Blocks" mit rund 58 Millionen nur um 2 Millionen geringer als das der Angelsachsen. Spätestens 1970 werden die Spanisch- und Portugiesischsprechenden im „Westen" führen, und mit Recht zog daraus schon 1948 die Madrider Zeitschrift „Mundo Hispanico" den Schluß: „. . . Innerhalb eines halben Jahrhunderts wird die hispanische Welt durch Zahl, materielle Kraft und geistig-moralischen Zusammenhalt eine Schlüsselstellung im Weltgeschehen einnehmen. Eine Tatsache, die schon viel früher Änderungen im Denken und in der Ausrichtung der Weltpolitik bewirken sollte . . ."

Unser Denken ist leider nur selten dynamisch, und so wird Spanisch ebensowenig wie Chinesisch oder Russisch genügend gelehrt. Argentinien ist hundertmal so groß als die Niederlande, Venezuela so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und allein zwischen 1938 und 1956 verzehnfachten sich seine Importe auf mehr als 1000 Millionen Dollar jährlich. Buenos Aires hat heute rund 5 Millionen Einwohner und Mexiko City fast drei. Havanna, Manila und Santiago de Chile sind längst ebenso Millionenstädte wie Madrid oder Barcelona. Aber Spanisch bleibt bestenfalls Wahlfach an einigen Mittelschulen, und ins Spanische übersetzte deutsche Industrieprospekte sind oft so katastrophal wie die ins Russische übertragenen. Nun kommt es natürlich nie allein auf Fläche und Menschenzahl an, die Schweiz ist bekanntlich ein besserer Markt als Argentinien und Westdeutschland — zumindest heute noch — weltpolitisch wichtiger als Brasilien. Aber alle Führenden sollten doch stets daran denken, daß die 13 Hauptsprachen der Welt mit der ungefähren Anzahl der Menschen, die sie sprechen, 1958 folgende waren:

	etwa Millionen		etwa Millionen		etwa Millionen
Chinesisch	650	Deutsch	110	Portugiesisch . .	75
Englisch	260	Japanisch	100	Italienisch	60
Hindustani	170	Französisch	80	Arabisch	60
Spanisch	165	Malaiisch	80		
Russisch	160	Bengali	75		

Malaiisch mag trotz der gleichen Zahl Menschen, die es sprechen, und trotz der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bedeutung Indonesiens heute noch wichtiger als Französisch sein. Aber Arabisch ist längst wichtiger als Italienisch, und daß kaum ein europäischer Politiker es versteht, wurde in Algerien und Marokko so gefährlich wie in Ägypten.

Allerdings, einem Italiener darf man das schwerlich sagen, denn Sprachenfragen sind heute ja noch weit gefühlsbelasteter als politische und soziale, gehören deshalb auch zu den schwerst zu lösenden. Die vor allem von Woodrow Wilson propagierte „Selbstbestimmung" auch der Kleinsten und die antieuropäische Atomisierungspolitik, die 1919 die Friedensverhandlungen von Versailles beherrschte, führten dazu, daß heute 120 Sprachen in Europa gesprochen werden, darunter 38 von mehr als einer Million Menschen. 24 verschiedene Sprachen sind obligatorische Staatssprachen, und keine will sich andern unterordnen. Die Übersteigerung des Nationalgefühls ließ Finnland das Schwedische aufgeben, das seine Kultur und seine Literatur jahrhundertelang beherrschte; ließ Norwegen eine künstliche Sprache, das „Landsmaal", konstruieren, nur um den „dänischen Einfluß" auszuschalten; ließ Litauer, Letten und Esten Deutsch und Russisch verwerfen, und die Tschechen fanden es unter ihrer Würde, vor dem Hinausbeugen aus den Eisenbahnfenstern anders als tschechisch zu warnen.

Vielen mag das alles unwesentlich erscheinen. Aber Worte sind die Werkzeuge der Gedanken: Wer falsch spricht, denkt meist auch falsch. Und nicht früher werden wir in Frieden leben, als bis wir unsere Mitmenschen wirklich verstehen, in jedem Sinn des Wortes begreifen lernen. Das aber beginnt damit, aus erster Hand Eindrücke zu gewinnen: Der Kaiser von Japan und das japanische Kabinett hatten am 27. Juli 1945 das am Vortag in Potsdam redigierte Ultimatum angenommen. Sie kannten es zwar nur durch ihre Radioabhörposten, waren noch nicht amtlich informiert worden, und so antwortete Premierminister Suzuki am 28. Juli der Presse mit „mokusatsu" — „kein Kommentar". Nun kann aber „mokusatsu" auch „ignorieren" bedeuten, falls

man es aus dem Zusammenhang reißt — und diese Bedeutung wählten die amerikanischen Abhörstellen. Hiroshima war die Folge ...

Dürfen wir es darauf ankommen lassen, daß solch ein „Übersetzungsfehler" sich wiederholt? Daß die falsche Einschätzung eines einzigen Wortes das Ende unserer Zivilisation bedeutet? England bekam 1714 eine von der Krone unabhängige Regierung, weil der Hannoveraner Georg I. nicht Englisch konnte. Muß die Welt kommunistisch regiert werden, weil unsere Führenden Russisch sowenig wie Chinesisch verstehen? Es wäre an der Zeit, gründlich über diese Dinge nachzudenken und nicht alle unsere Philologen verhungern zu lassen.

Prof. D. Hans-Joachim Iwand

Ostern bei der russischen Christenheit

(II)

Der erste Teil meines Berichtes über unsere Reise zu den Christen in der UdSSR behandelte nur unsere Teilnahme am Osterfest in Riga. Freilich, das war bereits ein hierzulande kaum vorstellbares Ereignis der Freude und der Fülle zugleich. Ostern in Riga — 13 Jahre nach dem Auslaufen des schrecklichsten aller Kriege, der über die baltischen Staaten gegangen war, das war doch mehr als ein hierzulande üblicher Besuch. Dazu kam die Tatsache, die wir nun mit unseren eigenen Augen feststellen konnten, daß sich das Kirchenwesen der lettischen Lutheraner in den letzten Jahren weiter gefestigt hatte und daß ihr Verhältnis zu der zunehmend erstarkenden orthodoxen Kirche in Lettland ein so inniges und herzliches geworden war, wie das nach den Erfahrungen aus zaristischer Zeit im baltischen Raum kaum denkbar war. Dazu hat neben anderen der eben verstorbene Erzbischof von Riga, Filaret, Wesentliches beigetragen. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, dessen Herzensgüte und ökumenischer Weitblick für den Aufbau des christlichen Lebens viel beigetragen haben.

Aber nun komme ich dazu, von dem russischen Osterfest zu berichten, genauer gesagt von der Feier des russisch-orthodoxen Ostern. Wir haben die Ostertage in Leningrad und Moskau erlebt. Sie werden ein bleibender, tiefer Eindruck für unser ganzes Leben sein. Niemand von uns, die wir diese Tage in höchster innerer Bereitschaft, immer wieder von unseren Begleitern aufs beste betreut und innerlich geleitet, mitgefeiert, mitbegangen haben, wird das dort Erlebte je vergessen. Wir sind nicht als Beobachter dabeigewesen; wer in der russischen Christenheit Ostern in Wahrheit mitfeiern will, kann nicht Beobachter bleiben. Er muß sich mithineinnehmen lassen in die innerste Mitte dieses Geschehens. Denn Ostern in der russischen Christenheit ist immer noch das, was es ursprünglich war: Es ist mehr als ein Stück alter Tradition und mehr als eines der üblichen kirchlichen Feste; es ist d a s christliche Geschehen schlechthin, aus dessen lebendiger Quelle bis heute die orthodoxe Christenheit lebt. Ostern ist für die russische Christenheit die Mitte. Nicht der Karfreitag, sondern die Nacht der Auferstehung Jesu Christi von den Toten ist russisches Ostern.

Ich habe inzwischen oftmals davon zu berichten versucht. Es ist ungeheuer schwer, sich den westlichen Menschen, auch denen, die ein gutes Einfühlungsvermögen mitbringen, darin verständlich zu machen. Es ist, als ob man von einem anderen Stern herkäme. Es geht nicht um das Problem des Politischen. Es geht nicht um die Frage, die die Außenseiter des christlichen Lebens hier gewöhnlich stellen, wie denn der marxistische Staat so reiche und volle Gottesdienste zulassen, wie er diese in seiner Mitte dulden könne und ob — so fragen die Ewiggestrigen zuweilen — nicht derartige reich besuchte Gottesdienste nur für die ausländischen Delegationen veranstaltet und durch befohlene Betriebsangehörige „gestellt" würden (man bedenke: mit Gesang des Nicaenums von der ganzen Gemeinde, ebenso des Vaterunsers und völliger Beherrschung des liturgischen Zeremoniells, und das an Festtagen fünfmal am Tage!) — nun, die Leute, die das heute noch bei uns glauben und sagen, muß man sich selbst überlassen. Denen ist nicht zu helfen — sie sind einfach blind für die Wirklichkeit und werden sie nicht zugeben, auch wenn sie mit ihrem harten Kopf dagegenrennen. Wir sind ja schon genug dagegengerannt!

Aber an solche Unbelehrbare denke ich nicht. Ich denke überhaupt nicht an solche, die bei allen Fragen des christlichen Lebens in der UdSSR sofort ins Politische abgleiten und an die Existenz der Christenheit in Rußland nicht zu glauben vermögen, es sei denn, daß sie diese als Faktor gegen den Bolschewismus bzw. den dortigen Sozialismus ansehen könnten. Alles das sind stark von draußen her bestimmte Bilder und Wertmaßstäbe. Wenn wir uns davon nicht freimachen, werden wir „sehen und doch nicht verstehen". Haben wir uns noch nie überlegt, daß auch unsere christlichen Freunde und Brüder aus dem Osten einige wesentliche Fragen an uns Christen im Westen zu stellen hätten, an dieses vermeintlich christliche Abendland mit seinem seltsamen Gebaren in Vergangenheit und Gegenwart? Wo blieben wir, wenn wir da erst einmal anfingen aufzurechnen! Aber auch abgesehen von dem allem, im innersten Bereich christlicher Gemeinschaft bleibt trotzdem noch eine große Aufgabe zu lösen, wenn wir okzidentalen Christen dem Leben der anatolischen Kirche, der Ostkirche, die seit fast eintausend Jahren von uns getrennt ist, nahekommen wollen. Sicher haben uns die letzten Jahrzehnte viel geholfen. Durch die Emigranten ist uns ein reiches Wissen über das Leben der orthodoxen Kirche, insonderheit ihrer Liturgie, ihrer Gebete und ihrer geistigen Struktur, vermittelt worden. Und doch — das reicht alles bei weitem nicht aus. Das sind Bilder und Gleichnisse, aber wir haben diesmal das Original erlebt. Wir haben Ostern in der russischen Christenheit, und wir haben die russische Christenheit zu Ostern erlebt. Beides in dieser Bezogenheit aufeinander, das erste führt uns heran an das Wunder, an die innere Bewegtheit, an das im ganzen rationalen Abendlande nicht anzutreffende Ereignis der östlichen Ostern! Wir haben hier mehr erlebt und kennengelernt als eine Spielart des Christentums, wir haben einen wesenhaften Einblick und Tiefblick für Ostern, für diese Mitte unserer eigensten christlichen Existenz gewonnen. Das hat uns mit den Christen von dort verbunden. Wo das geschieht, da kann man nicht mehr Beobachter bleiben. Da brechen einfach alle Dämme, da gibt es keinen Zaun mehr zwischen hier und dort, zwischen Ost und West, da zündet es wie ein Blitz, der über das ganze Feld hin leuchtet, und wir sehen uns in seinem überhellen Schein, wir hier und sie dort, wir sehen mit Scham, wie weit wir uns getrennt haben, und wissen — das haben wir aufs deutlichste in uns aufgenommen —, wir müssen die Grenzen durchbrechen, wir müssen zueinanderkommen, wir dürfen die Gunst dieser Stunde, dieser Begegnung nach jahrhundertelangem Fernesein nicht verschlafen, sie darf nicht ungenutzt vergehen. Etwas von den Möglichkeiten, von den überwältigenden Möglichkeiten

dieser neuen Nähe leuchtete in all den Ostergottesdiensten auf, die wir dort mitfeiern konnten. Nicht nur bei uns. Die Hände von der anderen Seite waren nach uns ausgestreckt, von den Menschen in der Kirche, von den Priestern und Theologen, auch von den Führern dieser Kirche — der Patriarch hat es uns am letzten Tage noch einmal wie ein Vermächtnis mit auf den Weg gegeben —, und wir haben diese Gemeinschaft im Glauben mit Freuden bejaht, sie ist uns erschienen wie ein Geschenk und ein Symbol, eine hoffnungsfreudige Vorwegnahme für das, was — wenn Gott Gnade gibt — unsere Kirchen und Völker in der offenstehenden Zukunft erfahren werden. Dann erst werden wir das Schreckliche hinter uns haben, was mit 1914 begann! Von dieser Höhe aus, wie auf einem Berge, von dem aus man weit nach vorn schaut, haben wir das Osterfest mit der russischen Christenheit gefeiert. Und wenn es auch in unserer Zeitschrift etwas seltsam klingt — lassen Sie es mich doch einmal sagen, denn sonst kann ich nicht sagen, was wirklich dort geschehen ist: Das Fest der Auferstehung Jesu Christi und der Auferstandene selbst, sie haben uns geholfen, unsere Augen der Liebe und dem Frieden und damit dem Neuen zuzuwenden, das uns aufgetragen ist, einer neuen Epoche, die unter uns hier auf Erden im Anbruch ist.

Und doch — so schwer es ist, im Westen vom russischen Ostern zu berichten, es gelingt zuweilen. Es hat Versammlungen gegeben, in denen das glückte. Wir befinden uns ja erst im Anfang der Begegnung. Die Menschen müssen möglichst unvoreingenommen sein, nicht allzusehr theologisch festgelegt im westlichen Sinne. Sie müssen demütig sein und einen Sinn dafür haben, daß in dieser russischen Christenheit auf ihrem nicht leichten Wege durch die Jahrhunderte hindurch etwas behütet und bewahrt worden ist, etwas Wesentliches und Köstliches, das wir im Westen so nicht haben, vielleicht so nie gehabt haben und das sich uns nun wie die andere Seite ein und derselben Sache köstlich anbietet als Fülle, als Komplement unseres eigenen christlichen Daseins. Es geht um mehr als um die Überwindung der letzten paar Jahrzehnte. Es geht um eine totale Drehung unserer abendländischen christlichen Geschichte. Vieles von dem Schrecklichen der letzten Jahrzehnte dürfte geschehen sein, weil zwischen der Christenheit hier und der anderen dort eine Mauer aufgerichtet war, ein Graben bestand, der in all den Jahrhunderten nicht zugeschüttet werden konnte. Vielleicht hat das Beben in Europa, das unsere Generation erlebt hat und noch erlebt, hier seinen tiefsten Sinn: Dieser Graben mit all dem Schrecklichen, was aus seiner abgründigen Tiefe nach oben gestiegen ist, dieser Graben mit all dem Lieben und Kostbaren, das in ihn hinabgesunken ist — man denke an die Opfer der letzten Kriege, an die kostbare Jugend, an das vergossene Blut auf beiden Seiten —, er muß endlich zugeschüttet werden. Wahrscheinlich hängt unser aller Leben ganz schlicht davon ab, daß er zugeschüttet wird. Daß er zugeschüttet wird so, wie er nicht mehr da war, als wir in der Mitte der russischen Christenheit das Fest des Auferstandenen erlebten. Da war der Tod wirklich verschlungen in den Sieg!

Nun aber zur Sache. Wir kamen an einem Montagnachmittag in Leningrad an. Wir flogen über den noch eisbedeckten Peipussee, über das Gebiet der Estnischen Republik. Auf einmal sahen wir das Meer. Es war hellste Abendsonne, die alles in Licht badete. Bald lagen unter uns die Kuppeln des Leningrader Observatoriums. Bis hierher waren die „Faschisten", wie unsere russischen Freunde später sagten, gekommen. Wir sind hinausgefahren und haben das Gräberfeld gesehen, das hier, auf den letzten Anhöhen vor Leningrad, noch heute Zeugnis von dem jahrelangen Ringen um diese Stadt ablegt. Wozu? Was für furchtbare, sinnlose Leiden birgt diese Stätte! Ob unsere Generation schon reif dazu ist, in Verstehen und Hoffnung dieses hinter sich zu lassen? Aus diesen Gedanken,

die mich beim Heruntergehen unseres Flugzeuges auf den großen Leningrader Flughafen bewegten, wurde ich durch die Anwesenheit unserer Freunde, die erschienen waren, uns in Empfang zu nehmen, schnell herausgerissen. Da war große Freude. Da stand Professor Parijskij, uns in Bonn längst vertraut durch seine Vorlesungen, neben ihm der Rektor der Akademie, Speranski, und die anderen Professoren und Dozenten. Da waren die Vertreter des Metropoliten, die führenden Männer der Kirche von Leningrad. Mit großem Gefolge fuhren wir ein in die herrliche Stadt Peters des Großen, die jeden überwältigt, der sie wieder betritt. Wie ist diese Stadt voll von Erinnerungen an eine große Epoche, Denkmälern, Kirchen, Palästen und Museen. Leningrad ist und bleibt das Fenster Rußlands nach dem Westen. Mitten in der Stadt steht noch die kleine Hütte, in der Peter der Große zunächst lebte, um von hier aus den Aufbau der Stadt zu leiten. Dann ist da sein Standbild, der „eherne Reiter", dem Puschkin mit seiner Ballade zur Weltberühmtheit verholfen hat. Aber ich darf nicht anfangen, von Leningrads architektonischen und künstlerischen Herrlichkeiten zu erzählen, von der schwarzen Newa, von den mit Pariser Plätzen konkurrierenden freien weiten Räumen vor dem Winterpalais, dem Admiralspalast, der Isaakskathedrale. Leningrad ist eine großartige Stadt. Man kann in ihr froh werden! Wir hatten leider wenig Zeit für diese „weltlichen" Aspekte. Noch am Abend empfing uns der neue Metropolit Eliphcri in seinem Palais. Das liegt im Alexander-Newski-Kloster, auf dessen Friedhof Dostojewskij begraben liegt. Vor drei Jahren lebte hier Metropolit Gregor, der den Aufbau der geistlichen Akademie und des kirchlichen Lebens in der durch 900 Tage Belagerung schwer mitgenommenen Stadt geleitet hatte. Er hat noch in seinem hohen Alter Bleibendes geschaffen. Heute steht sein Sarg in der Kapelle des neuen Metropoliten, der uns an diesem Abend in die reiche Geschichte der Petersburger Metropoliten einführte. Vor 1917 gab es lange Zeit keine Patriarchen, seit Peter der Große die Krone des Zaren und die des Patriarchen in eine zusammengefügt hatte, und erst seit der Wahl des Patriarchen Tychon im Jahre 1918, erst seit der nunmehr eingeführten Trennung von Staat und Kirche gibt es wieder das selbständige Patriarchat. Vorher, zweihundert Jahre lang, war der Metropolit von Leningrad Repräsentant der orthodoxen Kirche. Tychon, Sergius und Alexei sind seitdem die ersten Patriarchen. Patriarch Alexei von Moskau und Allrußland war Bischof und später Metropolit von Leningrad und hat als solcher die unsagbaren Leiden der Belagerung in der Mitte seiner Gläubigen, Tag um Tag Gottesdienst haltend, mitgetragen und durchgestanden. Die Bilder der drei Patriarchen sind die letzten in einer ruhmvollen Reihe, die die Wände des Saales schmücken, in dem uns der Metropolit Elipheri empfängt. Unser Programm ist sehr reich. Aber das Wichtigste sind die vorbereitenden Feiern auf Ostern. Das Fasten in dieser letzten Woche ist sehr streng geworden, die Gottesdienste häufen sich. Sie sind auch an den Wochentagen voller Menschen. Vormittags und abends. Wir sind am nächsten Morgen in der Preobadschensky-Kathedrale, einer Art Garnisonkirche mit der heiligen Ikone, die Peter den Großen auf seinen Feldzügen begleitete. Die Gemeinde hört die Lesungen, die auf Ostern vorbereiten. Hier sehe ich auch zum erstenmal einen in der Kirche aufgebahrten Toten. Seine Einsegnung soll nach dem Gottesdienst stattfinden. Er liegt mit aufgedecktem Angesicht im Sarg.

Anschließend fahren wir in die Geistliche Akademie. Sie liegt am Hafen und ist ein altes Gebäude. Sie war eine berühmte Stätte der Ausbildung hoher russischer Geistlicher und gelehrter Theologen. Sie ist auf dem Wege, es wieder zu werden. Sie begann bald nach dem Kriege mit der Arbeit, wie ich mich zu erinnern glaube, mit acht Studenten. Als wir vor drei Jahren in Leningrad waren,

lebten dort 450 Studenten. Heute studieren, teilweise mit Fernunterricht, 750 Theologiestudenten in Leningrad. Sie können nicht alle in den Wohnräumen der Akademie, die im Newski-Kloster liegen, untergebracht werden. So groß ist der Andrang. Der Unterhalt von Professoren und Studenten wird durch die Gaben der Gemeinden in Leningrad aufgebracht. Geldsorgen haben sie nicht. Auch keine Nachwuchssorgen! Die alte und berühmte Bibliothek ist wieder in Benutzung. Professor Vogel hielt vor der ganzen Dozentenschaft und Hunderten von Studenten eine Vorlesung, die übersetzt wurde. Sie ist eine Ostervorlesung und behandelt die Herrlichkeit und das Geheimnis der Person Jesu Christi. Die russischen Theologen haben lange nichts mehr vom Stand unserer Theologie gehört. Sie haben, wenn sie an Deutschland denken, die Harnack'sche Epoche vor mehr als 40 Jahren im Sinn. Sie sind darum baß erstaunt, zu hören, wie nahe wir uns inzwischen gekommen sind. Wir verstehen uns heute fast bis ins Letzte. Präses Wilm richtet den Studierenden die Grüße unserer jungen Generation aus. Wir hoffen, Wegbereiter dieser Begegnungen unserer Jugend zu sein. Dann formiert sich der herrliche Chor unter der Leitung des Musikprofessors, und wir sind eingehüllt und eingefangen in Osterlieder, in den männlich-festen Jubel dieser Siegeslieder über den Tod. Wir grüßen zurück mit einem mittelalterlich starken Osterlied: Christ ist erstanden! Ist es nicht eine erstaunliche Sache um die Mysterien der Christenheit? Sie schaffen eine Einheit des Geistes, die alle Grenzen durchbricht. Ostern und Pfingsten gehören zusammen. Das wird hier manifest.

Ein besonders eindrucksvolles Ostererlebnis bildet der Besuch im Russischen Museum. Das ist noch etwas anderes als die Eremitage, die vornehmlich ausländische Kunst enthält. Ich kannte dieses Museum noch nicht und ahnte ja gar nicht, was für eine Menge herrlichster Ikonen hier anzutreffen sein würden. Sie übertreffen noch die von Andrej Rublew aus der Sergius-Kapelle von Zagorsk, sie sind reichhaltiger, teilweise älter. Über allen liegt so etwas wie Ostern. Wahrscheinlich ist die Ikone, besonders die ältere, nichts anderes als das Heiligenbild, gemalt auf dem für uns im Westen gar nicht faßbaren Grunde von Ostern, sie ist das Spiegelbild unseres Daseins, von der Welt her, über die der Tod keine Macht hat. Das ist der Sinn des russischen Heiligenlebens. Es ist immer, als ob zwischen den Bildern und uns noch ein leichter Schleier, eine unsichtbare Grenze wäre. Und doch sind sie uns zugewendet in unbeschreiblicher Güte und Nähe. Diese beiden Welten, die Todeswelt, in der wir leben, und das wahre Leben, das den Tod hinter sich hat, sind einander zugewandt. Sie sind das Woher und Wohin unseres Lebens. So stimmen Bild und Liturgie in einer bedeutungsreichen Symphonie zusammen. Das wird uns in fast jedem dieser Gottesdienste neu bewußt.

Wir haben aber auch einiges von den weltlichen Dingen und Leistungen dieser aufstrebenden Stadt mit den großen Traditionen gesehen. Und vielleicht sollte ich auch unseren Besuch in dem Pionierpalast erwähnen, wo wir Gruppen russischer Jugend begegneten und deren Erziehungsformen kennenlernten, ihre Fertigkeiten sahen in Mechanik, Kunstfertigkeit, Malen und last not least Tanzen! Da wächst ein Geschlecht heran, das von uns oft verkannt wird, wenn wir es unter dem Aspekt Weltrevolution ansehen. Gewiß, die Welt soll verändert werden — aber muß sie das nicht auch, wenn wir leben sollen? Und gibt es nicht auch Wege der Güte, des Friedens, des Verstehens, der Hilfe, auf denen diese Verwandlung erreichbar wäre? Ein wenig von der Ostersonne lag doch auch über dem Pionierpalast, über diesen reizenden Jungen und Mädchen, die uns da begegneten. Wenn wir so etwas mehr sehen, mehr unmittelbar in Augenschein nehmen könnten, die Wege zum Frieden zwischen Ost und West wären kürzer — als wenn wir uns mit den Ideologien herumschlagen. Menschen be-

deuten mehr als Abstraktionen. Ich weiß, hier liegt unser aller Problem, die Aufgabe von morgen. Wir wollen es uns nicht leichter machen, als es ist. Wie kommt es zur Einheit des wirklichen Lebens mit dem, was man die Idee des Menschen nennen könnte? Nun, jedenfalls Kinder haben immer etwas Erlösendes in dieser uns Erwachsene quälenden Frage an sich. Sie leben das Leben noch! Und wir? Warum können wir die Unmittelbarkeit so schwer bewahren?

Am Donnerstagabend sind wir in Nikolsko-Sobor, einer der größten Kirchen Leningrads. Es ist Gründonnerstag. Aber es ist natürlich ein Arbeitstag. Ich frage mich zuweilen, warum bekommen wir keine Bilder aus Rußland mit diesen vollen, übervollen Kirchen im Alltag? Der russische Staat könnte, wenn er wollte, damit eine breite Propaganda entfalten. Er tut es mit Recht nicht. Er läßt das religiöse Leben ganz für sich gehen. Darum glaubt man uns dann freilich meistens nicht, wenn wir von den vollen Kirchen Rußlands berichten. Sie sind so voll, daß ich sonst nichts, aber wirklich gar nichts aus dem westlichen Europa dem an die Seite zu stellen wüßte. Dieses Gotteshaus hat zwei Kirchenschiffe, Ober- und Unterkirche. Jeder Raum ist gleich groß, jeder faßt 7000 Menschen. Als wir um 19 Uhr ankommen, sind beide Kirchen gepackt voll. Es gibt keine Bänke, alles steht. Von hinten drängen an diesem Abend immer neue Scharen von Menschen nach, die nicht mehr herein können. Ich frage mich, wie hält der Mensch das aus? Aber sie halten es aus. Warum eigentlich? Als wir diesen vierstündigen Gottesdienst mitmachen — wir müssen ein wenig früher weg —, ahnen wir, warum das der russische Christ rein physisch auszuhalten vermag. Man soll nicht einfach sagen: Die Russen können so etwas. Uns ging es an diesem Abend nicht anders, obschon wir nur mit deutschen Übersetzungen den Lesungen folgen konnten. Aber so etwas von Passionslesungen, wie das hier geschah — wirklich geschah! —, hatten wir noch nicht erlebt. Wir waren selbst so miteinbezogen in dieses geistliche Geschehen, daß die Zeit nichts zu sein schien und die Passionsgeschichte, die Worte Jesu und seiner Feinde, der Aufbau des Tribunals und die königliche Haltung des leidenden Christus uns ganz gefangennahm. Es waren dreizehn Lesungen, die unter herrlichen Gesängen der Chöre und Gebeten der Priester vollzogen wurden. Es fing an mit der Lesung der Abschiedsreden Jesu aus dem Evangelium des Johannes: volle fünf Kapitel! Ohne Unterbrechung. Das wäre in keinem unserer Gottesdienste möglich. Aber dort ist das möglich. Dort gibt der Mensch nach, wird ganz Ohr, ganz Herz, ganz Organ für das, was er vernimmt. Jesus redet! Jesus redet zu den Seinen, und wir alle sind jetzt die Seinen. Alle Lesungen sind so, daß man Ihn hört und die Stimme des vorlesenden Bischofs nur das irdische Instrument dafür abgibt, daß Er redet. Ob man das hier bei uns versteht? Ob ich das richtig gedeutet habe? Das Lesen ist dort etwas anderes als bei uns. Die Stimme ist transparent und eines anderen Stimme, des Herrn Stimme selbst erreichte uns, als wäre er in unserer Mitte. Darum soll man nicht zu schnell mit der Frage nach der Predigt im orthodoxen Gottesdienst kommen. Sie fehlt nicht, aber sie spielt nicht dieselbe Rolle wie bei uns, dafür redet die Schrift! Wirklich, sie r e d e t und der redet, der in der Schrift redet.

Dasselbe erleben wir am nächsten Abend in Moskau. Wir sind mit dem Nachtzug hier morgens eingetroffen und fahren abends zum Gottesdienst in die Kathedrale des Patriarchen. Wieder werden Passionslesungen vollzogen. Wieder ist auch hier die Kirche ganz gefüllt. Wieder erfahren wir, daß mit der Schrift der redende Herr inmitten seiner Gemeinde steht. Der Lebendige unter den morituri. So ist das Verhältnis von Tod und Leben richtig getroffen. Wir sind die, die im Reiche der Schatten wandeln, aber Er ist der Lebende. Das ist das Besondere im orthodoxen Gottesdienst. Es sind bei uns Stimmen häßlichster

Art über die orthodoxe Kirche in Rußland laut geworden, auch gelegentlich unseres letzten Besuchs. Vor allem zeichnet sich Propst D. Asmussen dadurch aus, daß er, wo er steht und geht, die russische Kirche des Abfalls vom Glauben bezichtigt. Das liegt daran, daß er von dem, was im russischen Gottesdienst heute geschieht, keine Ahnung hat. Professor E. Schlink hat demgegenüber mit aller Entschiedenheit festgestellt: „Die heilige Liturgie ist völlig unverändert orthodox. Ihr reicher biblischer und altkirchlicher Gehalt ist um nichts geschmälert, hier ist nicht das geringste preisgegeben. Bedenkt man die zentrale Bedeutung der Liturgie für das Leben der Ostkirche, so wird man die russischen Christen, die den Sowjetstaat bejahen, nicht verwechseln mit den ‚Deutschen Christen' des Dritten Reiches." (Kerygma und Dogma IV, 3.) Die Fülle und Anteilnahme des Volkes am kirchlichen Leben, wie sie uns in Moskau begegnete, auch in der Kirche des syrischen und bulgarischen Eparchen, war auch uns neu. Alles, was sich Christ nennt, ist in diesen Ostertagen aufs innerste bewegt, alt und jung, wie man entgegen der hier anzutreffenden Meinung sagen muß.

Aber nun kommt die Osternacht selbst. Es ist schwer, sie angemessen zu beschreiben. Zumal in dieser Kürze. Sie wurde vorbereitet für uns durch eine Fahrt über Land, und zwar ziemlich zufällig, da wir die architektonisch so einzigartige Kirche in Kolomenskoje sehen wollten. Schon als wir aus Moskau fuhren, fielen uns an diesem Ostersonnabendmorgen junge und alte Frauen auf, die in weißen Tüchern etwas trugen, was offensichtlich ein Gebäck war. Unsere Begleiter sagten uns, daß es Osterkuchen seien, die, in der Nacht gebacken, in die Kirchen zur Weihe gebracht wurden. Auf dem Lande aber waren viele, viele Menschen mit diesen weißen Bündeln unterwegs. Es waren keine bequemen Wege, die sie in der Schneeschmelze zurücklegen mußten, aber wir sahen ganze Züge von Osterpilgern den kleinen Kirchen zuströmen, die um Moskau herum liegen. Auch in Kolomenskoje war das nicht anders. Dort hatte man Tische vor der Kirche aufgeschlagen, die Menschen packten ihre Kuchen aus und dazu die Ostereier und gingen in die Kirchen, wo der Priester Weihwasser darübersprengte. An einzelnen Kirchen Moskaus, die wir am Nachmittag besuchten, war der Andrang so groß, daß die Menschen stundenlang draußen warten mußten, bis sie in dem breiten Strom der Osterkuchenträger in die Kirche hineinkonnten. Ist das nun Aberglauben? Ein freundlicher Priester, der uns das Treiben erklären wollte, sagte: Das ist alte russische Sitte. Aber für mich war es mehr. Es war wie ein einfältiges, aber doch beredtes Zeichen, mitten auf den Straßen der großen, arbeitseifrigen und modernen Stadt, daß es noch etwas anderes gibt zwischen Himmel und Erde, wovon sich unser begrenzter Verstand nichts träumen läßt. Den Sieg des Lebens, wie ihn der Gottmensch errungen hat in der Osternacht über den Tod.

Endlich ist die Stunde da, da wir aufbrechen zum Ostergottesdienst. Wir haben noch ein wenig geruht, denn der Gottesdienst beginnt kurz vor Mitternacht und endet erst am Morgen gegen vier Uhr. Wir müssen aber bereits eine Stunde vorher hinfahren, da wir sonst schwerlich durchkommen. Die Straßen sind voll von Menschen. Berittene Miliz macht unseren Autos den Weg frei. Die Kathedrale ist umlagert von Tausenden. Innen ist längst alles gefüllt von Andächtigen, die schon Stunden vorher sich hier einen Platz gesichert haben. Der Patriarch wird selbst diesen Gottesdienst halten. Alle 60 Kirchen Moskaus werden heute nacht so umlagert sein, die Wirkung des Osterfestes übt eine strahlende Kraft aus, selbst in dieser Riesenstadt. Es ist so ähnlich, wie wenn bei uns in Deutschland Weihnachten gefeiert wird. Auch die, die ganz am Rande der Christenheit leben, begeben sich heute in den hellen Glanz dieses

Lichtes. Wir stehen vorn an der Bilderwand, nachdem wir durch eine Seitentür Einlaß gefunden haben, vor uns breitet sich das herrliche Bild der andächtig harrenden Menge aus, neben uns sitzen die Angehörigen des Diplomatischen Korps, die in reicher Zahl erschienen sind. Auch die Deutschen sind da. Oben in den Emporen stehen die Chöre, ihr Gesang kommt über uns wie von Himmelshöhen. Russische Kirchen haben keine Orgel. Alles füllt die menschliche Stimme. Die Chöre beginnen, es sind reine, kraftvolle Stimmen. Männer und Frauen wirken mit im Kirchenchor. Bald erscheint Seine Heiligkeit, der Patriarch. Gefolgt von vielen Priestern zieht er ein und geht durch die Menge vor die Tür, an eine Prozession um die Kirche ist unter diesen Umständen nicht zu denken. Draußen stehen die Massen der Mitfeiernden, dicht gedrängt, und warten auf den Segen des Patriarchen. Nun beginnt der eigentliche Gottesdienst. Das ganze Volk feiert, singt, betet mit. Hier gibt es keine Trennung zwischen Priester und Volk. Die Priester wirken als Liturgen, wie Zeremonienmeister in dem großen, uns alle ergreifenden Geschehen, das uns zu einem in Demut wartenden, in Jubel sich erhebenden geistlichen Körper zusammenschließt. Der Patriarch sitzt oder steht mitten unter Gläubigen. Was mag in dieser Stunde, da sich alles um ihn drängt, in der Seele dieses gütigen, großen alten Mannes vor sich gehen? Die russische Christenheit lebt. Trotz aller Stürme. Trotz Revolution und Krieg. Trotz unbeschreiblicher Leiden. Sie ist mit auferstanden. Sie ist immer noch das heimliche Herz dieses wunderbaren Volkes. Es ist das Volk, das hier zusammengekommen ist. Freilich das fromme, das gläubige Volk. Eine Gemeinde in unserem abendländischen Sinne kennt die russische Kirche nicht. Sie hat immer zu ihrem Volk gehalten, und ihre Treue ist nicht ohne Lohn geblieben.

Wir lesen die Gebete und Gesänge mit in unserer deutschen Übersetzung. Neben uns steht ein katholischer Professor aus Holland, er ist 1939 zum letzten Male hier zu Besuch gewesen. Er hilft uns, manches zu erklären und zu verstehen. Er sagt, es sei kein Vergleich, dieser Gottesdienst heute und damals vor 20 Jahren. Die russische Christenheit wächst. Wo hört man solche Gesänge, wo trifft man solchen Jubel und solche uns alle ergreifende Gestimmtheit? Alles ist Anbetung. Es ist eine Haltung, die den Zweifel weit hinter sich läßt, die allen hilft, den Zweifel zu überwinden, den Zweifel an der überwältigenden Macht des lebendigen Gottes. Wir wissen, das, was hier bekannt und geglaubt wird, ist echte, tiefe Wirklichkeit. Wir befinden uns an der Schwelle von Tod und Leben, aber das Leben siegt. Das Christentum des Abendlandes schwingt mehr um das Thema von Schuld und Sühne, freilich, das fehlt in diesen Gebeten, in den Rufen des „Herr, erbarme dich!" nicht. Aber ihm übergeordnet ist hier das andere von Tod und Leben. Wie kann man Vergebung empfangen und doch in der Todeswelt verharren? Das ist undenkbar. Vergebung heißt, daß auch die Riegel des Todes springen müssen und wir Anteil bekommen an der österlichen Befreiungstat. Wir alle, die neue Welt Gottes ist uns so nahe, daß wir die alte des Hasses, der Schuld und der Feindschaft in diesem Moment nicht mehr für existent erachten. Ich denke, der russische Christ wird erst ganz er selbst in solcher Gemeinschaft. Sie stört ihn nicht, sie engt seine Individualität nicht ein, sie entfaltet sie erst. Wie lebendig bewegt sich alles in dem Geschehen dieses Gottesdienstes. Der Gesang des Nicaenums, das Gebet des Vaterunsers kommt aus tausend Stimmen, aus tausend Herzen. Wie der Fisch sich erst im Wasser frei bewegen kann, so lebt die Seele des orthodoxen Christen erst auf, erhebt sich erst zu ihrem wahren Wesen in solcher Gemeinschaft. Und die Priester wirken wie freundliche, hilfreiche Diener dieser Lebensbewegung, die von oben ist. Dann kommt der Augenblick, da der Propst von Moskau vorn-

hintritt und ruft: Christ ist auferstanden! Da antwortet es ihm, es klingt wie ein Schrei, wie eine Stimme aus der Tiefe, die sich nach oben ringt, ganz hoch, ganz schrill, als ob sie alles zerreißen möchte, was zwischen hier und dort steht: Woistinu woskresje! Er ist wahrhaftig auferstanden! Immer wieder ruft der Priester: Christus woskresje — immer leidenschaftlicher, umfassender, alles ergreifend und mitreißend antwortet es ihm: Er ist wahrhaftig auferstanden. Und die Chöre fallen ein mit himmlischem Gesang: Der Tod ist überwunden, die Gräber sind aufgetan, das Leben ist erschienen. Hart, kraftvoll, immer sich wiederholend, fällt es von der Höhe über uns her, wirklich das, was jenseits aller Vernunft steht und doch mitten unter uns wahr geworden ist und wahr werden möchte. Das Leben! Nicht nur mein und dein Leben, nicht so individuell, wie wir es verstehen, sondern d a s Leben schlechthin. Das Leben ist die Wahrheit, nicht der Tod. Die Umkehr von Tod und Leben ist wahr geworden. In Jesus Christus ist sie Ereignis in der Zeit. In dieser Nacht habe ich begriffen, wo die russische Christenheit ihren Platz eingenommen hat, in all den Jahrhunderten, in den schweren und schwersten Zeiten. Hier, am leeren Grab des auferstandenen Herrn. Hier ist auch heute noch die Grenze aller Zweifel, die Grenze aller menschlichen Schwachheit erreicht. Hier bricht es ein, elementar, wie ein Strom von Licht, das in die untersten Örter der Erde erlösend leuchtet.

Wie verwandelt gehen wir hinaus, draußen ist inzwischen alles leer. Wir fahren heim, um mit den Freunden das Ostermahl zu halten. Wir erleben das Osterfest noch öfter, in der Kirche des Metropoliten Nikolai, wo alles voller Blumen und Jubel ist, dann noch einmal in der Patriarchenkathedrale. Diesmal werden wir hinter die Bilderwand gerufen und dürfen dabei sein bei der Austeilung des Heiligen Mahles. Wir feiern noch einmal Ostern am Montag in einer kleinen Stadt bei Moskau, bei unserem Freunde Paul S o k o l o w s k i, der dort Propst ist. Wir sind zum ersten Male Gast in der Familie und im Hause dreier russischer Geistlicher. Überall klingt es hindurch: Christus ist auferstanden. Das ist für den russischen Christen eine dem ganzen Kosmos geltende Wahrheit. Die russische Christenheit hat diese ihre Mission bis zum heutigen Tage festgehalten. Nur wir haben nicht gewußt, wie ihr durch diese Treue selbst neues Wachstum und Leben beschieden wurde. Wir haben freilich auch nicht gewußt, wie hilfreich für dieses ihr Leben die Trennung von Staat und Kirche letzten Endes gewesen ist.

Am letzten Tage, vor unserem Abschied, sind wir Gäste des von uns allen hochverehrten Patriarchen in dessen Hause. Mit uns sind hohe Würdenträger der russischen Kirche geladen. Der Metropolit Nikolai, der unsere Reise so wohlmeinend eingerichtet hat, der Erzbischof von Moskau, der letzte Sekretär des Patriarchen Sergius, der Erzbischof M i c h a e l, der zugleich das Bistum Berlin unter sich hat, unser lieber Reisebegleiter, der Archimandrit L e o n i d, Professor für praktische Theologie in Sagorsk, im Kriege noch Stabsarzt in Leningrad, unser Propst P a u l, der mit 29 Jahren schon 19 Gemeinden unter sich hat, der liebenswürdige Vertreter des staatlichen Kirchenamtes und andere mehr. Der Patriarch sagt: „Die Enge der russisch-orthodoxen Kirche besteht nicht mehr. Sie glauben doch auch an den auferstandenen Herrn. Dann sind wir Brüder. Alle Schuld hat er getragen." Bewegt nehmen wir Abschied. Dieser Besuch hat uns mehr gegeben, als wir je erwartet haben. Patriarch Alexei überreicht uns als Zeichen seines Vertrauens den Wladimirorden, der noch aus der alten Zeit stammt. Er führt uns in seine Privatkapelle. Wir singen noch einmal unser Osterlied, insbesondere den zweiten Vers: „Wär' er nicht erstanden, so wär' die Welt vergangen". Wir ahnen etwas von der Mission der Christenheit

für die Versöhnung unserer Völker. Könnten wir sie doch in solcher Gewißheit wahrnehmen.

Am Abend nehmen wir Abschied von unseren Begleitern bei einem feierlichen Mahl. Es werden manche guten Reden gewechselt. Ich aber weiß, wir haben nicht nur Ostern gefeiert, wir haben die Kraft des Auferstandenen an dieser wiedererstandenen Christenheit erlebt. Und wir wissen auch, der Tag ist nicht fern, da die Schleier fallen, und das, was wir gesehen haben, vielen offenkundig werden wird. Dann erst wird das Gleichgewicht hergestellt sein zwischen Ost und West, und wir werden uns wundern, wie wir so blind sein konnten.

Prof. Dr. Josef Dobretsberger, Wien

Österreich und das Handelsdiktat

Die propagandistischen Vorbereitungen für die Wiener Herbstmesse haben mit einer Pressekonferenz begonnen, auf der man deutlich spüren konnte, wo die österreichische Wirtschaft der Schuh drückt: Der offizielle Sprecher der Messeleitung betonte gleich zu Beginn, daß am 1. Jänner 1959 innerhalb der geplanten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die vereinbarten Zollsenkungen in Kraft treten sollen. Dadurch werde ein Zustand herbeigeführt, der die österreichische Wirtschaft vor ein heikles Problem stellt. Diese Zollsenkung bedeute eine Diskriminierung aller der Wirtschaftsgemeinschaft nicht angehörenden Staaten, vor allem der für den österreichischen Außenhandel eminent wichtigen osteuropäischen Staaten. Es sei Aufgabe der Handelspolitik, „die Kanäle nach dem Osten und Südosten offen zu halten".

Diese offensichtlich an die Adresse des österreichischen Handelsministers gerichtete Mahnung hat ihren guten Grund:

Eine der Säulen der Hochkonjunktur in Österreich war bisher der hohe Export. Nun hat die amerikanische Rezession begonnen, auch das Fundament dieser Säule zu bedrohen. Im ersten Halbjahr 1958 lag der Wert der österreichischen Ausfuhr bereits um 5% unter dem der gleichen Zeit des Vorjahres, wovon besonders Stahl und Holz betroffen sind. Dieser Exportrückgang geht ausschließlich auf das Konto der Weststaaten, während der Handel mit den Oststaaten sogar eine Steigerung erfahren hat.

Wohin wird diese Entwicklung führen? Die Industrie, die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft sind in gleicher Weise besorgt. Diese Wirtschaftskreise hatten erwartet, daß Bundeskanzler R a a b bei seiner Reise nach den USA im vergangenen Mai wenigstens einige Forderungen durchsetzen würde — bei dem großen Wirtschaftspotential Amerikas müßte es ein leichtes sein, die Bedürfnisse eines so kleinen Landes wie Österreich zu berücksichtigen. Die Enttäuschung war daher um so größer, als Raab mit leeren Händen zurückkam und eingestehen mußte, daß man nicht nur seine Wünsche unbeachtet gelassen, sondern an ihn noch Gegenforderungen gestellt hatte.

Der erste strittige Punkt war die Embargo-Frage. Dulles zeigte sich hier besonders „engherzig", wie Raab es selbst ausdrückte. Er bestand darauf, daß sich Österreich auch weiterhin streng an das Verbot halte, Waren, die auf der amerikanischen Verbotsliste stehen, nicht nach den Oststaaten zu liefern. Bei der gesetzlichen Regelung des Außenhandels 1956 wurde zwar die Liste nicht, wie verlangt, in den Gesetzestext aufgenommen, dennoch aber legt heute die österreichische Regierung jedes Exportansuchen den amerikanischen Kontrollstellen vor, bevor sie die Exportbewilligung erteilt. Ein solches Verhalten ist eines souveränen Staates unwürdig. England, Kanada, Holland, Frankreich betreiben einen umfangreichen Handel mit den Oststaaten, wobei ganze Fabrikausrüstungen geliefert werden, und das neutrale Österreich erhält von seinem angeblichen Gönner Dulles nicht einmal die Erlaubnis, ein einziges Blasstahlwerk zu liefern! Österreichs Regierung, die nach Art. 29 des Staatsvertrages nicht einmal berechtigt wäre, sich diesem diskriminierenden Ausfuhrverbot zu unterwerfen, bemüht sich desungeachtet, päpstlicher hierbei zu sein als der Papst selbst.

Besonders empörend war es, daß Dulles persönlich Raab bei den Unterredungen in Washington die Lieferung dieses schon bestellten Blasstahlwerkes der Voest an die Tschechoslowakei im Werte von 80 Millionen Schilling (etwa 13 Millionen DM) untersagte. Die österreichischen Wirtschaftskreise können es nicht verstehen, daß gegen eine solche Einmischung nicht protestiert wurde. Eben erst ist eine Gruppe von 23 österreichischen Technikern und Bankfachleuten aus China zurückgekehrt, die dort die Perspektiven des Chinahandels studiert haben. Was ist der Sinn solcher Reisen, wenn Österreich seine Exportchancen nicht ausnützen darf? Daß Dulles das Ausfuhrverbot gerade in einem Zeitpunkt verschärft, da unser Export nach den Weststaaten rückläufig ist, verstärkt noch die Empörung der österreichischen Wirtschaftskreise.

Der zweite wunde Punkt bei den Verhandlungen Raabs in Washington war die von den USA verlangte Liberalisierung der Einfuhr amerikanischer Waren. Dabei verlangte Dulles von Raab, daß auch jene Waren zu liberalisieren sind, die bisher als sogenannte Überschußgüter nach Österreich kamen, also Getreide, Baumwolle, Kohle, Tabak usw. Das bedeutet in erster Linie für unsere Landwirtschaft eine arge Bedrohung. Wohin soll es führen, wenn der ohnehin schon überfüllte Markt nun noch mit amerikanischen Einfuhrwaren überschwemmt wird? Dabei können diese Importe nicht ohne weiteres mit Exporten nach den USA kompensiert werden, denn Amerika verlangt zwar von uns Einfuhrerleichterungen, selbst aber schützt es sich mit Höchstzöllen gegen die europäische Konkurrenz.

Angesichts der Bereitschaft weitgehender Zugeständnisse Österreichs hätte man annehmen dürfen, daß Raab wenigstens bei dem dritten Verhandlungspunkt, amerikanische Kredite für den Ausbau der E-Werke und für die Fortsetzung des Wohnungsbaues zu bekommen, einen Erfolg erzielen würde. Aber auch in diesem Punkte blieb die Reise erfolglos. Anstatt Geld zu geben, verlangte man von Österreich sogar noch einiges: die rasche Erfüllung des weitgehend zugunsten der amerikanischen Ölgesellschaften ausgelegten „Wiener Memorandums", weitere Entschädigungen, die eher Deutschland als Österreich anzulasten wären. Einzig und allein für das weniger wichtige Projekt der Autobahn zeigte Dulles — offensichtlich aus strategischen Überlegungen — etwas Verständnis.

Diese Bevormundung der österreichischen Wirtschaft ist aber nicht nur eine Tatsache, die sich bei offiziellen Reisen und Verhandlungen zeigt, sondern die auch im Wirtschaftsleben Österreichs auf Schritt und Tritt spürbar wird. In der amerikanischen Botschaft in Wien sitzen an die 25 Kontrolleure, welche jene Firmen beaufsichtigen, die mit amerikanischem Kapital arbeiten. Die Überfrem-

dung der österreichischen Industrie und Finanzwelt schreitet ständig fort. Damit aber schwindet Stück für Stück unserer wirtschaftlichen Handlungsfreiheit dahin. Wie sich das im Falle eines Konjunkturrückschlages auswirkt, haben wir bereits einmal 1931 erlebt.

Um so überraschender war der große Erfolg, den die österreichische Regierungsdelegation im Juni d. J. aus Moskau heimbringen konnte. Zunächst hat Österreich von der Sowjetunion praktisch das zurückbekommen, was die amerikanischen Ölfirmen dem Lande als Bedingung des Zustandekommens des Staatsvertrages im Wiener Memorandum abgenötigt haben: Die von Österreich an die Sowjetunion zu liefernde Erdölmenge wurde halbiert: die noch anständigen sieben Millionen Tonnen wurden auf dreieinhalb Millionen reduziert. Das bedeutet eine Entlastung des Staatshaushaltes um 200 Millionen Schilling jährlich, insgesamt also um 1,5 Milliarden Schilling. Die Sowjetunion hat sich ferner bereiterklärt, den Güteraustausch mit Österreich zu intensivieren und industrielle Halbfabrikate und Fertigwaren in erhöhtem Ausmaß aus Österreich zu beziehen. Gewisse organisatorische Schwierigkeiten, die den Warenaustausch zwischen Österreich und der Sowjetunion bisher behinderten, konnten bereinigt werden. Unbereinigt blieben allerdings die amerikanischen Bevormundungstendenzen, von denen oben die Rede war. Diese zu beseitigen, sollte das Hauptanliegen der österreichischen Handelspolitik sein.

Es ist heute eine der dringlichsten Fragen unserer Wirtschaftspolitik, wie Österreich angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche in den USA seine Außenwirtschaft umgruppieren soll, um die eigene Wirtschaft vor einem Übergreifen der Rückschläge zu bewahren. Dieses Problem ist für Österreich um so wichtiger, als es eine hohe Exportquote hat und daher auf Konjunkturschwankungen von außen besonders empfindlich reagiert. Man sollte glauben, daß solche Lebensfragen unserer Wirtschaft die verfassungsmäßige Volksvertretung, den Nationalrat, vordringlich beschäftigen. Stattdessen aber hörte man in den Parlamentsdebatten der letzten Wochen nur von Haselgruber, Hitzinger und Hölzl. Es hat den Anschein, als gelangten die brennenden Wirtschaftssorgen gar nicht in das Blickfeld der Abgeordneten. Sollte nicht einmal in aller Öffentlichkeit die Frage erörtert werden, ob Österreich überhaupt zur Einhaltung der amerikanischen Embargo-Bestimmungen verpflichtet ist, ob die Dollarliberalisierung nicht mehr Schaden als Nutzen bringt, ob wir eine weitere Überfremdung unserer Wirtschaft zulassen dürfen, ob wir uns die Kredite, die von einer Seite verweigert wurden, nicht von anderer Seite beschaffen können?

Nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärte Bundeskanzler Julius Raab in einer Pressekonferenz ausdrücklich, daß das sowjetische Entgegenkommen „an keinerlei österreichischerseits zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist". Auch diese Tatsache steht in einem eigenartigen Kontrast zu der amerikanischen Haltung. Wir müssen uns einmal zu einer Feststellung aufraffen, daß die Haltung der USA Österreich gegenüber nicht Wohltätigkeit und Wohltat ist, sondern daß hier kalt Interessen geltend gemacht werden, denen Österreich ebenso, mit dem Rechenstift in der Hand, seine nationalen Wirtschaftsinteressen entgegenstellen müßte. Das erwarten die Wirtschaftskreise von der österreichischen Regierung. In diesem Sinne ist auch die Mahnung der Wiener Messeleitung, „die Kanäle nach dem Osten und Südosten offenzuhalten", zu verstehen. Österreich könnte sich von der Bevormundung durch die USA befreien, wenn die österreichischen Volksvertreter und die österreichische Regierung das wertvolle Instrument der Neutralität mit mehr Elan, mit mehr Klugheit und mit mehr Rückgrat gebrauchen würden.

Hans Seefeld

Die Nahost-Gefahr ist nicht vorbei

> Wer sich fürchtet, bis an den Abgrund des Krieges zu treten, der ist verloren. Staatssekretär Dulles, 1956

> Wenn es nicht zu einer drastischen und gründlichen Revision der Außenpolitik und der Verwirklichung dieser Politik kommt, dann gehen wir weit ernsteren Unannehmlichkeiten entgegen als wir sie gegenwärtig durchmachen. Senator Fulbright, August 1958

Das Ende des Traumes von der immerwährenden Bundesgenossenschaft

Vier Wochen nach der Revolution in Bagdad und der anglo-amerikanischen Intervention im Libanon und in Jordanien ist die Lage im Nahen Osten nur scheinbar und relativ entspannt. Nach wie vor steht die Welt am Rande des Abgrunds. Die diplomatische und propagandistische Geschäftigkeit am Sitz der Vereinten Nationen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine neue Kettenreaktion von Ereignissen nicht ausgeschlossen ist, die abermals den Weltfrieden ernstlich gefährden würde. Weltpolitisch und regional konstruktive Lösungen werden zwar in der westlichen Öffentlichkeit erörtert, ihrer Verwirklichung aber stehen noch immer große Hindernisse im Wege. Die relative Ruhe in Beirut und Amman ist trügerisch. Die größte Gefahr droht nunmehr gerade von gewissen lokalen Scheinlösungen, die ein unabsehbares weltpolitisches Risiko einschließen, im Westen neue Illusionen fördern und eine langfristige und zukunftsträchtige Nahost-Politik der Westmächte abermals verhindern würden.

Der Umsturz im Irak beraubte Washington und London nicht nur ihres allerzuverlässigsten „Bundesgenossen" im Vorderen Orient, des Ministerpräsidenten Nuri es Said. Er gefährdet nicht nur die Profite der angloamerikanischen Ölgesellschaften. Er wurde zum Menetekel schlechthin, denn er machte das nur noch Risiko-, nicht mehr Ertrag-reiche der amerikanischen Nahost-Politik überhaupt schlagartig offenbar. Der Traum von einer immerwährenden Bundesgenossenschaft mit dem orientalischen Feudalismus ist ausgeträumt. Der Haß der Völker gegen diese Potentaten trifft heute mehr denn je auch die, die sich dieser Potentaten als Marionetten bei der Aufrechterhaltung ihrer eigenen unmittelbaren wirtschaftlichen und mittelbaren politischen Herrschaft in jenem Raum bedienten. Wiederum hat es sich gezeigt, wie unsinnig die Vorstellung ist, die gesamtarabische Emanzipationsbewegung lasse sich mit ihrer Hilfe noch einmal aufhalten. Der Westen zahlt heute für solche Illusionen teuer. — Aber nicht allein diese politische und moralische Insuffizienz ihrer feudalistischen „Partner" wurde den Westmächten abermals demonstriert. Die Revolution in Bagdad traf darüber hinaus den Nervus rerum der amerikanischen Strategie des kalten Krieges. Nicht nur das Ölinteresse, sondern die Grundkonzeption der US-Militärpolitik ist heute unmittelbar bedroht. Denn die Feudalherren, auf die die Westmächte ihre Nahost-Politik stützten, waren nicht nur im nationalen Rahmen die Feinde ihrer Völker, sie waren darüber hinaus Schachfiguren der amerikanischen Strategie. Sowohl die Ereignisse in Bagdad wie auch die amerikanische Intervention im Libanon machten offenbar, wie unheilvoll — und zwar für die orientalischen Völker wie für die ganze Welt — diese Militärpolitik ist, deren Instrument der Bagdad-Pakt und die Nato sind. Der Irak war die Drehscheibe, die Schlüsselposition in diesem System, das ein System von Stützpunkten hart an den Grenzen der

Sowjetunion sein sollte. Der Nahe Osten galt den Vereinigten Staaten seit langem als potentieller Aufmarschraum. Von diesem Plan einer Einkreisung der Sowjetunion und von der Ideologie des kalten Krieges besessen, opferten die USA immer aufs neue alle Rücksichten auf die arabische Nationalbewegung dieser Konzeption auf und versuchten, die Araber in sie einzuspannen. Die Intervention im Libanon knüpfte noch einmal an diese Tendenz an, aber gerade sie enthüllte, zu welchem Brandherd der Nahe Osten durch die Überlagerung seiner autonomen Entwicklungsprozesse durch die amerikanische Stützpunktpolitik geworden ist. Denn diese Intervention rief sofort die Sowjetunion auf den Plan und machte aus den innerarabischen Auseinandersetzungen einen weltpolitischen Konflikt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Die Basler Nachrichten fragten am 29. Juli mit Besorgnis: „Wozu Elitetruppen mit modernsten und schwersten Waffen im Libanon?" Einige Tage später verstärkten die Amerikaner ihre Streitmacht durch die Landung von 72 schweren 45-Tonnen-Patton-Panzern, die mit 90-mm-Kanonen bestückt sind. Und wen kann es überraschen, daß dieser Aufmarsch im Nahen Osten Moskau zu sofortigen ernsten Warnungen veranlaßte, die nur selbstmörderischer und verblendeter politischer Leichtsinn einfach als „Propaganda" abtun kann.

Nachdem die Amerikaner mit ihrer Intervention Chamoun noch einmal eine Gnadenfrist gewährt, damit aber auch ihr eigenes politisches Prestige als scheinbar anti- oder doch nichtkolonialistische Macht endgültig geopfert hatten, ergriff auch der junge König Hussein von Jordanien den Strohhalm, den die Westmächte anboten, und rief nach britischen Truppen, um sein völlig korrumpiertes Regime ein letztes Mal mit fremden Bajonetten zu sichern. Husseins Herrschaft in dem erst seit 1946 nominell „selbständigen", wirtschaftlich und politisch lebensunfähigen Wüstenstaat Jordanien (einer künstlichen Schöpfung der Briten) war seit langem durch die innere Opposition noch weit mehr gefährdet gewesen als etwa die Regierung Chamoun im Libanon. Der Sturz des Schattenkönigs war nur noch eine Frage der Zeit. Und selbst die brutalste Unterdrückung auch der geringsten Opposition konnte nicht verhindern, daß im Augenblick des Umsturzes in Bagdad der Boden auch unter diesem letzten Haschemitenthron ins Wanken geriet. Husseins Vetter Faisal mußte mit seinem Leben für seine feudalistisch-prowestliche Politik zahlen. — Hussein drohte dasselbe Schicksal von den panarabischen Jordaniern, nicht zuletzt den 500 000 arabischen Flüchtlingen aus Palästina, die glühende Anhänger Nassers sind. Nun sicherten britische Fallschirmjäger noch einmal ein Regime, das politisch völlig substanzlos und dessen strategischer Wert für Großbritannien angesichts dieser inneren Verhältnisse ebenfalls nur noch fiktiv ist.

War die amerikanische Intervention im Libanon von vornherein mit einem gefährlichen weltpolitischen Risiko belastet, so blieb auch die britische Hilfe für Hussein nicht ohne diese fatale Hypothek. Auch hier bestand zunächst Unklarheit darüber, ob nicht der Sprung nach Bagdad, zur Wiederherstellung der sang- und klanglos untergegangenen Haschemiten-Föderation gewagt werden sollte. Es hätte dazu nicht einmal eines direkten Eingreifens der Briten, sondern nur einer Aktion der „Arabischen Legion" (der eigentlichen Wachtruppe Husseins) bedurft. Hussein selbst spielte offensichtlich durchaus mit diesem Gedanken an eine „Flucht nach vorn" in ein militärisches Abenteuer. Dessen Erfolg würde freilich nicht einmal durch die massive westliche Schützenhilfe verbürgt, da sich gezeigt hat, daß der König schon im eigenen Lande fast alleinsteht, und er im Irak nun vollends nur auf entschlossenen nationalen Widerstand stoßen würde, wollte er den prowestlichen Feudalismus unter irgendwelchen Vorwänden noch einmal zu restaurieren versuchen. Eine solche Politik wäre nur noch gegen den Willen des

jordanischen und irakischen Volkes möglich — selbst ein vorübergehender „Erfolg" käme einer Katastrophe gleich, müßte ihm doch alsbald ein noch weit radikalerer nationalistischer Rückschlag folgen. Ganz abgesehen von den weltpolitischen Gefahren, die jede Intervention im Irak heute heraufbeschwören würde.

Das Dilemma der britischen wie das der amerikanischen Interventionspolitik ist offenbar. Bezeichnend für den Katzenjammer, der alsbald der politisch und militärisch sinnlosen, dafür aber um so gefährlicheren „Rettungsaktion" in London folgte und zumal in der öffentlichen Meinung schnell um sich griff, war ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" aus London vom 29. Juli, in dem es hieß, die Intervention in Jordanien werde dort jetzt „als eine Maßnahme zum Schutze des Landes vor Israel aus- oder umgedeutet". Tatsächlich bestand auch diese Gefahr einer israelitischen Präventivaktion — nur daß es ursprünglich schwerlich die Absicht der Briten gewesen sein dürfte, gerade sie zu verhindern.

Das weltpolitische Risiko

Die Intervention in Beirut und Amman diskreditierte nur vollends die längst mit dem Odium der Hörigkeit gegenüber dem Westen belasteten und innenpolitisch reaktionären Regimes, die sie retten sollte. Sie erweist sich als ein allzu später Versuch, noch einmal mit rein militärischen Mitteln die politische und gesellschaftliche Emanzipationsbewegung im arabischen Raum aufzuhalten. Das Weltbild des monomanen „Antikommunismus" lag dieser Politik zugrunde, die von der lebensgefährlichen Fehlvorstellung begleitet war, jener Emanzipationsprozeß sei lediglich eine Sache „kommunistischer Agenten". Das völlige Unverständnis für die nun auch politisch relevante Eigengesetzlichkeit des arabischen Raumes verband sich mit dem Bestreben, die Araber entweder auf eine antikommunistische Satellitenrolle zu verpflichten (als Preis für gewisse „Wirtschaftshilfe") oder aber sie einfach als Satelliten Moskaus zu bekämpfen. So war der Nahe Osten Exerzierfeld, Aufmarschraum der USA im kalten Krieg geworden, als Nuri es Said in Bagdad gestürzt wurde. Die Intervention sollte dann von dieser Politik retten, was zu retten war: und besiegelte doch erst deren Fiasko, indem sie die weltpolitischen Risiken der nur in der Freund-Feind-Antithese denkenden Kreuzzugsideologie aufdeckte.

Die zu nationaler Unabhängigkeit und wirtschaftlichem Aufstieg sich durchkämpfenden arabischen Völker denken nicht mehr daran, sich in das strategische System potentieller Angriffsbasen der Vereinigten Staaten einspannen zu lassen. Und ebensowenig wollen sie ihre gerade erreichte relative politische Selbständigkeit noch einmal durch eine mit militärpolitischen Verpflichtungen belastete wirtschaftliche Hilfe gefährden. Jedes solches westliche Ansinnen treibt sie nur wirklich in die Arme Moskaus. Aber nicht nur das. Solange die USA auf einer Fortsetzung ihrer Politik und Strategie des kalten Krieges bestehen, müssen sie sich, je länger desto mehr, gegen die arabische Nationalbewegung wenden, deren Vormarsch sie dennoch nicht aufhalten, deren Radikalisierung sie auf diese Weise nur fördern können. Wie die volksfeindlichen Feudalpolitiker im Nahen Osten die Aufrechterhaltung ihres Systems nur noch den USA verdanken, so machen sich diese selbst abermals zu Gefangenen dieser ihrer „Bundesgenossen". So wird jeder lokale und nationale Befreiungskampf durch die Ausschließlichkeit der Stützpunktpolitik und des von keinerlei positiver Zielsetzung begleiteten bloßen Antikommunismus zu einem weltpolitischen Drama, das verhängnisvoll zurückwirken muß auf die ohnehin noch immer starken Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Daß diese die Selbständigkeitsbewegungen im Orient mit gewissen Sympathien begleitet und weltpolitisch unterstützt, überrascht angesichts der Gefährdung ihrer eigenen Südflanke durch den westlichen Aufmarsch

im Nahen Osten nicht. Die Sicherung dieser Flanke ist das primäre strategische und politische Ziel Moskaus im arabischen Raum. Man stelle sich einmal vor, zu welcher nationalen Hysterie es in den USA führen würde, wenn die Sowjetunion etwa in Panama, Venezuela, Jamaica und auf den Bermudas Luftstreitkräfte stationiert hätten, die in kaum einer Stunde New York erreichen könnten. Die Besorgnisse Chruschtschows angesichts der angloamerikanischen Intervention als „propagandistische Dramatisierung" zu bezeichnen, heißt in einer verhängnisvollen Weise das ganz elementare Sicherheitsstreben auch der Sowjets verkennen. Solcher Irrtum kann nur ein Spiel mit dem Feuer sein: denn offensichtlich würde die Sowjetunion bei weiteren militärischen Manipulationen in unmittelbarer Nähe ihrer Grenzen zu Präventivaktionen bereit sein, die einen Weltkonflikt kaum mehr vermeiden lassen würden.

So groß die weltpolitischen Gefahren sind, die die amerikanische Reaktion auf die inneren Bewegungen im Nahen Osten heraufbeschworen hat, so groß sind doch auch die weltpolitischen Chancen, diese Entwicklung der arabischen Völker zur Selbständigkeit und zu einer gewissen regionalen Einheit verheißt. Denn die damit verbundene, von den USA so widerwillig nur zugestandene Emanzipation von der aufgezwungenen Stützpunkt-Strategie weist weltpolitisch in die Richtung einer weiteren „Dritten Kraft", die sich nicht mehr einspannen läßt in den Gegensatz zwischen „Ost" und „West". Es heißt das Selbständigkeitsstreben der arabischen Welt einmal mehr unterschätzen, wollte man ihnen zutrauen, daß sie sich nun — gerade unabhängig vom Westen geworden — zu „Satelliten" des „Ostens" degradieren ließen. Freilich werden sie auch zukünftig gerade in dem Maße, als der Westen ihren Freiheitsdrang noch immer aufzuhalten sucht, zumindest vorübergehend ein rein politisches und wirtschaftspolitisches Zweckbündnis mit der Sowjetunion eingehen. Aber das ist dann selbst nur die Folge verhängnisvoller westlicher Fehlkalkulationen. Und wenn auch im regionalen Rahmen die arabische Politik weiterhin antiwestlich oder doch allem einseitig prowestlichen Satellitentum abhold sein wird, so darf man erwarten, daß weltpolitisch allein schon das Friedensinteresse dieser zukunftsreichen Völker sie bestimmen wird, als Entspannungsfaktor zu wirken. Die entscheidende Voraussetzung zu einer dauerhaften Entspannung aber wird schon dadurch geschaffen, daß das amerikanische Stützpunktsystem seine Effektivität in dem Maße einbüßt, als die Satelliten der USA von ihren eigenen Völkern davongejagt werden. Auf diese Weise dient der arabische Unabhängigkeitskampf mittelbar in höchstem Maße der Sicherung des Weltfriedens und schafft langsam aber sicher einen weltpolitisch „neutralen" Raum zwischen den Machtblöcken.

Die „Frontnation"

Die amerikanische Außenpolitik und Strategie des kalten Krieges, deren fanatischer Exekutor noch immer Dulles ist, stützt sich seit langem überall auf „antikommunistische" Regimes, deren politischer Leumund der Glaubwürdigkeit der „freien Welt" immer aufs neue Abbruch tut. Aber nicht nur das. Sondern diese fragwürdigen Partner sind auch weltpolitisch eine schwere Belastung für den Westen, insofern sie diesen immer wieder auf ihre ganz persönlichen, eindeutig reaktionären Interessen festzulegen drohen. Diese Satelliten, denen die USA allzu lange ihre „Unersetzlichkeit" bescheinigt haben, scheuen sich angesichts solcher Hofierung nicht, um der bloßen verzweifelten Selbstbehauptung willen, die „freie Welt" in lebensgefährliche Risiken hineinzutreiben. Die Syngman Rhee, Tschiangkaischek, Ngo Diem, Chamoun und Hussein

haben nichts mehr zu verlieren — ihnen bleibt nur noch die wahnwitzige Hoffnung auf eine „Flucht nach vorn". Aber davon noch abgesehen, stellt die strukturelle Labilität und politische Fiktivität dieser Regimes als solche — deren einzige „Tugend" ihr „Antikommunismus" ist — angesichts der Verknüpfungen im westlichen Bündnissystem einen ständigen weltpolitischen Unsicherheitsfaktor dar. Das hat gerade die Libanon- und Jordanien-Krise einmal mehr demonstriert.

Ein kaum weniger problematischer Bundesgenosse für die USA und den Westen ist die Türkei. In der Mittelmeer- und Nahoststrategie der „freien Welt" nimmt sie infoge ihrer geographischen Lage eine Schlüsselstellung ein. Die traditionell antirussische Haltung des größten Teils der Bevölkerung kommt dieser Konzeption entgegen. Die Türkei ist das Bindeglied zwischen der Nato und dem Bagdad-Pakt, denen beiden sie angehört. Gerade nachdem sich die US-hörigen Regimes in Bagdad und Beirut als so wenig standfest erwiesen haben, ist das großräumige Land die letzte Hoffnung der Dulles-Politik im Nahen Osten. Ihre Funktionen als Bagdad-Mitglied erfüllte die Türkei stets mit besonderem Eifer. Die Regierungen M e n d e r e s und Nuri es Said arbeiteten besonders eng zusammen. So wurde Ankara von der Revolution in Bagdad besonders schwer getroffen. Es reagierte sofort mit dem Ruf nach einer westlichen Intervention im Irak und bereitete selbst den Einmarsch in das Zweistromland vor. Diese spontane Aggressivität der Türkei drohte die ohnehin aufs höchste gespannte Lage im Nahen Osten katastrophenartig zu dramatisieren. Erst in letzter Minute konnte Washington seinen Nato-Bundesgenossen bremsen, der gleichzeitig der amerikanischen Landung im Libanon lautstark applaudierte und den Stützpunkt Adana als Luftbasis zur Verfügung stellte. Dieser gerade noch verhinderte türkische Sprung nach Bagdad war nicht nur von politischen Absichten bestimmt: er sollte auch ein Griff nach dem kostbaren irakischen Öl sein. Mit seiner Hilfe wollte man die chronische, ständig schlimmer werdende Misere der türkischen Wirtschaft kurieren. Denn diese Misere ist das staatspolitische Schlüsselproblem des Landes. Auch hier versucht die Regierung, durch eine Flucht in die Außenpolitik, durch die Schürung nationalistischer Instinkte, von den rapide wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken, die ihre fatale Finanz- und Investitionspolitik heraufbeschworen hat, vor allem die unverhältnismäßig starke Armee, die einen großen Teil des Staatshaushaltes in Anspruch nimmt. Diese Armee wird von den Nato-Bundesgenossen als Partner gefördert, derweil die türkische Wirtschaft von einem Engpaß in den anderen gerät. Die Auslandsverschuldung der Türkei beträgt heute schon 1,2 Milliarden Dollar, wovon eine halbe Milliarde allein bei der Europäischen Zahlungsunion zu Buche steht. Die inflationären Tendenzen sind an der Tatsache abzulesen, daß der Notenumlauf sich von 1953 bis 1957 mehr als verdoppelt hat. Die Lebenshaltungskosten steigen um 10 Prozent im Monat. Diese auf eine Katastrophe zusteuernde Entwicklung hat die innenpolitische Kritik an der Regierung Menderes verstärkt. Diese wiederum ist schon seit mehreren Jahren dabei, sich als de facto omnipotent-autoritäres Regime zu etablieren, die Kontroll- und Kritikrechte der Opposition systematisch zu beschneiden. Beispielsweise kann von einer Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei schon lange nicht mehr gesprochen werden. Die Aufputschung des türkischen Nationalismus in der Cypern-Frage ist ein Beispiel der Ablenkung der Unzufriedenheit nach außen.

So ist heute die Türkei im Rahmen der Nato wieder, was sie vor 1914 jahrzehntelang, in einer weltpolitisch verhängnisvollen Weise, war: der kranke Mann am Bosporus. Herr Menderes aber weiß die Funktion seines Landes im Rahmen der antisowjetischen Einkreisungspolitik der USA in jeder Weise auszubeuten. Überdies sind seit der Teilnahme türkischer Freiwilliger am Korea-Feldzug die

Türken gerade in den Vereinigten Staaten als das besonders hochgeschätzt, was sie auch einem gewissen Teil der Deutschen stets so besonders sympathisch gemacht hat: als „Front-Nation", als „Soldaten-Volk" ...

Sofort nach den dramatischen Ereignissen im Irak und Libanon ging der türkische Ministerpräsident wieder einmal als erpresserischer „Bittsteller" mit leerer Kasse auf Reisen. Er spielte die Trümpfe aus, die ihm die weltpolitische Grundkonzeption der Westmächte und die jüngsten Entwicklungen in die Hand gegeben hatten. Auf der Tagung der Bagdad-Pakt-Staaten, ohne den Irak, in London verwies er auf die besondere Bedeutung der Türkei als Nato-Bastion und erbat von der OEEC eine Hilfe von 200 Millionen Dollar. Nachdem alle finanzielle Hilfe seit Jahr und Tag die wirtschaftliche Misere der Türkei nicht nur nicht gemildert, sondern infolge von Fehlinvestitionen nur noch gesteigert hatte, war man im Westen ursprünglich nicht geneigt gewesen, diesem Ansinnen bedenkenlos zu entsprechen. Doch schien es in diesem Augenblick nicht mehr opportun, den treuen Gefolgsmann zu verstimmen. Solange die Nato-Stützpunktstrategie als der weltpolitischen Weisheit letzter Schluß gilt, werden diese Erpressungen nicht aufhören. Man darf aber bezweifeln, ob sich unter der heutigen Regierung die Wirtschaftslage der Türkei noch einmal wirklich grundlegend bessern wird — man mag noch soviel in sie hineinpumpen, um den stramm „antikommunistischen" Bundesgenossen bei der Stange zu halten. Die Kameraderie mit dem Regime Menderes als dem westlichen Vorposten am Bosporus und Kaukasus verschleppt die Misere nur weiter, deren politische Folgen unabsehbar sind. Auch hier könnte es für den Westen ein böses Erwachen geben.

Bonn und die Krise

Auch in Bonn erfreut sich Herr Menderes ganz besonderer Schätzung als Repräsentant der „Frontnation". Und auch Bonn beläßt es bei der Politik der finanziellen Zugeständnisse, ohne auf eine langfristige Sanierung der türkischen Wirtschaft als Voraussetzung für eine solche kostspielige Hilfe zu dringen. Zu welchen Unsinnigkeiten das führt, macht beispielsweise die Tatsache offenbar, daß die Bundesregierung sich schon vor längerer Zeit bereit erklärte, von der Türkei für 250 Millionen Mark Munition zu beziehen, nicht ohne daß sie diesen Betrag sofort im voraus bezahlte ... Auf seiner Reise nach London machte nun Herr Menderes am 27. Juli schnell noch einen Abstecher nach Bonn und erbat abermals 200 Millionen DM (zu verrechnen im Rahmen des von der OEEC geforderten Gesamtbetrages von 200 Millionen Dollar).

Ganz offensichtlich saniert diese rein politisch motivierte Hilfeleistung nicht die türkische Wirtschaft, sondern bedeutet lediglich eine Unterstützung des autoritären Regimes Menderes. Derselben Regierung, die aufs engste mit dem Feudalsystem Nuri es Saids im Irak liiert war und nach dem 14. Juli die Absicht erkennen ließ, dieses System durch einen militärischen Eingriff zu restaurieren.

Diese Schützenhilfe für eine denkbar fragwürdige, offen reaktionäre türkische Politik ist indes nur ein einzelnes Moment in dem Gesamtkomplex „Bonn und der Nahe Osten". Vor Jahren noch war man in der Bundesrepublik — schon im Hinblick auf die deutschen Export- und Investitions-Interessen im ganzen arabischen Raum — bemüht, sich die gewisse arabische Sympathie für das vom Odium des Kolonialismus nicht belastete Deutschland zu erhalten. Zur Grundlage einer unaufdringlichen, aber konstruktiven Hilfspolitik, die weltpolitisch Friedenspolitik gewesen wäre, sind diese günstigen psychologischen Voraussetzungen freilich von Bonn nie gemacht worden. Und in dem Maße, als die Bundesregierung zur bloßen Nato-Hilfsmacht der Westmächte wurde, mußte sie auch eine beträchtliche Einbuße an Vertrauen und Sympathie bei den Arabern in Kauf nehmen und

sah sich ständig wachsenden Zweifeln ausgesetzt. Denn mittelbar wurde die Bundesrepublik gerade durch ihre (weit über das vertraglich fixierte Maß hinausgehende) sklavenhafte Nato-Treue ebenfalls zur kolonialistischen Macht, in allerletzter Stunde sozusagen. Die Nato erwies sich mehr als einmal als ein Schutzsystem des in die Defensive gedrängten englischen und französischen, und als Instrument des neuen (wirtschaftlichen und militärpolitischen) amerikanischen Imperialismus. So ermöglichte etwa der Aufbau der Bundeswehr und das Einverständnis Bonns den Abzug immer neuer französischer Truppen nach Algerien: die Bundesregierung unterstützte indirekt den Kampf der Franzosen gegen die algerische Freiheitsbewegung.

Die Nahost-Krise hat abermals demonstriert, wie ausschließlich die Regierung Adenauer auf die amerikanische Interpretation der Nato eingeschworen ist. Zunächst bemühte sich Bonn um „Zurückhaltung" gegenüber den Ereignissen im Irak und Libanon. Das war freilich schon eine sehr zweideutige Zurückhaltung. Denn die Bundesregierung schwieg auch, als offenbar wurde, daß gerade Westdeutschland für die Amerikaner die entscheidende Absprung- und Nachschubbasis für ihre Intervention im Nahen Osten war. Auf dem Boden der Bundesrepublik trafen die USA ihre Kriegsvorbereitungen. Die in Wiesbaden und Fürstenfeldbruck gestarteten Luftstreitkräfte verletzten wiederholt den schweizerischen und den österreichischen Luftraum, was ausdrückliche Proteste der Regierungen in Wien und Bern zur Folge hatte. Bonn schwieg ... Es zeigte sich im Augenblick der Libanon-Intervention, welche Fiktion das schon einmal (angesichts der Suez-Krise) ad absurdum geführte Konsultativ-System der Nato-Mächte darstellt: im entscheidenden Augenblick setzten sich die Amerikaner über alle diesbezüglichen Absprachen einfach hinweg. Die Omnipotenz der USA in diesem Paktsystem wurde offenbar. Und mit ihr die Gefahren einer Verstrickung anderer Mächte in die Konflikte, mit denen sie nichts zu tun haben und nichts zu tun haben wollen. Allein schon dieses Exempels der „Nato"-Politik wegen ist die amerikanische Aktion im Nahen Osten ein denkwürdiges Ereignis. Bonn schwieg. Nur in der deutschen Öffentlichkeit verband sich ein unverhohlener Unmut über diese Verletzung der Konsultativ-Vereinbarungen mit einer gewissen Sympathie für die Revolutionäre in Bagdad und dem Hinweis auf die weltpolitischen Gefahren, die die amerikanische Intervention heraufbeschworen habe. Dieses Mißtrauen gegenüber der Zweckmäßigkeit der US-Politik alarmierte nun aber das an unbedingte „Linientreue" gewohnte Washington. Dieser Unwille wurde noch verstärkt durch gewisse inoffizielle deutsche Verlautbarungen, Bonn wolle im Nahost-Konflikt eine „Vermittlerrolle" einnehmen, getreu dem traditionell guten deutschen Verhältnis zu den Arabern. Die Beschwerden der amerikanischen Regierung hatten denn auch prompt Erfolg: am 23. Juli gab die Bundesregierung auch ihre scheinbare „Neutralität" und „Zurückhaltung" auf und identifizierte sich in einer offiziellen Erklärung demonstrativ mit der interventionistischen Politik der Westmächte, nicht ohne (natürlich) Moskau für die Gefährdung des Friedens verantwortlich zu machen ...

Als kurz darauf Dulles in Bonn eintraf, waren die Wogen wenigstens im Prinzip geglättet. Washington kann einmal mehr der unbedingten — selbstmörderischen — „Treue" seines „zuverlässigsten" europäischen Satelliten sicher sein. Bonn steht heute nicht mehr nur faktisch, sondern expressis verbis im Lager des westlichen Imperialismus im Nahen Osten, es deckt dessen letzte Versuche einer gewaltsamen Aufrechterhaltung seiner alten Machtpositionen dort.

Alle viel beredeten „Differenzen" und „Verstimmungen" sind demgegenüber sekundärer Art, sie betreffen höchstens gewisse Modalitäten, nicht aber die Grundkonzeption der Nahostpolitik der Nato-Mächte. Und auch die von Bonn sekun-

dierten Vorschläge des italienischen Ministerpräsidenten Fanfani für eine großangelegte westliche Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer im vorderen Orient verdienen solange kein volles Vertrauen, als nicht geklärt ist, welche langfristige politische Absicht hinter ihnen steht. Es liegt auf der Hand, daß die im Nahen Osten bisher politisch nicht unmittelbar engagierten, dort ebenso wie die Deutschen aber an einer wirtschaftlichen Expansion interessierten Italiener unter den heutigen Umständen prädestiniert sind, Wegbereiter einer neuen Art wirtschaftlich begründeter westlicher Einflußnahme auf die arabischen Staaten zu werden, nachdem der offene politisch-wirtschaftliche Imperialismus der alten Kolonialmächte in diesem Raum unhaltbar geworden ist. Eine Wirtschaftshilfe, wie sie der jüngste UN-Vorschlag der USA vorsieht, und der den Hintergedanken erkennen läßt, aus wirtschaftlichen Partnern politische Verbündete zu machen, wird von den um politische Unabhängigkeit und weltpolitische Neutralität bemühten arabischen Staaten nicht mehr akzeptiert werden. Und so ist es zu verstehen, und im Interesse des Weltfriedens, des Abbaus der Militärblöcke und der Beseitigung jeglicher Formen des Kolonialismus zu begrüßen, wenn Nasser das Eisenhower'sche „regionale Wirtschaftsentwicklungsprogramm" kurz und bündig als „zweite Eisenhower-Doktrin" ablehnte.

Eine prinzipielle politische Zurückhaltung ist aber ganz besonders im deutschen Interesse. Für die Bundesrepublik ist der Kapital- und Maschinenexport in die arabischen Länder von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Nur wenn diese wirtschaftliche Aktivität unzweideutig frei ist von irgendwelchen Spekulationen des Bonner weltpolitischen Dogmatismus, wird es der deutschen Wirtschaft möglich sein, die großen Chancen wahrzunehmen, die sich ihr heute schon und erst recht in Zukunft im Orient bieten. Das bedingungslose Einschwenken der Bundesregierung auf die amerikanische Linie gefährdet diese Möglichkeit aufs schwerste. Und ein von Bonn mitgetragenes westliches Entwicklungs-Hilfsprogramm, das nur abermals ein Mittel der Nato- und Einkreisungs-Politik ist, kann nur zu neuen schweren Spannungen im Nahen Osten führen.

Es gibt keine gefährlichere Illusion als die Vorstellung, Bonn sei in der weltpolitisch folgenschweren Auseinandersetzung zwischen dem westlichen Imperialismus und der arabischen Emanzipationsbewegung im ganzen doch „neutral" geblieben. Nicht nur hat es die Intervention post festum ausdrücklich legitimiert: es hat auch vorher schon Schützenhilfe geleistet, indem es als Nato-Partner bereit war, die von der Nato selbst nicht sanktionierte, die UNO desavouierende amerikanische Sonderaktion zu tolerieren, die auf deutschem Boden gestartet wurde. Daß die Bundesregierung dann zusammen mit anderen Nato-Staaten das neue Regime in Bagdad anerkannt hat — nachdem dessen schnelle Konsolidierung einen solchen Schritt unvermeidlich gemacht hatte — bedeutet dieser grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber nichts. Die bedenkenlose Nato-Bindung macht die Bundesrepublik implizite (wie sich unmißverständlich gezeigt hat) zum Feind der arabischen Welt, zum Feind der aufstrebenden Völker Asiens und Afrikas.

Die Bundesregierung fürchtet die Emanzipation der arabischen Welt auf lange Sicht vor allem wegen der früher schon erörterten Perspektive einer weltpolitischen Neutralisierung des Nahen Ostens, möglicherweise mit ausdrücklichen Garantien der Großmächte. Die Relativierung des „Ost-West"-Gegensatzes würde damit fortgesetzt, die Bildung einer „Dritten Kraft" gefördert. Die ideologischen und propagandistischen Voraussetzungen der Bonner Politik fielen endgültig dahin, wenn sich auf diese Weise das schematische Weltbild des rein militärpolitischen Antikommunismus als Fiktion, als Hemmnis für jede konstruktive Politik erweisen würde. Bonn käme vor allem dann in eine peinliche Lage, wenn die Sowjetunion zeigen würde, daß sie einen garantierten neutralen Status dieses

Gebietes zu respektieren willens ist: das propagandistische Gerede vom „schrankenlosen Moskauer Imperialismus" würde damit ad absurdum geführt werden. Der Nahe Osten könnte zum Modell einer Ausklammerung gewisser Zonen aus der Militärpolitik der beiden Machtblöcke werden.

Bonn weiß aber auch, daß die Libanon-Krise so deutlich wie kein Ereignis zuvor die lebensgefährlichen Risiken aufgedeckt hat, die die Bundesrepublik durch die unbedingte Unterwerfung ihrer Regierung unter die einseitige Dulles-Konzeption der Nato eingegangen ist. Denn solange wie die Nato weiterhin nichts anderes als ein Instrument der Dulles'schen Einkreisungsstrategie und „Abgrund"-politik, solange wie sie eine Rückendeckung des britischen und französischen Kolonialismus ist, solange wie sie sich auf die reaktionärsten Potentaten unterentwickelter Länder stützt und die Emanzipationsbestrebungen der farbigen Völker torpediert oder ignoriert: solange bedeutet sie für Europa keinen Schutz, sondern setzt alle europäischen Länder der Gefahr aus, Opfer einer furchtbaren Kettenreaktion von lokalen und regionalen Konflikten zu werden, die sich zum Weltkonflikt entwickeln müssen.

Die Sackgasse

Die Intervention der USA und Großbritanniens war kaum erfolgt, als in der Öffentlichkeit beider Länder bereits der erste Katzenjammer einsetzte. Der Zusammenbruch der westlichen Position im Irak war als Fiasko der gesamten Nahost-Politik dieser Staaten begriffen worden, als das Ende der Eisenhower-Doktrin und de-facto-Zusammenbruch auch des Bagdad-Pakt-Systems. Die Militäraktion zugunsten der bedrohten Regimes in Beirut und Amman konnte den Eindruck nur verstärken, daß die westliche Politik im arabischen Raum einer grundlegenden Revision bedürftig sei. Die sofortige dramatische sowjetische Reaktion, ebenso der gewaltige weltpolitische Prestigeverlust der USA infolge ihrer offenen Mißachtung der UNO-Berichte über die Situation im Libanon, beschworen ein tiefes, noch anhaltendes Unbehagen herauf. Die Unruhe, vor allem in den USA, ist weit verbreitet, die Kritik an der bornierten Katastrophenpolitik Mr. Dulles' greift um sich. Aber es bleibt vorläufig offen, zu welchen praktischen Konsequenzen sie führen wird. Die Lage ist voller akuter Risiken und voller langfristiger Gefahren. Alsbald hat sich gezeigt, daß die Intervention selbst nur ein Nachhutgefecht darstellt, das allerdings zu fatalen Komplikationen führen kann. Sie hat nicht nur die aktuellen Probleme im Libanon und in Jordanien nicht gelöst, sondern blockiert geradezu eine konstruktive, das heißt wirklich autonome Lösung der dortigen lokalen Konflikte. Diese Blockierung muß aber auf die Dauer zu einer neuen Erhitzung führen: der Rückschlag wäre abermals eine Katastrophe für den Westen und eine neue Gefahr für den Weltfrieden. Bezeichnenderweise wird es mehr und mehr zur Hauptsorge Londons, wie es den künstlich hochgepäppelten, bei seinem Volk verhaßten König Hussein möglichst bald wieder „los werden" kann, ohne das Gesicht zu verlieren. Heute macht sich der König freilich noch stark, er schwadroniert im Schutz seiner Beduinen und der britischen Fallschirmjäger, klagt „Atheismus" und „Kommunismus" einer „Verschwörung" an, spricht von seiner „Mission" und versucht ganz offensichtlich, mit dem (bisher im Westen immer wirksamen) Feldgeschrei gegen den „Kommunismus" sich dauerhafte Unterstützung durch die Briten zu erschleichen. Schon am 25. Juli meldete der Korrespondent der Times resigniert aus Amman, Hussein verfüge nicht mehr über die Unterstützung der jordanischen Bevölkerung, er könne sich nur noch mit Hilfe der britischen Truppen und der amerikanischen Finanzhilfe behaupten. Der Widerwille der Bevölkerung gegen

die britischen Truppen sei ebenso groß wie der gegen den König und seine Clique. Zu Zwischenfällen sei es bisher nur wegen des brutalen Polizeiregimes noch nicht gekommen. Noch Ende Juli aber erklärte derselbe König mit weltpolitischer Wichtigtuerei: „Die ganze Bewegung hier, im Libanon und im Irak wird von russischen Fachleuten kontrolliert... Diesesmal stehen wir dem internationalen Kommunismus gegenüber, und jetzt ist es unsere Pflicht, die anderen arabischen Länder zu befreien, angefangen mit Irak. Das ist der Grund, warum wir unserer Freunde Hilfe erbeten haben." (Interview mit der Weltwoche, 1. August.)

Ähnlich problematisch ist nach wie vor die Lage im Libanon, wo die Anwesenheit der amerikanischen Truppen die Lösung des lokalen Konflikts nur aufgeschoben, nicht aber diesen Konflikt selbst aufgehoben hat. Die Wahl General Chehabs zum neuen Präsidenten wurde allgemein als ein Lichtblick, als Beginn einer Entspannung begrüßt, aber offensichtlich stand sie allzusehr im Zeichen der Intervention, unter dem indirekten militärischen und direkten psychologischen Druck der US-Streitkräfte, um als wirklich frei gelten und als befreiend von den Libanesen empfunden werden zu können. Hinzu kommen bereits neue Spannungen zwischen Chehab und Chamoun. Wie immer der Konflikt ausgehen wird, mit der einseitig prowestlichen Außenpolitik des Libanon ist es ein für alle mal vorbei. Jeder Versuch, sie nochmals zu oktroyieren, würde den Bürgerkrieg mit neuer Gewalt aufflammen lassen.

Die arabische Welt ist in Bewegung. Großbritannien fürchtet vor allem um seine gewaltigen Ölreserven in Kuweit und Barein. Der Sog der arabischen Einigung erfaßt auch die Sultanate am Persichen Golf, ob deren Herrscher es wünschen oder nicht. Eine groß-arabische Konföderation zeichnet sich ab, die dank der dann vereinigten und gemeinsam ausbeutbaren wirtschaftlichen Reichtümer dieser Länder sich die Mittel für eine weitere Emanzipation ihrer Bevölkerung wird schaffen können. Nicht die einseitige, westliche Ausbeutung der Erdölquellen und nicht die Einspannung des nahöstlichen Raumes in die aggressive Einkreisungspolitik, sondern nur die wirtschaftliche und politische Kooperation haben eine Zukunft. Die simple „Verschwörungs"theorie des bloßen Antikommunismus ist eine Flucht vor der Wirklichkeit. Die wirtschaftlich-politische Emanzipation der arabischen Welt kann ein entscheidender Faktor zugunsten einer langfristigen weltpolitischen Entspannung sein. Diese Emanzipation weiter hintertreiben, heißt mittelbar und unmittelbar hieraus eine katastrophenartige weltpolitische Auseinandersetzung unvermeidbar machen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Ärzte warnen

Der Deutsche Ärztetag 1958 nahm in Garmisch-Partenkirchen folgende Entschließung an:

„In Erfüllung ihrer Pflicht, die Achtung vor dem menschlichen Leben von der Empfängnis an zu bewahren, und im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber kommenden Geschlechtern nehmen die im Deutschen Ärztetag versammelten Ärzte erneut Stellung zu den Atomgefahren.

Der Deutsche Ärztetag warnt die Verantwortlichen in der ganzen Welt vor frevlerischem Mißbrauch der Atomenergie, der die Gesundheit und das Leben aller Menschen zerstören kann;

die britischen Truppen sei ebenso groß wie der gegen den König und seine Clique. Zu Zwischenfällen sei es bisher nur wegen des brutalen Polizeiregimes noch nicht gekommen. Noch Ende Juli aber erklärte derselbe König mit weltpolitischer Wichtigtuerei: „Die ganze Bewegung hier, im Libanon und im Irak wird von russischen Fachleuten kontrolliert... Diesesmal stehen wir dem internationalen Kommunismus gegenüber, und jetzt ist es unsere Pflicht, die anderen arabischen Länder zu befreien, angefangen mit Irak. Das ist der Grund, warum wir unserer Freunde Hilfe erbeten haben." (Interview mit der Weltwoche, 1. August.)

Ähnlich problematisch ist nach wie vor die Lage im Libanon, wo die Anwesenheit der amerikanischen Truppen die Lösung des lokalen Konflikts nur aufgeschoben, nicht aber diesen Konflikt selbst aufgehoben hat. Die Wahl General Chehabs zum neuen Präsidenten wurde allgemein als ein Lichtblick, als Beginn einer Entspannung begrüßt, aber offensichtlich stand sie allzusehr im Zeichen der Intervention, unter dem indirekten militärischen und direkten psychologischen Druck der US-Streitkräfte, um als wirklich frei gelten und als befreiend von den Libanesen empfunden werden zu können. Hinzu kommen bereits neue Spannungen zwischen Chehab und Chamoun. Wie immer der Konflikt ausgehen wird, mit der einseitig prowestlichen Außenpolitik des Libanon ist es ein für alle mal vorbei. Jeder Versuch, sie nochmals zu oktroyieren, würde den Bürgerkrieg mit neuer Gewalt aufflammen lassen.

Die arabische Welt ist in Bewegung. Großbritannien fürchtet vor allem um seine gewaltigen Ölreserven in Kuweit und Barein. Der Sog der arabischen Einigung erfaßt auch die Sultanate am Persischen Golf, ob deren Herrscher es wünschen oder nicht. Eine groß-arabische Konföderation zeichnet sich ab, die dank der dann vereinigten und gemeinsam ausbeutbaren wirtschaftlichen Reichtümer dieser Länder sich die Mittel für eine weitere Emanzipation ihrer Bevölkerung wird schaffen können. Nicht die einseitige, westliche Ausbeutung der Erdölquellen und nicht die Einspannung des nahöstlichen Raumes in die aggressive Einkreisungspolitik, sondern nur die wirtschaftliche und politische Kooperation haben eine Zukunft. Die simple „Verschwörungs"theorie des bloßen Antikommunismus ist eine Flucht vor der Wirklichkeit. Die wirtschaftlich-politische Emanzipation der arabischen Welt kann ein entscheidender Faktor zugunsten einer langfristigen weltpolitischen Entspannung sein. Diese Emanzipation weiter hintertreiben, heißt mittelbar und unmittelbar hieraus eine katastrophenartige weltpolitische Auseinandersetzung unvermeidbar machen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Ärzte warnen

Der Deutsche Ärztetag 1958 nahm in Garmisch-Partenkirchen folgende Entschließung an:

„In Erfüllung ihrer Pflicht, die Achtung vor dem menschlichen Leben von der Empfängnis an zu bewahren, und im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber kommenden Geschlechtern nehmen die im Deutschen Ärztetag versammelten Ärzte erneut Stellung zu den Atomgefahren.

Der Deutsche Ärztetag warnt die Verantwortlichen in der ganzen Welt vor frevlerischem Mißbrauch der Atomenergie, der die Gesundheit und das Leben aller Menschen zerstören kann;

er beschwört die verantwortlichen Politiker der ganzen Welt, die allen Menschen gemeinsam drohenden Gefahren abzuwenden und im Zusammenleben der Völker der Humanität und der Ehrfurcht vor dem Leben wieder Geltung zu verschaffen;

er fordert daher die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen, zu denen auch die bakteriologischen und chemischen Kampfmittel gehören;

er verlangt eine internationale Vereinbarung über den Verzicht auf weitere Atomwaffenversuche.

Wissenschaft und Forschung sollten die Summe der heute vorhandenen Einzelerkenntnisse auf dem Gebiete der Atomenergie ohne leidenschaftliche Parteinahme zu einem Bilde wissenschaftlicher Wahrheit zusammenfügen, um den politischen Mißbrauch halber Wahrheiten endlich zu beenden.

Da die friedliche Anwendung der Kernenergie der Menschheit großen Nutzen zu bringen vermag, erwartet der Deutsche Ärztetag von der Bundesregierung eine großzügige Förderung der deutschen Wissenschaft zur Erforschung aller damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere der biologischen und genetischen Probleme. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind bei den Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung zu berücksichtigen. Wirtschaftliche Erwägungen sind dem Schutze der Gesundheit unterzuordnen.

Der Deutsche Ärztetag betont erneut den Willen der deutschen Ärzte zur Mitarbeit bei der Lösung aller Aufgaben, die sich aus der Verwendung der Kernenergie ergeben."